



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 30. April 2024
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2024/0101(NLE)**

**9493/24
ADD 7**

**AELE 32
MI 467
AND 5
SM 5**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	26. April 2024
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2024) 189 final - Annex (Part 7/14)
Betr.:	ANHANG des Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2024) 189 final - Annex (Part 7/14) .

Anl.: COM(2024) 189 final - Annex (Part 7/14)



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 26.4.2024
COM(2024) 189 final

ANNEX – PART 7/14

ANHANG

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

**über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zur
Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum
Andorra beziehungsweise der Republik San Marino**

UMWELT – KLIMA

Liste nach den Artikeln 57 und 58 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I – UMWELT

1	Allgemein	4
2	Wasser	42
3	Luft	48
4	Chemische Stoffe, industrielle Risiken und Biotechnologie	53
5	Abfall	59
6	Lärm.....	76

TEIL II – KLIMA

1	EU-Überwachungsmechanismus.....	79
2	Überwachung in der EU – Seeverkehr	80
3	Emissionshandelssystem	82
4	Emissionshandelssystem der EU – Luftverkehr	92
5	Kraftstoffqualität	94
6	Schutz der Ozonschicht	96
7	Fluorierte Treibhausgase	98
8	CO ₂ -Emissionsnormen der EU für Pkw, leichte Nutzfahrzeuge und Lkw.....	102
9	CO ₂ -Abscheidung und -Speicherung.....	110

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

- Erwägungsgründe;
- die Adressaten der EU-Rechtsakte;
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Für Teil II – Klima dieses Anhangs gilt Folgendes:

1. Andorra hält in seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften seine Verpflichtung fest, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, und zwar im Einklang mit seinen schrittweise national festgelegten Beiträgen, die ausgearbeitet und dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen mitgeteilt wurden, und einer auf dieses Ziel abgestimmten langfristigen Strategie für eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung.
2. Andorra hält in seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften seine Verpflichtung fest, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 45 % gegenüber 2005 zu senken, was Netto-Treibhausgasemissionen von 202 Gg CO₂-Äq. bis 2030 entspricht. Andorra stellt vor dem 31. Dezember 2025 sicher, dass seine innerstaatliche Verpflichtung zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 an die in der Europäischen Union geltende Verpflichtung angeglichen wird.
3. Andorra bemüht sich um Fortschritte bei der Erfüllung seiner in den Absätzen 1 und 2 genannten Verpflichtungen und belegt diese.
4. Andorra enthält sich jeglicher Handlungen oder Unterlassungen, die die Ziele und Zwecke des Übereinkommens von Paris untergraben oder wesentlich beeinträchtigen würden, wie die Bereitstellung öffentlicher Unterstützung für die Schaffung neuer Erzeugungskapazitäten, die mehr als 550 g CO₂ aus fossilen Brennstoffen pro kWh ausstoßen.

5. Andorra hält in seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften die erforderlichen Bestimmungen zur Erhaltung und Verbesserung der Kohlenstoffbestände und -senken im Einklang mit Artikel 5 des Übereinkommens von Paris fest. Andorra legt dem Gemeinsamen Ausschuss Nachweise vor, dass die gemeldeten Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) im Sinne der Verordnung (EU) 2018/841 den Abbau von Treibhausgasen nicht übersteigen.

TEIL I – UMWELT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

ALLGEMEIN

1. 32011 L 0092: Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), geändert durch:
 - 32014 L 0052: Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In dieser Richtlinie enthaltene Verweise auf EU-Rechtsvorschriften gelten in dem Umfang und in der Form, in denen sie in das Abkommen übernommen wurden.

2. 32003 L 0004: Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates (ABl. L 41 vom 14.2.2003, S. 26)
3. 31994 D 0741: Entscheidung 94/741/EG der Kommission vom 24. Oktober 1994 über die Fragebögen für die Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Abfallrichtlinien (Durchführung der Richtlinie 91/692/EWG des Rates) (ABl. L 296 vom 17.11.1994, S. 42), geändert durch:
 - 32007 D 0151: Entscheidung 2007/151/EG der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 67 vom 7.3.2007, S. 7)
 - 32021 D 2252: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2252 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zur Änderung der Entscheidung 94/741/EG über die Fragebögen für die Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Abfallrichtlinien (ABl. L 454 vom 17.12.2021, S. 4)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Hinsichtlich der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Fragebogen für den Bericht der EU-Mitgliedstaaten über die Umsetzung und Anwendung der Richtlinie 86/278/EWG gemäß diesem Beschluss gilt Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen.

Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft in seinem Hoheitsgebiet nicht.

4. 31997 D 0622: Entscheidung 97/622/EG der Kommission vom 27. Mai 1997 über Fragebögen zu den Berichten der Mitgliedstaaten über die Durchführung bestimmter Richtlinien auf dem Abfallsektor (Durchführung der Richtlinie 91/692/EWG des Rates) (ABl. L 256 vom 19.9.1997, S. 13), geändert durch:
 - 32007 D 0151: Entscheidung 2007/151/EG der Kommission vom 6. März 2007 (ABl. L 67 vom 7.3.2007, S. 7)
5. 32009 R 1221: Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 1), geändert durch:

- 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)
 - 32017 R 1505: Verordnung (EU) 2017/1505 der Kommission vom 28. August 2017 (ABl. L 222 vom 29.8.2017, S. 1)
 - 32018 R 2026: Verordnung (EU) 2018/2026 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 18)
6. 32011 D 0832: Beschluss 2011/832/EU der Kommission vom 7. Dezember 2011 über einen Leitfaden zur EU-Sammelregistrierung, Drittlandregistrierung und weltweiten Registrierung nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 25)
 7. 32013 D 0131: Beschluss 2013/131/EU der Kommission vom 4. März 2013 über ein Nutzerhandbuch mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 76 vom 19.3.2013, S. 1)
 8. 32015 D 0801: Beschluss (EU) 2015/801 der Kommission vom 20. Mai 2015 über das Referenzdokument über bewährte Praktiken im Umweltmanagement, branchenspezifische einschlägige Indikatoren für die Umweltleistung und Leistungsrichtwerte für den Einzelhandel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 127 vom 22.5.2015, S. 25)

9. 32016 D 0611: Beschluss (EU) 2016/611 der Kommission vom 15. April 2016 über das Referenzdokument über bewährte Praktiken im Umweltmanagement, branchenspezifische einschlägige Indikatoren für die Umweltleistung und Leistungsrichtwerte für die Tourismusbranche gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 104 vom 20.4.2016, S. 27)
10. 32016 D 1621: Beschluss (EU) 2016/1621 der Kommission vom 7. September 2016 über einen Leitfaden für die Mitteilung von Angaben an Akkreditierungs- und Zulassungsstellen durch in einem anderen als dem Akkreditierungs- oder Zulassungsmitgliedstaat tätige Umweltgutachter gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 242 vom 9.9.2016, S. 32)
11. 32017 D 1508: Beschluss (EU) 2017/1508 der Kommission vom 28. August 2017 über das Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Lebensmittel- und Getränkeindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 223 vom 30.8.2017, S. 1)
12. 32017 D 2285: Beschluss (EU) 2017/2285 der Kommission vom 6. Dezember 2017 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 38)

13. 32017 D 2286: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2286 der Kommission vom 6. Dezember 2017 über die Anerkennung der Übereinstimmung der Anforderungen des Umweltmanagementsystems Eco-Lighthouse mit den entsprechenden Anforderungen des Gemeinschaftssystems für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) gemäß Artikel 45 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (ABl. L 328 vom 12.12.2017, S. 87)
14. 32018 D 0813: Beschluss (EU) 2018/813 der Kommission vom 14. Mai 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für den Agrarsektor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 145 vom 8.6.2018, S. 1)
15. 32019 D 0061: Beschluss (EU) 2019/61 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die öffentliche Verwaltung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 1)
16. 32019 D 0062: Beschluss (EU) 2019/62 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Automobilindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 58)

17. 32019 D 0063: Beschluss (EU) 2019/63 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Elektro- und Elektronikgeräteindustrie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 17 vom 18.1.2019, S. 94)
18. 32020 D 0519: Beschluss (EU) 2020/519 der Kommission vom 3. April 2020 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, branchenspezifische Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Abfallbewirtschaftung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. L 115 vom 14.4.2020, S. 1)
19. 32020 D 1802: Beschluss (EU) 2020/1802 der Kommission vom 27. November 2020 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 51)
20. 32021 D 2053: Beschluss (EU) 2021/2053 der Kommission vom 8. November 2021 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die Herstellung von Metallerzeugnissen für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 55)

21. 32021 D 2054: Beschluss (EU) 2021/2054 der Kommission vom 8. November 2021 über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für den Sektor Telekommunikationsdienste und Informations- und Kommunikationstechnologiedienste (IKT-Dienste) für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 87)
22. 32010 L 0075: Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17), berichtigt in ABl. L 158 vom 19.6.2012, S. 25
23. 32012 D 0115: Durchführungsbeschluss 2012/115/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 mit Bestimmungen zu den nationalen Übergangsplänen gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 52 vom 24.2.2012, S. 12)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Feuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

24. 32012 D 0119: Durchführungsbeschluss 2012/119/EU der Kommission vom 10. Februar 2012 mit Leitlinien für die Erhebung von Daten sowie für die Ausarbeitung der BVT-Merkblätter und die entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 63 vom 2.3.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 328 vom 28.11.2012, S. 27
25. 32012 D 0134: Durchführungsbeschluss 2012/134/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Glasherstellung (ABl. L 70 vom 8.3.2012, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme von Tätigkeiten der Glasindustrie in seinem Hoheitsgebiet.

26. 32012 D 0135: Durchführungsbeschluss 2012/135/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Eisen- und Stahlerzeugung (ABl. L 70 vom 8.3.2012, S. 63)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Eisen- und Stahlerzeugung in seinem Hoheitsgebiet.

27. 32012 D 0249: Durchführungsbeschluss 2012/249/EU der Kommission vom 7. Mai 2012 zur Festlegung der Zeitabschnitte des An- und Abfahrens von Feuerungsanlagen zum Zwecke der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (ABl. L 123 vom 9.5.2012, S. 44)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Feuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

28. 32012 D 0795: Durchführungsbeschluss 2012/795/EU der Kommission vom 12. Dezember 2012 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen zu übermitteln haben (ABl. L 349 vom 19.12.2012, S. 57)

29. 32013 D 0084: Durchführungsbeschluss 2013/84/EU der Kommission vom 11. Februar 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf das Gerben von Häuten und Fellen (ABl. L 45 vom 16.2.2013, S. 13)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme von Tätigkeiten der Gerberei in seinem Hoheitsgebiet.

30. 32013 D 0163: Durchführungsbeschluss 2013/163/EU der Kommission vom 26. März 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Herstellung von Zement, Kalk und Magnesiumoxid (ABl. L 100 vom 9.4.2013, S. 1)
31. 32013 D 0732: Durchführungsbeschluss 2013/732/EU der Kommission vom 9. Dezember 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Chloralkaliindustrie (ABl. L 332 vom 11.12.2013, S. 34)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Chloralkali-Herstellung in seinem Hoheitsgebiet.

32. 32014 D 0687: Durchführungsbeschluss 2014/687/EU der Kommission vom 26. September 2014 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Herstellung von Zellstoff, Papier und Karton (ABl. L 284 vom 30.9.2014, S. 76), berichtigt in ABl. L 348 vom 4.12.2014, S. 30

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe in seinem Hoheitsgebiet.

33. 32014 D 0738: Durchführungsbeschluss 2014/738/EU der Kommission vom 9. Oktober 2014 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf das Raffinieren von Mineralöl und Gas (ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 38), berichtigt in ABl. L 62 vom 6.3.2015, S. 35

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme von Mineralöl- und Gasraffinerien in seinem Hoheitsgebiet.

34. 32014 D 0768: Durchführungsbeschluss 2014/768/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Emissionsmanagementtechniken in Mineralöl- und Gasraffinerien zu übermitteln haben (ABl. L 315 vom 1.11.2014, S. 15)
35. 32015 D 2119: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2119 der Kommission vom 20. November 2015 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Herstellung von Platten auf Holzbasis (ABl. L 306 vom 24.11.2015, S. 31)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Herstellung von Platten auf Holzbasis in seinem Hoheitsgebiet.

36. 32016 D 1032: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1032 der Kommission vom 13. Juni 2016 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Nichteisenmetallindustrie (ABl. L 174 vom 30.6.2016, S. 32)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme der Nichteisenmetallindustrie in seinem Hoheitsgebiet.

37. 32017 D 0302: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/302 der Kommission vom 15. Februar 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen (ABl. L 43 vom 21.2.2017, S. 231)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen in seinem Hoheitsgebiet.

38. 32016 D 0902: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/902 der Kommission vom 30. Mai 2016 zur Festlegung der Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für eine einheitliche Abwasser-/Abgasbehandlung und einheitliche Abwasser-/Abgasmanagementsysteme in der Chemiebranche (ABl. L 152 vom 9.6.2016, S. 23)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme der chemischen Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

39. 32017 D 1442: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1442 der Kommission vom 31. Juli 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen (ABl. L 212 vom 17.8.2017, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Großfeuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

40. 32017 D 2117: Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2117 der Kommission vom 21. November 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die die Herstellung von organischen Grundchemikalien (ABl. L 323 vom 7.12.2017, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Herstellung von organischen Grundchemikalien in seinem Hoheitsgebiet nicht.

41. 32018 D 1147: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1147 der Kommission vom 10. August 2018 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Abfallbehandlung (ABl. L 208 vom 17.8.2018, S. 38)
42. 32018 D 1135: Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1135 der Kommission vom 10. August 2018 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen zu übermitteln haben (ABl. L 205 vom 14.8.2018, S. 40)

43. 32019 D 2031: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2031 der Kommission vom 12. November 2019 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für die Nahrungsmittel-, Getränke- und Milchindustrie (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 60)
44. 32019 D 2010: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2010 der Kommission vom 12. November 2019 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Abfallverbrennung (ABl. L 312 vom 3.12.2019, S. 55)
45. 32020 D 2009: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2009 der Kommission vom 22. Juni 2020 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Behandlung von Oberflächen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln, einschließlich der Konservierung von Holz und Holzzeugnissen mit Chemikalien (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 19)
46. 32021 D 2326: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/2326 der Kommission vom 30. November 2021 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen (ABl. L 469 vom 30.12.2021, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Großfeuerungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

47. 32022 D 2110: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2110 der Kommission vom 11. Oktober 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Eisenmetallverarbeitungsindustrie (ABl. L 284 vom 4.11.2022, S. 69)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Inbetriebnahme der Eisenmetallindustrie in seinem Hoheitsgebiet.

48. 32022 D 2427: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2427 der Kommission vom 6. Dezember 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf einheitliche Abgasmanagement- und -behandlungssysteme in der Chemiebranche (ABl. L 318 vom 12.12.2022, S. 157)
49. 32022 D 2508: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/2508 der Kommission vom 9. Dezember 2022 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Textilindustrie (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 112)

50. 32001 L 0042: Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie findet keine Anwendung.
 - b) Die Worte „wie etwa die gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG ausgewiesenen Gebiete“ werden aus Anhang I Buchstabe d (Informationen gemäß Artikel 5 Absatz 1) der Richtlinie gestrichen.
51. 32006 R 0166: Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 1), geändert durch:
- 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)
 - 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

- 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

Diese Verordnung gilt mit folgenden Anpassungen:

Da Andorra nur über zwei Anlagen verfügt, die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen, eine öffentlich betriebene Anlage, die unter Anhang I Nummer 5 Buchstabe b fällt – Anlagen für die Verbrennung nicht gefährlicher Abfälle, die unter die Richtlinie 2000/76/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Dezember 2000 über die Verbrennung von Abfällen – und eine öffentlich betriebene Anlage, die unter Anhang I Nummer 5 Buchstabe f fällt – kommunale Abwasserbehandlungsanlagen – ist Andorra berechtigt, der Europäischen Kommission die Daten zu den beiden Anlagen direkt zu übermitteln, sofern die folgenden Anforderungen vollständig erfüllt sind:

- Die Daten müssen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung von den zuständigen Behörden Andorras und nicht vom Betreiber übermittelt werden.
- Die übermittelten Daten müssen im Einklang mit den Anforderungen gemäß Artikel 5 Absätze 1 und 2 und Artikel 6 der Verordnung vollständig sein und dem im Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1741 der Kommission in der geänderten Fassung festgelegten Berichterstattungsformat entsprechen.
- Die Daten müssen im Einklang mit den im Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1741 der Kommission in der geänderten Fassung festgelegten Fristen vorgelegt werden.

- Der Betreiber muss die Anforderungen gemäß Artikel 5 Absätze 3, 4 und 5 und Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung erfüllen.
- Die zuständigen Behörden Andorras müssen die Qualität der von den Anlagen übermittelten Daten gemäß Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung bewerten, bevor sie sie der Kommission vorlegen.
- Andorra muss Vorschriften über Sanktionen festlegen, die bei Verstößen der Betreiber der beiden Anlagen gegen die einschlägigen Verpflichtungen aus der Verordnung zu verhängen sind.

52. 32010 D 0205: Beschluss 2010/205/EU der Kommission vom 31. März 2010 über den Fragebogen für die Berichterstattung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. L 88 vom 8.4.2010, S. 18)

53. 32019 D 1741: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1741 der Kommission vom 23. September 2019 zur Festlegung, in welcher Form und mit welcher Häufigkeit die Mitgliedstaaten Daten für die Berichterstattung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates zu übermitteln haben (ABl. L 267 vom 21.10.2019, S. 3), geändert durch:

- 32022 D 0142: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/142 der Kommission vom 31. Januar 2022 (ABl. L 23 vom 2.2.2022, S. 25)

Dieser Beschluss gilt mit folgender Anpassung:

In Artikel 1 werden die Worte „Berichtsjahr 2019“ durch die Worte „Berichtsjahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

54. 32004 L 0035: Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 56), geändert durch:

- 32006 L 0021: Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15)
- 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)
- 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

Diese Richtlinie gilt mit folgenden Anpassungen:

- a) Unbeschadet künftiger Maßnahmen des mit diesem Abkommen eingerichteten Gemeinsamen Ausschusses ist darauf hinzuweisen, dass folgende Rechtsakte der Gemeinschaft nicht in dieses Abkommen aufgenommen wurden:

- i) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (*ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1*)
- ii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (*ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7*)

Daher gelten keinerlei Bezugnahmen auf diese Rechtsakte.

- b) Artikel 2 Absatz 3 findet keine Anwendung.
- c) „geschützte Arten und natürliche Lebensräume“ bedeutet:

Wenn Andorra dies vorsieht, Lebensräume oder Arten oder Typen von Lebensräumen oder Arten, die von Andorra für gleichartige Zwecke wie in den beiden in Artikel 2 Absatz 3 genannten Richtlinien ausgewiesen werden.

- 55. 32007 L 0002: Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) (*ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1*)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Die in Artikel 6 Buchstabe a, Artikel 6 Buchstabe b und Artikel 7 Absatz 3 genannten Fristen beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.
- b) Die in Artikel 21 Absatz 2 und Artikel 24 Absatz 1 genannten Daten beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.
- c) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

56. 32008 R 1205: Verordnung (EG) Nr. 1205/2008 der Kommission vom 3. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Metadaten (ABl. L 326 vom 4.12.2008, S. 12), berichtigt in ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 83

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

57. 32019 D 1372: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1372 der Kommission vom 19. August 2019 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Überwachung und Berichterstattung (ABl. L 220 vom 23.8.2019, S. 1)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

58. 32009 R 0976: Verordnung (EG) Nr. 976/2009 der Kommission vom 19. Oktober 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Netzdienste (ABl. L 274 vom 20.10.2009, S. 9), geändert durch:

- 32010 R 1088: Verordnung (EU) Nr. 1088/2010 der Kommission vom 23. November 2010 (ABl. L 323 vom 8.12.2010, S. 1)
- 32014 R 1311: Verordnung (EU) Nr. 1311/2014 der Kommission vom 10. Dezember 2014 (ABl. L 354 vom 11.12.2014, S. 6)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Die in Artikel 4 genannten Daten beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

- b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

- 59. 32010 R 0268: Verordnung (EU) Nr. 268/2010 der Kommission vom 29. März 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf den Zugang der Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft zu Geodatenätzen und -diensten der Mitgliedstaaten nach harmonisierten Bedingungen (ABl. L 83 vom 30.3.2010, S. 8)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Die in Artikel 8 gesetzten Fristen beziehen sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.
- b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

- 60. 32010 R 1089: Verordnung (EG) Nr. 1089/2010 der Kommission vom 23. November 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Interoperabilität von Geodatenätzen und -diensten (ABl. L 323 vom 8.12.2010, S. 11), geändert durch:

- 32011 R 0102: Verordnung (EU) Nr. 102/2011 der Kommission vom 4. Februar 2011 (ABl. L 31 vom 5.2.2011, S. 13)

- 32013 R 1253: Verordnung (EU) Nr. 1253/2013 der Kommission vom 21. Oktober 2013 (ABl. L 331 vom 10.12.2013, S. 1)
- 32014 R 1312: Verordnung (EU) Nr. 1312/2014 der Kommission vom 10. Dezember 2014 (ABl. L 354 vom 11.12.2014, S. 8)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Das in Artikel 14a genannten Datum bezieht sich auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.
- b) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt vier Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

- 61. 32003 L 0035: Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten (ABl. L 156 vom 25.6.2003, S. 17)

62. 32009 L 0128: Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71), berichtigt in ABl. L 161 vom 29.6.2010, S. 11, geändert durch:

- 32019 L 0782: Richtlinie (EU) 2019/782 der Kommission vom 15. Mai 2019 (ABl. L 127 vom 16.5.2019, S. 4)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

63. 31997 R 0338: Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (ABl. L 61 vom 3.3.1997, S. 1)

64. 32008 L 0099: Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 28)

Diese Richtlinie gilt mit folgender Anpassung:

Da bestimmte in dieser Richtlinie aufgeführten EU-Rechtsakte nicht in dieses Abkommen aufgenommen wurden, gelten alle Bezugnahmen auf diese Rechtsakte, auf Definitionen in diesen Rechtsakten und auf als Straftat geltendes Verhalten, das unter die in dieser Richtlinie aufgeführten Rechtsakte fällt, nicht. Derzeit handelt es sich um folgende Rechtsakte:

- i) 31976 L 0160: Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität der Badegewässer (*ABl. L 31 vom 5.2.1976, S. 1*)
- ii) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (*ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1*)
- iii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (*ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7*)
- iv) 31996 L 0029: Richtlinie 96/29/Euratom des Rates vom 13. Mai 1996 zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren durch ionisierende Strahlungen (*ABl. L 159 vom 29.6.1996, S. 1*)
- v) 32019 R 1587: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1587 der Kommission vom 24. September 2019 zum Verbot der Einfuhr von Exemplaren bestimmter Arten wild lebender Tiere und Pflanzen in die Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (*ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 5*)

- vi) 32013 L 0059: Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (*ABl. L 13 vom 17.1.2014, S. 1*)
 - vii) 32006 L 0007: Richtlinie 2006/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung (*ABl. L 64 vom 4.3.2006, S. 37*)
 - viii) 32006 L 0044: Richtlinie 2006/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (*ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 20*)
 - ix) 32006 L 0117: Richtlinie 2006/117/Euratom des Rates vom 20. November 2006 über die Überwachung und Kontrolle der Verbringungen radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente (*ABl. L 337 vom 5.12.2006, S. 21*)
65. 32010 R 0066: Verordnung (EG) Nr. 66/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über das EU-Umweltzeichen (*ABl. L 27 vom 30.1.2010, S. 1*), berichtigt in *ABl. L 108 vom 29.4.2010, S. 355*, geändert durch:
- 32013 R 0782: Verordnung (EU) Nr. 782/2013 der Kommission vom 14. August 2013 (*ABl. L 219 vom 15.8.2013, S. 26*)

- 32017 R 1941: Verordnung (EU) 2017/1941 der Kommission vom 24. Oktober 2017 (ABl. L 275 vom 25.10.2017, S. 9)
- 66. 32022 D 1244: Beschluss (EU) 2022/1244 der Kommission vom 13. Juli 2022 zur Festlegung von EU-Umweltzeichenkriterien für Kultursubstrate und Bodenverbesserungsmittel (ABl. L 190 vom 19.7.2022, S. 141)
- 67. 32017 D 1218: Beschluss (EU) 2017/1218 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Waschmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 63), geändert durch:
 - 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)
 - 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)
- 68. 32014 D 0350: Beschluss 2014/350/EU der Kommission vom 5. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Textilerzeugnisse (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 45), geändert durch:
 - 32017 D 1392: Beschluss (EU) 2017/1392 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 36)
 - 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)

69. 32016 D 1349: Beschluss (EU) 2016/1349 der Kommission vom 5. August 2016 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Schuhe (ABl. L 214 vom 9.8.2016, S. 16), geändert durch:
- 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)
70. 32017 D 1216: Beschluss (EU) 2017/1216 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Maschinengeschirrspülmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 31), geändert durch:
- 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)
 - 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)
71. 32020 D 1804: Beschluss (EU) 2020/1804 der Kommission vom 27. November 2020 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für elektronische Displays (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 73)
72. 32021 D 0476: Beschluss (EU) 2021/476 der Kommission vom 16. März 2021 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Hartbeläge (ABl. L 99 vom 22.3.2021, S. 37)

73. 32017 D 0175: Beschluss (EU) 2017/175 der Kommission vom 25. Januar 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens an Beherbergungsbetriebe (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 9), geändert durch:
- 32021 D 1845: Beschluss (EU) 2021/1845 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 376 vom 22.10.2021, S. 1)
 - 32023 D 0705: Beschluss (EU) 2023/705 der Kommission vom 29. März 2023 (ABl. L 92 vom 30.3.2023, S. 19)
74. 32017 D 1214: Beschluss (EU) 2017/1214 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Handgeschirrspülmittel (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 1), geändert durch:
- 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)
 - 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)
75. 32017 D 1217: Beschluss (EU) 2017/1217 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Reinigungsmittel für harte Oberflächen (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 45), geändert durch:
- 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

76. 32014 D 0312: Beschluss 2014/312/EU der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Innen- und Außenfarben und -lacke (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 45), geändert durch:
- 32015 D 0886: Beschluss (EU) 2015/886 der Kommission vom 8. Juni 2015 (ABl. L 144 vom 10.6.2015, S. 12)
 - 32016 D 0397: Beschluss (EU) 2016/397 der Kommission vom 16. März 2016 (ABl. L 73 vom 18.3.2016, S. 100)
 - 32018 D 0666: Beschluss (EU) 2018/666 der Kommission vom 27. April 2018 (ABl. L 111 vom 2.5.2018, S. 2)
 - 32020 D 0503: Beschluss (EU) 2020/503 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 109 vom 7.4.2020, S. 14)
 - 32021 D 1871: Beschluss (EU) 2021/1871 der Kommission vom 22. Oktober 2021 (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 49)
 - 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

77. 32014 D 0391: Beschluss 2014/391/EU der Kommission vom 23. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Bettmatratzen (ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 18), geändert durch:
- 32018 D 1590: Beschluss (EU) 2018/1590 der Kommission vom 19. Oktober 2018 (ABl. L 264 vom 23.10.2018, S. 24)
 - 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)
78. 32021 D 1870: Beschluss (EU) 2021/1870 der Kommission vom 22. Oktober 2021 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für kosmetische Mittel und Tierpflegeprodukte (ABl. L 379 vom 26.10.2021, S. 8)
79. 32017 D 0176: Beschluss (EU) 2017/176 der Kommission vom 25. Januar 2017 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Bodenbeläge auf Holz-, Kork- und Bambusbasis (ABl. L 28 vom 2.2.2017, S. 44), geändert durch:
- 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)

80. 32016 D 1332: Beschluss (EU) 2016/1332 der Kommission vom 28. Juli 2016 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Möbel (ABl. L 210 vom 4.8.2016, S. 100), geändert durch:
- 32022 D 1229: Beschluss (EU) 2022/1229 der Kommission vom 11. Juli 2022 (ABl. L 189 vom 18.7.2022, S. 20)
81. 32017 D 1215: Beschluss (EU) 2017/1215 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Maschinengeschirrspülmittel für den industriellen und institutionellen Bereich (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 16), geändert durch:
- 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)
 - 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)
82. 32017 D 1219: Beschluss (EU) 2017/1219 der Kommission vom 23. Juni 2017 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Waschmittel für den industriellen und institutionellen Bereich (ABl. L 180 vom 12.7.2017, S. 79), geändert durch:
- 32018 D 0993: Beschluss (EU) 2018/993 der Kommission vom 11. Juli 2018 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 14)

– 32019 D 0418: Beschluss (EU) 2019/418 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 188)

83. 32013 D 0250: Beschluss 2013/250/EU der Kommission vom 21. Mai 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Sanitärarmaturen (ABl. L 145 vom 31.5.2013, S. 6), berichtigt in ABl. L 280 vom 22.10.2013, S. 32
84. 32013 D 0641: Beschluss 2013/641/EU der Kommission vom 7. November 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für WC und Urinale (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 38)
85. 32013 D 0806: Beschluss 2013/806/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für bildgebende Geräte (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 53)
86. 32014 D 0314: Beschluss 2014/314/EU der Kommission vom 28. Mai 2014 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Warmwasser-Heizgeräte (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 83), berichtigt in ABl. L 298 vom 16.10.2014, S. 62
87. 32014 D 0350: Beschluss 2014/350/EU der Kommission vom 5. Juni 2014 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Textilerzeugnisse (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 45), geändert durch:

- 32017 D 1392: Beschluss (EU) 2017/1392 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 36)
 - 32020 D 1805: Beschluss (EU) 2020/1805 der Kommission vom 27. November 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 89)
88. 32018 D 0680: Beschluss (EU) 2018/680 der Kommission vom 2. Mai 2018 zur Festlegung der Kriterien des EU-Umweltzeichens für Gebäudereinigungsdienste (ABl. L 114 vom 4.5.2018, S. 22)
 89. 32018 D 1702: Beschluss (EU) 2018/1702 der Kommission vom 8. November 2018 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Schmierstoffe (ABl. L 285 vom 13.11.2018, S. 82)
 90. 32019 D 0070: Beschluss (EU) 2019/70 der Kommission vom 11. Januar 2019 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für grafisches Papier und der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Hygienepapier und Hygienepapierprodukte (ABl. L 15 vom 17.1.2019, S. 27)
 91. 32020 D 1803: Beschluss (EU) 2020/1803 der Kommission vom 27. November 2020 zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für Druckerzeugnisse, Schreibwaren aus Papier und Papiertragetaschenerzeugnisse (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 53)

KAPITEL 2

WASSER

1. 32020 L 2184: Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung) (ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 1)
2. 32022 D 0679: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/679 der Kommission vom 19. Januar 2022 zur Erstellung einer Beobachtungsliste der für Wasser für den menschlichen Gebrauch bedenklichen Stoffe und Verbindungen gemäß der Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 124 vom 27.4.2022, S. 41)
3. 32020 R 0741: Verordnung (EU) 2020/741 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 32)
4. 31991 L 0271: Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135 vom 30.5.1991, S. 40), geändert durch:
 - 31998 L 0015: Richtlinie 98/15/EG der Kommission vom 27. Februar 1998 (ABl. L 67 vom 7.3.1998, S. 29), berichtigt in ABl. L 189 vom 17.7.2015, S. 41
 - 32003 R 1882 Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

- 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)
 - 32013 L 0064: Richtlinie 2013/64/EU des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8)
5. 32014 D 0431: Durchführungsbeschluss 2014/431/EU der Kommission vom 26. Juni 2014 über die Formblätter für die Mitteilung der einzelstaatlichen Programme zur Durchführung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 77)
6. 31991 L 0676: Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (ABl. L 375 vom 31.12.1991, S. 1), geändert durch:
- 32003 R 1882 Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)
 - 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)
7. 32000 L 0060: Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1), geändert durch:

- 32001 D 2455: Entscheidung Nr. 2455/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2001 (ABl. L 331 vom 15.12.2001, S. 1)
- 32008 L 0105: Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84)
- 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)
- 32013 L 0039: Richtlinie 2013/39/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 1)
- 32014 L 0101: Richtlinie 2014/101/EU der Kommission vom 30. Oktober 2014 (ABl. L 311 vom 31.10.2014, S. 32)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Unbeschadet künftiger Maßnahmen des mit diesem Abkommen eingerichteten Gemeinsamen Ausschusses werden folgende Rechtsakte der Gemeinschaft nicht in dieses Abkommen aufgenommen:

- i) 31976 L 0160: Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität der Badegewässer (ABl. L 31 vom 5.2.1976, S. 1)
 - ii) 31979 L 0409: Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25.4.1979, S. 1)
 - iii) 31992 L 0043: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7)
 - iv) 32006 L 0113: Richtlinie 2006/113/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Qualitätsanforderungen an Muschelgewässer (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 14)
 - v) 32006 L 0044: Richtlinie 2006/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 20)
- b) Die in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern ii und iii, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 5 Absätze 1 und 2, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 7 und 8, Artikel 13 Absätze 6 und 7 sowie Artikel 17 Absatz 4 genannten Fristen, die ab dem Tag des Inkrafttretens der Richtlinie laufen, gelten ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens. Für die Zwecke dieser Artikel der Richtlinie findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

c) Gemäß Artikel 14 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt jede Bezugnahme auf das in Artikel 24 dieser Richtlinie genannte Datum als Bezugnahme auf den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens. Für die Zwecke von Artikel 24 der Richtlinie findet Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

8. 32006 L 0118: Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 19), geändert durch:

– 32014 L 0080: Richtlinie 2014/80/EU der Kommission vom 20. Juni 2014 (ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 52)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 32018 D 0229: Beschluss (EU) 2018/229 der Kommission vom 12. Februar 2018 zur Festlegung der Werte für die Einstufungen im Rahmen des Überwachungssystems des jeweiligen Mitgliedstaats als Ergebnis der Interkalibrierung gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2013/480/EU der Kommission (ABl. L 47 vom 20.2.2018, S. 1)

10. 32005 D 0646: Entscheidung 2005/646/EG der Kommission vom 17. August 2005 über die Erstellung eines Verzeichnisses von Orten, die das Interkalibrierungsnetz gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bilden sollen (ABl. L 243 vom 19.9.2005, S. 1)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Da sich Andorra grenzüberschreitende Einzugsgebiete mit Frankreich und Spanien teilt, beteiligt sich Andorra auf freiwilliger Basis an der Interkalibrierung und wird daher eine Liste von Orten nach demselben Verfahren wie die EU-Mitgliedstaaten vorgelegen.

11. 32008 L 0105: Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84), geändert durch:
- 32013 L 0039: Richtlinie 2013/39/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 (ABl. L 226 vom 24.8.2013, S. 1)
12. 32009 L 0090: Richtlinie 2009/90/EG der Kommission vom 31. Juli 2009 zur Festlegung technischer Spezifikationen für die chemische Analyse und die Überwachung des Gewässerzustands gemäß der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 201 vom 1.8.2009, S. 36)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

13. 32022 D 1307: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1307 der Kommission vom 22. Juli 2022 zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 197 vom 26.7.2022, S. 117)

KAPITEL 3

LUFT

1. 32008 L 0050: Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (ABl. L 152 vom 11.6.2008, S. 1), geändert durch:
 - 32015 L 1480: Richtlinie (EU) 2015/1480 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 226 vom 29.8.2015, S. 4)

2. 32011 D 0850: Durchführungsbeschluss 2011/850/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 mit Bestimmungen zu den Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Austausch von Informationen und die Berichterstattung über die Luftqualität (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 86), berichtigt in ABl. L 156 vom 20.6.2017, S. 36
3. 31987 L 0217: Richtlinie 87/217/EWG des Rates vom 19. März 1987 zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest (ABl. L 85 vom 28.3.1987, S. 40), geändert durch:
 - 11994 N 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21), geändert durch ABl. L 1 vom 1.1.1995, S. 1)
 - 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme von Asbesterkundungstätigkeiten in seinem Hoheitsgebiet.

4. 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88), geändert durch:
 - 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (kodifizierter Text) (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

5. 32016 L 0802: Richtlinie (EU) 2016/802 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (kodifizierter Text) (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 58)
6. 32010 D 0769: Beschluss 2010/769/EU der Kommission vom 13. Dezember 2010 über die Festlegung von Kriterien für den Einsatz von Technologien, die bei Flüssiggastankern eine Alternative zur Verwendung schwefelarmer Schiffskraftstoffe darstellen, die den Anforderungen des Artikels 4b der Richtlinie 1999/32/EG des Rates über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe in der durch die Richtlinie 2005/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen geänderten Fassung entsprechen (ABl. L 328 vom 14.12.2010, S. 15)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Aufnahme des Einsatzes von Technologien, die bei Flüssiggastankern eine Alternative zur Verwendung schwefelarmer Schiffskraftstoffe darstellen, nicht.

7. 32015 D 0253: Durchführungsbeschluss (EU) 2015/253 der Kommission vom 16. Februar 2015 zur Regelung der Probenahmen und der Berichterstattung gemäß der Richtlinie 1999/32/EG des Rates bezüglich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen (ABl. L 41 vom 17.2.2015, S. 55)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der Erzeugung von Schiffskraftstoffen in seinem Hoheitsgebiet.

8. 32004 D 0279: Entscheidung 2004/279/EG der Kommission vom 19. März 2004 über Leitlinien für die Umsetzung der Richtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Ozongehalt der Luft (ABl. L 87 vom 25.3.2004, S. 50)

9. 32004 L 0107: Richtlinie 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft (ABl. L 23 vom 26.1.2005, S. 3), geändert durch:
- 32015 L 1480: Richtlinie (EU) 2015/1480 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 226 vom 29.8.2015, S. 4)
10. 32016 L 2284: Richtlinie (EU) 2016/2284 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe, zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/81/EG (ABl. L 344 vom 17.12.2016, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

11. 32009 L 0126: Richtlinie 2009/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über Phase II der Benzindampf-Rückgewinnung beim Betanken von Kraftfahrzeugen an Tankstellen (ABl. L 285 vom 31.10.2009, S. 36), geändert durch:

- 32014 L 0099: Richtlinie 2014/99/EU der Kommission vom 21. Oktober 2014 (ABl. L 304 vom 23.10.2014, S. 89)
 - 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)
12. 32015 L 2193: Richtlinie (EU) 2015/2193 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft (ABl. L 313 vom 28.11.2015, S. 1)
 13. 32019 D 1713: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1713 der Kommission vom 9. Oktober 2019 zur Festlegung des Formats der von den Mitgliedstaaten für die Berichterstattung über die Durchführung der Richtlinie (EU) 2015/2193 des Europäischen Parlaments und des Rates zu übermittelnden Informationen (ABl. L 260 vom 11.10.2019, S. 65)

KAPITEL 4

CHEMISCHE STOFFE, INDUSTRIELLE RISIKEN UND BIOTECHNOLOGIE

1. 31997 D 0283: Entscheidung 97/283/EG der Kommission vom 21. April 1997 über harmonisierte Maßnahmen für die Festlegung der Massenkonzentration von Dioxinen und Furanen in den Emissionen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle (ABl. L 113 vom 30.4.1997, S. 11)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Inbetriebnahme von Sondermüllverbrennungsanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht.

2. 31996 L 0059: Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) (ABl. L 243 vom 24.9.1996, S. 31), geändert durch:

- 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

3. 32017 R 0852: Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über Quecksilber und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1102/2008 (ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 1), geändert durch:

- 32022 R 2526: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2526 der Kommission vom 23. September 2022 (ABl. L 328 vom 22.12.2022, S. 66)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

- a) In Artikel 2 Nummer 6 wird die Angabe „Artikel 28 Absatz 2 AEUV“ durch die Angabe „Artikel 6 des Assoziationsabkommens“ ersetzt.
- b) In Artikel 2 Nummern 6 und 7 werden nach den Worten „das Zollgebiet der Union“ die Worte „oder das Gebiet Andorras“ eingefügt.
- c) In Artikel 2 Nummer 7 finden die Worte „anderen [Zollverfahren] als dem externen Unionsversandverfahren“ keine Anwendung.
- d) Die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkungen gelten nicht zwischen der EU und Andorra und umgekehrt. Dies gilt unbeschadet strengerer Ausfuhr- und Einfuhrverbote, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in Andorra gelten. Andorra trifft wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Quecksilber nicht aus der EU ausgeführt oder über Andorra in die EU eingeführt wird.

- e) In Artikel 8 Absatz 4 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Hat ein Wirtschaftsteilnehmer die zuständigen Behörden in Andorra gemäß Absatz 3 unterrichtet und ist Andorra der Auffassung, dass die in Absatz 6 Unterabsatz 1 genannten Kriterien erfüllt sind, so leitet Andorra die Mitteilung an die Kommission weiter. Andorra unterrichtet die Kommission über Fälle, in denen es der Ansicht ist, die Kriterien gemäß Absatz 6 Unterabsatz 1 seien nicht erfüllt gewesen.“

- f) In Artikel 8 Absatz 6 wird folgender Unterabsatz angefügt: „Die Durchführungsrechtsakte der Kommission, in denen festgelegt wird, ob ein einschlägiges neues quecksilberhaltiges Produkt oder ein neues Herstellungsverfahren zugelassen ist, sind allgemein anwendbar und werden in das Assoziationsabkommens aufgenommen.“

- g) In Artikel 10 Absatz 1 werden die Worte „Ab dem 1. Januar 2019“ für Andorra durch die Worte „Ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 2 werden die Worte „Ab dem 1. Juli 2018“ für Andorra durch die Worte „Ab sechs Monate nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 3 werden die Worte „Bis zum 1. Juli 2019“ für Andorra durch die Worte „Ab achtzehn Monate nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 werden die Worte „Ab dem 1. Januar 2019“ für Andorra durch die Worte „Ab einem Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe a werden die Worte „nach dem 1. Januar 2018“ für Andorra durch die Worte „nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe b werden die Worte „ab dem 1. Januar 2021“ für Andorra durch die Worte „ab drei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.

- h) Im Hinblick auf die Artikel 11–15 der Verordnung findet Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen Anwendung.

Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra weder die Aufnahme eines der in Artikel 11 genannten Industriezweige in seinem Hoheitsgebiet noch die Einfuhr von Abfällen aus diesen Industriezweigen.

- i) In Artikel 18 Absatz 1 werden die Worte „bis zum 1. Januar 2020“ durch die Worte „ab zwei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens“ ersetzt.
- j) Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b findet keine Anwendung.

4. 32019 D 1752: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1752 der Kommission vom 25. Februar 2019 zur Erstellung der Fragebögen sowie zur Festlegung von Format und Häufigkeit der von den Mitgliedstaaten im Einklang mit der Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates zu erstellenden Berichte (ABl. L 269 vom 23.10.2019, S. 5)
5. 32012 L 0018: Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 1)
6. 32014 D 0896: Durchführungsbeschluss 2014/896/EU der Kommission vom 10. Dezember 2014 über das Format für die Übermittlung der Informationen der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 55)
7. 32009 D 0010: Entscheidung 2009/10/EG der Kommission vom 2. Dezember 2008 zur Festlegung eines Meldevordrucks für schwere Unfälle gemäß der Richtlinie 96/82/EG des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 6 vom 10.1.2009, S. 64)
8. 32014 D 0895: Durchführungsbeschluss 2014/895/EU der Kommission vom 10. Dezember 2014 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 21 Absatz 3 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (ABl. L 355 vom 12.12.2014, S. 51)

9. 32022 D 1979: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1979 der Kommission vom 31. August 2022 zur Erstellung des Formulars und der Datenbanken für die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 18 Absatz 1 und Artikel 21 Absatz 3 der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/895/EU der Kommission (ABl. L 272 vom 20.10.2022, S. 14)

KAPITEL 5

ABFALL

1. 31986 L 0278: Richtlinie 86/278/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 über den Schutz der Umwelt und insbesondere der Böden bei der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft (ABl. L 181 vom 4.7.1986, S. 6), geändert durch:
- 32003 R 0807: Verordnung (EG) Nr. 807/2003 des Rates vom 14. April 2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 36)
 - 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)
 - 32019 R 1010: Verordnung (EU) 2019/1010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (ABl. L 170 vom 25.6.2019, S. 115)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft in seinem Hoheitsgebiet nicht.

2. 32000 D 0532: Entscheidung 2000/532/EG der Kommission vom 3. Mai 2000 zur Ersetzung der Entscheidung 94/3/EG über ein Abfallverzeichnis gemäß Artikel 1 Buchstabe a) der Richtlinie 75/442/EWG des Rates über Abfälle und der Entscheidung 94/904/EG des Rates über ein Verzeichnis gefährlicher Abfälle im Sinne von Artikel 1 Absatz 4 der Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle (ABl. L 226 vom 6.9.2000, S. 3), geändert durch:
 - 32001 D 0118: Entscheidung 2001/118/EG der Kommission vom 16. Januar 2001 (ABl. L 47 vom 16.2.2001, S. 1)
 - 32001 D 0119: Entscheidung 2001/119/EG der Kommission vom 22. Januar 2001 (ABl. L 47 vom 16.2.2001, S. 32)
 - 32001 D 0573: Beschluss 2001/573/EG des Rates vom 23. Juli 2001 (ABl. L 203 vom 28.7.2001, S. 18)
 - 32014 D 0955: Beschluss 2014/955/EU der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 370 vom 30.12.2014, S. 44), berichtigt in ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 78

3. 32006 R 1013: Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (ABl. L 190 vom 12.7.2006, S. 1), geändert durch:
- 32007 R 1379: Verordnung (EG) Nr. 1379/2007 der Kommission vom 26. November 2007 (ABl. L 309 vom 27.11.2007, S. 7)
 - 32008 R 0669: Verordnung (EG) Nr. 669/2008 der Kommission vom 15. Juli 2008 (ABl. L 188 vom 16.7.2008, S. 7)
 - 32009 R 0308: Verordnung (EG) Nr. 308/2009 der Kommission vom 15. April 2009 (ABl. L 97 vom 16.4.2009, S. 8)
 - 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114)
 - 32010 R 0413: Verordnung (EU) Nr. 413/2010 der Kommission vom 12. Mai 2010 (ABl. L 119 vom 13.5.2010, S. 1)
 - 32011 R 0664: Verordnung (EU) Nr. 664/2011 der Kommission vom 11. Juli 2011 (ABl. L 182 vom 12.7.2011, S. 2)
 - 32012 R 0135: Verordnung (EU) Nr. 135/2012 der Kommission vom 16. Februar 2012 (ABl. L 46 vom 17.2.2012, S. 30)

- 32013 R 0255: Verordnung (EU) Nr. 255/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. L 179 vom 21.3.2013, S. 19)
 - 32014 R 0660: Verordnung (EU) Nr. 660/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 135)
 - 32014 R 1234: Verordnung (EU) Nr. 1234/2014 der Kommission vom 18. November 2014 (ABl. L 332 vom 19.11.2014, S. 15)
 - 32015 R 2002: Verordnung (EU) 2015/2002 der Kommission vom 10. November 2015 (ABl. L 294 vom 11.11.2015, S. 1)
 - 32020 R 2174: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2174 der Kommission vom 19. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 11)
4. 32007 R 1418: Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder IIIA der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt (ABl. L 316 vom 4.12.2007, S. 6), geändert durch:
- 32008 R 0740: Verordnung (EG) Nr. 740/2008 der Kommission vom 29. Juli 2008 (ABl. L 201 vom 30.7.2008, S. 36)

- 32009 R 0967: Verordnung (EG) Nr. 967/2009 der Kommission vom 15. Oktober 2009 (ABl. L 271 vom 16.10.2009, S. 12)
- 32010 R 0837: Verordnung (EU) Nr. 837/2010 der Kommission vom 23. September 2010 (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 1)
- 32011 R 0661: Verordnung (EU) Nr. 661/2011 der Kommission vom 8. Juli 2011 (ABl. L 181 vom 9.7.2011, S. 22)
- 32012 R 0674: Verordnung (EU) Nr. 674/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 12)
- 32013 R 0057: Verordnung (EU) Nr. 57/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 17)
- 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
- 32014 R 0733: Verordnung (EU) Nr. 733/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 10)
- 32021 R 1840: Verordnung (EU) 2021/1840 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 1)

- 32022 R 0520: Verordnung (EU) 2022/520 der Kommission vom 31. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 63)

5. 31999 L 0031: Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien (ABl. L 182 vom 16.7.1999, S. 1), geändert durch:

- 32011 L 0097: Richtlinie 2011/97/EU des Rates vom 5. Dezember 2011 (ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 49)
- 32018 L 0850: Richtlinie (EU) 2018/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 100)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Einrichtung und Inbetriebnahme von Deponien für gefährliche Abfälle oder nicht gefährliche Abfälle in seinem Hoheitsgebiet nicht.

6. 32019 D 1885: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1885 der Kommission vom 6. November 2019 zur Festlegung der Vorschriften für die Berechnung, die Prüfung und die Übermittlung von Daten über die Ablagerung von Siedlungsabfällen auf Deponien gemäß der Richtlinie 1999/31/EG des Rates sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2000/738/EG der Kommission (ABl. L 290 vom 11.11.2019, S. 18)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Einrichtung und Inbetriebnahme von Deponien für Kommunalabfälle in seinem Hoheitsgebiet nicht.

7. 32003 D 0033: Entscheidung 2003/33/EG des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Annahme von Abfällen auf Abfalldeponien gemäß Artikel 16 und Anhang II der Richtlinie 1999/31/EG (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 27)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Einrichtung und Inbetriebnahme von Deponien für gefährliche Abfälle oder nicht gefährliche Abfälle in seinem Hoheitsgebiet nicht.

8. 32000 L 0053: Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge (ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 34), geändert durch:
 - 32002 D 0525: Entscheidung 2002/525/EG der Kommission vom 27. Juni 2002 (ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 81)

- 32005 D 0438: Entscheidung 2005/438/EG der Kommission vom 10. Juni 2005 (ABl. L 152 vom 15.6.2005, S. 19)
- 32005 D 0673: Beschluss 2005/673/EG des Rates vom 20. September 2005 (ABl. L 254 vom 30.9.2005, S. 69)
- 32010 D 0115: Beschluss 2010/115/EU der Kommission vom 23. Februar 2010 (ABl. L 48 vom 25.2.2010, S. 12)
- 32008 L 0112: Richtlinie 2008/112/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 68)
- 32011 L 0037: Richtlinie 2011/37/EU der Kommission vom 30. März 2011 (ABl. L 85 vom 31.3.2011, S. 3)
- 32013 L 0028: Richtlinie 2013/28/EU der Kommission vom 17. Mai 2013 (ABl. L 135 vom 22.5.2013, S. 14)
- 32016 L 0774: Richtlinie (EU) 2016/774 der Kommission vom 18. Mai 2016 (ABl. L 128 vom 19.5.2016, S. 4)
- 32017 L 2096: Richtlinie (EU) 2017/2096 der Kommission vom 15. November 2017 (ABl. L 299 vom 16.11.2017, S. 24)

- 32020 L 0363: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/363 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 119)
- 32020 L 0362: Delegierte Richtlinie (EU) 2020/362 der Kommission vom 17. Dezember 2019 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 116), berichtigt in ABl. L 103 vom 3.4.2020, S. 53
- 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)
- 32023 L 0544: Delegierte Richtlinie (EU) 2023/544 der Kommission vom 16. Dezember 2022 (ABl. L 73 vom 10.3.2023, S. 5)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

9. 32002 D 0151: Entscheidung 2002/151/EG der Kommission vom 19. Februar 2002 über Mindestanforderungen für den gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge ausgestellten Verwertungsnachweis (ABl. L 50 vom 21.2.2002, S. 94)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

10. 32003 D 0138: Entscheidung 2003/138/EG der Kommission vom 27. Februar 2003 zur Festlegung von Kennzeichnungsnormen für Bauteile und Werkstoffe gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 53 vom 28.2.2003, S. 58)
11. 32005 D 0293: Entscheidung 2005/293/EG der Kommission vom 1. April 2005 zur Festlegung der Einzelheiten für die Kontrolle der Einhaltung der Zielvorgaben für Wiederverwendung/Verwertung und Wiederverwendung/Recycling gemäß der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Altfahrzeuge (ABl. L 94 vom 13.4.2005, S. 30)
12. 32012 L 0019: Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38), geändert durch:
 - 32018 L 0849: Richtlinie (EU) 2018/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 93)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

13. 32017 R 0699: Durchführungsverordnung (EU) 2017/699 der Kommission vom 18. April 2017 über eine gemeinsame Methode für die Berechnung des Gewichts von in den einzelnen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebrachten Elektro- und Elektronikgeräten und für die Berechnung der Menge, nach Gewicht, der in den einzelnen Mitgliedstaaten angefallenen Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 103 vom 19.4.2017, S. 17)
14. 32019 R 0290: Durchführungsverordnung (EU) 2019/290 der Kommission vom 19. Februar 2019 zur Festlegung des Formats für die Registrierung von Herstellern von Elektro- und Elektronikgeräten und deren Berichterstattung an das Register (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 6)
15. 32019 D 2193: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2193 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Festlegung der Vorschriften für die Berechnung, die Prüfung und die Übermittlung von Daten sowie der Datenformate für die Zwecke der Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 72)

16. 32004 D 0249: Entscheidung 2004/249/EG der Kommission vom 11. März 2004 über einen Fragebogen für Berichte der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 56)
17. 32005 D 0369: Entscheidung 2005/369/EG der Kommission vom 3. Mai 2005 über Bestimmungen zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften durch die Mitgliedstaaten und zur Festlegung von Datenformaten für die Zwecke der Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 119 vom 11.5.2005, S. 13)
18. 32006 L 0021: Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

19. 32009 D 0335: Entscheidung 2009/335/EG der Kommission vom 20. April 2009 über technische Leitlinien für die Festsetzung der finanziellen Sicherheitsleistung gemäß der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 101 vom 21.4.2009, S. 25)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

20. 32009 D 0337: Entscheidung 2009/337/EG der Kommission vom 20. April 2009 über die Festlegung der Kriterien für die Einstufung von Abfallentsorgungseinrichtungen gemäß Anhang III der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 102 vom 22.4.2009, S. 7)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

21. 32009 D 0358: Entscheidung 2009/358/EG der Kommission vom 29. April 2009 über die Harmonisierung und die regelmäßige Übermittlung von Informationen sowie über den Fragebogen gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a bzw. Artikel 18 der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 39)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

22. 32009 D 0359: Entscheidung 2009/359/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der Begriffsbestimmung von Inertabfälle gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe f der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 46)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

23. 32009 D 0360: Entscheidung 2009/360/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der technischen Anforderungen für die Charakterisierung der Abfälle gemäß der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (ABl. L 110 vom 1.5.2009, S. 48)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

24. 32020 D 0248: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/248 der Kommission vom 21. Februar 2020 zur Festlegung technischer Leitlinien für die Inspektionen gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 51 vom 25.2.2020, S. 4)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Aufnahme der mineralgewinnenden Industrie in seinem Hoheitsgebiet.

25. 32008 L 0098: Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3), geändert durch:
- 32014 R 1357: Verordnung (EU) Nr. 1357/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2014 (ABl. L 365 vom 19.12.2014, S. 89), berichtigt in ABl. L 42 vom 18.2.2017, S. 43
 - 32015 L 1127: Richtlinie (EU) 2015/1127 der Kommission vom 10. Juli 2015 (ABl. L 184 vom 11.7.2015, S. 13), berichtigt in ABl. L 297 vom 13.11.2015, S. 9
 - 32017 R 0997: Verordnung (EU) 2017/997 des Rates vom 8. Juni 2017 (ABl. L 150 vom 14.6.2017, S. 1)
 - 32018 L 0851: Richtlinie (EU) 2018/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 109)
26. 32011 R 0333: Verordnung (EU) Nr. 333/2011 des Rates vom 31. März 2011 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Schrott gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 94 vom 8.4.2011, S. 2)
27. 32012 R 1179: Verordnung (EU) Nr. 1179/2012 der Kommission vom 10. Dezember 2012 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Bruchglas gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 337 vom 11.12.2012, S. 31)

28. 32013 R 0715: Verordnung (EU) Nr. 715/2013 der Kommission vom 25. Juli 2013 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Kupferschrott gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nicht mehr als Abfall anzusehen sind (ABl. L 201 vom 26.7.2013, S. 14)
29. 32011 D 0753: Beschluss 2011/753/EU der Kommission vom 18. November 2011 mit Vorschriften und Berechnungsmethoden für die Überprüfung der Einhaltung der Zielvorgaben gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 25.11.2011, S. 11)
30. 32013 D 0727: Durchführungsbeschluss 2013/727/EU der Kommission vom 6. Dezember 2013 zur Festlegung eines Formats für die Mitteilungen über die Annahme und die wesentliche Änderung von Abfallbewirtschaftungsplänen und Abfallvermeidungsprogrammen (ABl. L 329 vom 10.12.2013, S. 44)
31. 32019 L 0904: Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1)
32. 32019 D 1597: Delegierter Beschluss (EU) 2019/1597 der Kommission vom 3. Mai 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine gemeinsame Methodik und Mindestqualitätsanforderungen für die einheitliche Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen (ABl. L 248 vom 27.9.2019, S. 77)

33. 32019 D 2000: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2000 der Kommission vom 28. November 2019 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung von Daten zu Lebensmittelabfällen und für die Vorlage des Qualitätskontrollberichts gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 310 vom 2.12.2019, S. 39)
34. 32021 D 0019: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/19 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Festlegung einer gemeinsamen Methode und eines Formats für die Berichterstattung über die Wiederverwendung gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 10 vom 12.1.2021, S. 1)

KAPITEL 6

LÄRM

1. 32002 L 0049: Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (ABl. L 189 vom 18.7.2002, S. 12), geändert durch:
 - 32020 L 0367: Richtlinie (EU) 2020/367 der Kommission vom 4. März 2020 (ABl. L 67 vom 5.3.2020, S. 132)

- 32021 L 1226: Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1226 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 65)
- 2. 32015 L 0996: Richtlinie (EU) 2015/996 der Kommission vom 19. Mai 2015 zur Festlegung gemeinsamer Lärmbewertungsmethoden gemäß der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 168 vom 1.7.2015, S. 1)
- 3. 32021 D 1967: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/1967 der Kommission vom 11. November 2021 zur Einrichtung einer obligatorischen Datenablage und eines obligatorischen Mechanismus für den digitalen Informationsaustausch gemäß der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 160)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

- 1. 375 X 0436: Empfehlung 75/436/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 3. März 1975 über die Kostenzurechnung und die Intervention der öffentlichen Hand bei Umweltschutzmaßnahmen (ABl. L 194 vom 25.7.1975, S. 1)
- 2. 379 X 0003: Empfehlung 79/3/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 an die Mitgliedstaaten betreffend Verfahren zur Berechnung der Umweltschutzkosten der Industrie (ABl. L 5 vom 9.1.1979, S. 28)

3. 32001 H 0331: Empfehlung 2001/331/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten (ABl. L 118 vom 27.4.2001, S. 41)
4. 32003 H 0047: Empfehlung 2003/47/EG der Kommission vom 15. Januar 2003 über Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Erstellung eines nationalen Emissionsverminderungsplans gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 2001/80/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft (ABl. L 16 vom 22.1.2003, S. 59)
5. 32006 H 0339: Empfehlung 2006/339/EG der Kommission vom 8. Mai 2006 über die Förderung der Landstromversorgung von Schiffen an Liegeplätzen in den Häfen der Gemeinschaft (ABl. L 125 vom 12.5.2006, S. 38)

TEIL II

KLIMA

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

EU-ÜBERWACHUNGSMECHANISMUS

1. 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1), geändert durch:
 - 32019 D 0504: Beschluss (EU) 2019/504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 85I vom 27.3.2019, S. 66)

- 32021 R 1119: Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang IV, Kapitel 4 über Elektrizität.

KAPITEL 2

ÜBERWACHUNG IN DER EU – SEEVERKEHR

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Registrierung von unter die Verordnung (EU) 2015/757 fallenden Schiffen unter seiner Flagge nicht.

1. 32015 R 0757: Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 55), geändert durch:

- 32016 R 2071: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2071 der Kommission vom 22. September 2016 (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 1)
- 2. 32016 R 2072: Delegierte Verordnung (EU) 2016/2072 der Kommission vom 22. September 2016 über die Prüftätigkeiten und die Akkreditierung von Prüfstellen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen (ABl. L 320 vom 26.11.2016, S. 5)
- 3. 32016 R 1927: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1927 der Kommission vom 4. November 2016 über Vorlagen für Monitoringkonzepte, Emissionsberichte und Konformitätsbescheinigungen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 1)
- 4. 32016 R 1928: Durchführungsverordnung (EU) 2016/1928 der Kommission vom 4. November 2016 über die Bestimmung der Ladung, die von anderen Kategorien von Schiffen als Fahrgastschiffen, Ro-Ro-Schiffen und Containerschiffen gemäß der Verordnung (EU) 2015/757 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen befördert wird (ABl. L 299 vom 5.11.2016, S. 22)

KAPITEL 3

EMISSIONSHANDELSSYSTEM

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Ausübung einer der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten nicht; während dieser Aussetzung genehmigt Andorra zudem die Registrierung einer Person oder Organisation nicht, die eine der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten ausübt, wenn diese Registrierung zur Folge hätte, dass Andorra für die Verwaltung des EU-EHS in Bezug auf diese Person oder Organisation zuständig wäre.

1. 32003 L 0087: Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 275 vom 25.10.2003, S. 32), geändert durch:
 - 32004 L 0101: Richtlinie 2004/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 (ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 18)

- 32008 L 0101: Richtlinie 2008/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 (ABl. L 8 vom 13.1.2009, S. 3)
- 32009 L 0029: Richtlinie 2009/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 63)
- 32013 D 1359: Beschluss Nr. 1359/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 1)
- 32014 R 0421: Verordnung (EU) Nr. 421/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 129 vom 30.4.2014, S. 1)
- 32015 D 1814: Beschluss (EU) 2015/1814 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 (ABl. L 264 vom 9.10.2015, S. 1)
- 32017 R 2392: Verordnung (EU) 2017/2392 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 7)
- 32018 L 0410: Richtlinie (EU) 2018/410 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 3)
- 32020 D 1071: Delegierter Beschluss (EU) 2020/1071 der Kommission vom 18. Mai 2020 (ABl. L 234 vom 21.7.2020, S. 16)

- 32021 R 1416: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1416 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 305 vom 31.8.2021, S. 1)
 - 32023 D 0136: Beschluss (EU) 2023/136 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2023 (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 1)
2. 32010 D 0634: Beschluss 2010/634/EU der Kommission vom 22. Oktober 2010 zur Anpassung der gemeinschaftsweiten Menge der im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems für 2013 zu vergebenden Zertifikate und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/384/EU (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 34), geändert durch:
- 32013 D 0448: Beschluss 2013/448/EU der Kommission vom 5. September 2013 (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 27)
3. 32011 R 0550: Verordnung (EU) Nr. 550/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 über Maßnahmen zur Beschränkung der Verwendung internationaler Gutschriften aus Industriegasprojekten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 8.6.2011, S. 1)
4. 32013 D 0448: Beschluss 2013/448/EU der Kommission vom 5. September 2013 über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 27), geändert durch:

- 32017 D 0126: Beschluss (EU) 2017/126 der Kommission vom 24. Januar 2017 (ABl. L 19 vom 25.1.2017, S. 93)
- 5. 32013 D 0447: Beschluss der Kommission vom 5. September 2013 über den Standardauslastungsfaktor gemäß Artikel 18 Absatz 2 des Beschlusses 2011/278/EU (ABl. L 240 vom 7.9.2013, S. 23)
- 6. 32013 R 1123: Verordnung (EU) Nr. 1123/2013 der Kommission vom 8. November 2013 zur Festlegung der Verwendungsrechte für internationale Gutschriften gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 299 vom 9.11.2013, S. 32)
- 7. 32015 D 1814: Beschluss (EU) 2015/1814 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (ABl. L 264 vom 9.10.2015, S. 1), geändert durch:
 - 32018 L 0410: Richtlinie (EU) 2018/410 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2018 (ABl. L 76 vom 19.3.2018, S. 3)
- 8. 32019 R 0856: Delegierte Verordnung (EU) 2019/856 der Kommission vom 26. Februar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Funktionsweise des Innovationsfonds (ABl. L 140 vom 28.5.2019, S. 6), geändert durch:
 - 32021 R 1204: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1204 der Kommission vom 10. Mai 2021 (ABl. L 261 vom 22.7.2021, S. 4)

9. 32019 R 0331: Delegierte Verordnung (EU) 2019/331 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Festlegung EU-weiter Übergangsvorschriften zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten gemäß Artikel 10a der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 59 vom 27.2.2019, S. 8)
10. 32019 D 0708: Delegierter Beschluss (EU) 2019/708 der Kommission vom 15. Februar 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Festlegung der Sektoren und Teilsektoren, bei denen davon ausgegangen wird, dass für sie im Zeitraum 2021-2030 ein Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen besteht (ABl. L 120 vom 8.5.2019, S. 20)
11. 32021 D 0355: Beschluss (EU) 2021/355 der Kommission vom 25. Februar 2021 über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 221), geändert durch:
 - 32022 D 1028: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1028 der Kommission vom 27. Juni 2022 (ABl. L 172 vom 29.6.2022, S. 21)
12. 32021 R 0447: Durchführungsverordnung (EU) 2021/447 der Kommission vom 12. März 2021 zur Festlegung angepasster Benchmarkwerte für die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten für den Zeitraum 2021–2025 gemäß Artikel 10a Absatz 2 der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 87 vom 15.3.2021, S. 29)

13. 32010 R 1031: Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 der Kommission vom 12. November 2010 über den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 302 vom 18.11.2010, S. 1), geändert durch:
- 32011 R 1210: Verordnung (EU) Nr. 1210/2011 der Kommission vom 23. November 2011 (ABl. L 308 vom 24.11.2011, S. 2)
 - 32012 R 0784: Verordnung (EU) Nr. 784/2012 der Kommission vom 30. August 2012 (ABl. L 234 vom 31.8.2012, S. 4)
 - 32012 R 1042: Verordnung (EU) Nr. 1042/2012 der Kommission vom 7. November 2012 (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 19)
 - 32013 R 1143: Verordnung (EU) Nr. 1143/2013 der Kommission vom 13. November 2013 (ABl. L 303 vom 14.11.2013, S. 10)
 - 32014 R 0176: Verordnung (EU) Nr. 176/2014 der Kommission vom 25. Februar 2014 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 11)
 - 32017 R 1902: Verordnung (EU) 2017/1902 der Kommission vom 18. Oktober 2017 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 11)

- 32019 R 0007: Delegierte Verordnung (EU) 2019/7 der Kommission vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 2 vom 4.1.2019, S. 1)
 - 32019 R 1868: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1868 der Kommission vom 28. August 2019 (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 9)
14. 32021 D 0927: Durchführungsbeschluss (EU) 2021/927 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Festlegung des einheitlichen sektorübergreifenden Korrekturfaktors für die Anpassung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten für den Zeitraum 2021 bis 2025 (ABl. L 203 vom 9.6.2021, S. 14)
 15. 32020 D 2166: Beschluss (EU) 2020/2166 der Kommission vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung der Versteigerungsanteile der Mitgliedstaaten in der Handelsperiode 2021-2030 des EU-Emissionshandelssystems (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 66)
 16. 32013 R 0389: Verordnung (EU) Nr. 389/2013 der Kommission vom 2. Mai 2013 zur Festlegung eines Unionsregisters gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und den Entscheidungen Nr. 280/2004/EG und Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 920/2010 und (EU) Nr. 1193/2011 der Kommission (ABl. L 122 vom 3.5.2013, S. 1), geändert durch:
 - 32015 R 1844: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1844 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 268 vom 15.10.2015, S. 1)

- 32018 R 0208: Verordnung (EU) 2018/208 der Kommission vom 12. Februar 2018 (ABl. L 39 vom 13.2.2018, S. 3)
 - 32019 R 0401: Delegierte Verordnung (EU) 2019/401 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 72 vom 14.3.2019, S. 4), berichtigt in ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 193
 - 32019 R 1122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3)
 - 32019 R 1123: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1123 der Kommission vom 12. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 63)
17. 32019 R 1122: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Funktionsweise des Unionsregisters (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3), geändert durch:
- 32019 R 1124: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1124 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 66)
18. 32006 D 0780: Entscheidung 2006/780/EG der Kommission vom 13. November 2006 zur Vermeidung der doppelten Erfassung von im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems erzielten Treibhausgasemissionsreduktionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bei Projektmaßnahmen im Sinne des Kyoto-Protokolls (ABl. L 316 vom 16.11.2006, S. 12)

19. 32005 D 0381: Entscheidung 2005/381/EG der Kommission vom 4. Mai 2005 zur Einführung eines Fragebogens für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 126 vom 19.5.2005, S. 43), geändert durch:
- 32006 D 0803: Entscheidung 2006/803/EG der Kommission vom 23. November 2006 (ABl. L 329 vom 25.11.2006, S. 38)
 - 32014 D 0166: Durchführungsbeschluss 2014/166/EU der Kommission vom 21. März 2014 (ABl. L 89 vom 25.3.2014, S. 45)
 - 32022 D 0919: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/919 der Kommission vom 8. Juni 2022 (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 52)
20. 32011 D 0389: Beschluss 2011/389/EU der Kommission vom 30. Juni 2011 über die EU-weite Menge der Zertifikate gemäß Artikel 3e Absatz 3 Buchstaben a bis d der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 173 vom 1.7.2011, S. 13)
21. 32013 D 0377: Beschluss Nr. 377/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. April 2013 über die vorübergehende Abweichung von der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 113 vom 25.4.2013, S. 1)

22. 32018 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2066 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Überwachung von und die Berichterstattung über Treibhausgasemissionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 601/2012 der Kommission (ABl. L 334 vom 31.12.2018, S. 1), geändert durch:
- 32020 R 2085: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2085 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 37)
 - 32022 R 0388: Durchführungsverordnung (EU) 2022/388 der Kommission vom 8. März 2022 (ABl. L 79 vom 9.3.2022, S. 1)
 - 32022 R 1371: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1371 der Kommission vom 5. August 2022 (ABl. L 206 vom 8.8.2022, S. 15)
23. 32018 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2067 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die Prüfung von Daten und die Akkreditierung von Prüfstellen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 334 vom 31.12.2018, S. 94), geändert durch:
- 32020 R 2084: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2084 der Kommission vom 14. Dezember 2020 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 23)

24. 32019 R 1842: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1842 der Kommission vom 31. Oktober 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich weiterer Vorkehrungen für die Anpassung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten aufgrund von Änderungen der Aktivitätsraten (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 20), geändert durch:
- 32022 R 0827: Durchführungsverordnung (EU) 2022/827 der Kommission vom 20. Mai 2022 (ABl. L 147 vom 30.5.2022, S. 25)
25. 32020 D 1722: Beschluss (EU) 2020/1722 der Kommission vom 16. November 2020 über die unionsweite Menge der im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems für 2021 zu vergebenden Zertifikate (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 26)

KAPITEL 4

EMISSIONSHANDELSSYSTEM DER EU – LUFTVERKEHR

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra die Ausübung einer der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten nicht; während dieser Aussetzung genehmigt Andorra zudem die Registrierung einer Person oder Organisation nicht, die eine der in Artikel 2 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Tätigkeiten ausübt, wenn diese Registrierung zur Folge hätte, dass Andorra für die Verwaltung des EU-EHS in Bezug auf diese Person oder Organisation zuständig wäre.

1. 32009 D 0450: Entscheidung der Kommission vom 8. Juni 2009 zur genauen Auslegung der in Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Luftverkehrstätigkeiten (ABl. L 149 vom 12.6.2009, S. 69)
2. 32019 R 1603: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1603 der Kommission vom 18. Juli 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation angenommenen Maßnahmen für die Überwachung von, die Berichterstattung über und die Prüfung von Luftverkehrsemissionen für die Zwecke der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus (ABl. L 250 vom 30.9.2019, S. 10)
3. 32009 R 0748: Verordnung (EG) Nr. 748/2009 der Kommission vom 5. August 2009 über die Liste der Luftfahrzeugbetreiber, die am oder nach dem 1. Januar 2006 einer Luftverkehrstätigkeit im Sinne von Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG nachgekommen sind, mit Angabe des für die einzelnen Luftfahrzeugbetreiber zuständigen Verwaltungsmitgliedstaats (ABl. L 219 vom 22.8.2009, S. 1), zuletzt geändert durch:

- 32022 R 0455: Verordnung (EU) 2022/455 der Kommission vom 14. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 748/2009 in Bezug auf die Aktualisierung der Liste der Luftfahrzeugbetreiber, die am oder nach dem 1. Januar 2006 einer Luftverkehrstätigkeit im Sinne von Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates nachgekommen sind, mit Angabe des für die einzelnen Luftfahrzeugbetreiber zuständigen Verwaltungsmitgliedstaats (ABl. L 93 vom 22.3.2022, S. 1)
- 4. 32010 R 0606: Verordnung (EU) Nr. 606/2010 der Kommission vom 9. Juli 2010 zur Genehmigung eines von der Europäischen Organisation für Flugsicherung (Eurocontrol) entwickelten vereinfachten Instruments zur Schätzung des Treibstoffverbrauchs bestimmter Luftfahrzeugbetreiber, die Kleinemittenten sind (ABl. L 175 vom 10.7.2010, S. 25)

KAPITEL 5

KRAFTSTOFFQUALITÄT

1. 31998 L 0070: Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates (ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58), geändert durch:
 - 32000 L 0071: Richtlinie 2000/71/EG der Kommission vom 7. November 2000 (ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 46)

- 32003 L 0017: Richtlinie 2003/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 2003 (ABl. L 76 vom 22.3.2003, S. 10)
- 32011 L 0063: Richtlinie 2011/63/EU der Kommission vom 1. Juni 2011 (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 15)
- 32014 L 0077: Richtlinie 2014/77/EU der Kommission vom 10. Juni 2014 (ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 62)
- 32009 L 0030: Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 88)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

2. 32015 L 0652: Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates vom 20. April 2015 zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Berichterstattungspflichten gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen (ABl. L 107 vom 25.4.2015, S. 26), berichtigt in ABl. L 129 vom 27.5.2015, S. 53, geändert durch:
 - 32018 R 1999: Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

3. 32002 D 0159: Entscheidung 2002/159/EG der Kommission vom 18. Februar 2002 über ein gemeinsames Muster für die Vorlage der zusammenfassenden Darstellungen der nationalen Daten zur Kraftstoffqualität (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 30)

Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang II Kapitel 14 „Umweltschutz“.

KAPITEL 6

SCHUTZ DER OZONSCHICHT

1. 32009 R 1005: Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 286 vom 31.10.2009, S. 1), geändert durch:
 - 32010 R 0744: Verordnung (EU) Nr. 744/2010 der Kommission vom 18. August 2010 (ABl. L 218 vom 19.8.2010, S. 2)
 - 32013 R 1087: Verordnung (EU) Nr. 1087/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 28)

- 32013R1088: Verordnung (EU) Nr. 1088/2013 der Kommission vom 4. November 2013 (ABl. L 293 vom 5.11.2013, S. 29)
 - 32017 R 0605: Verordnung (EU) 2017/605 der Kommission vom 29. März 2017 (ABl. L 84 vom 30.3.2017, S. 3)
2. 32010 D 0372: Beschluss der Kommission vom 18. Juni 2010 über die Verwendung von geregelten Stoffen als Verarbeitungshilfsstoffe gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 169 vom 3.7.2010, S. 17), geändert durch:
- 32014 D 0008 Durchführungsbeschluss 2014/8/EU der Kommission vom 10. Oktober 2013 (ABl. L 8 vom 11.1.2014, S. 27)
3. 32011 R 0291: Verordnung (EU) Nr. 291/2011 der Kommission vom 24. März 2011 über wesentliche Verwendungen geregelter Stoffe außer Fluorchlorkohlenwasserstoffen zu Labor- und Analysezwecken in der Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 79 vom 25.3.2011, S. 4)
4. 32011 R 0537: Verordnung (EU) Nr. 537/2011 der Kommission vom 1. Juni 2011 über den Mechanismus für die Zuweisung der Quoten der für Labor- und Analysezwecke in der Union zugelassenen geregelten Stoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ABl. L 147 vom 2.6.2011, S. 4)

KAPITEL 7

FLUORIERTE TREIBHAUSGASE

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

1. 32014 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über fluorierte Treibhausgase und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 195)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Artikel 14 bis 19 und Artikel 25 Absatz 2 finden keine Anwendung.

2. 32007 R 1497: Verordnung (EG) Nr. 1497/2007 der Kommission vom 18. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit ortsfester Brandschutzsysteme, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 333 vom 19.12.2007, S. 4)

3. 32007 R 1516: Verordnung (EG) Nr. 1516/2007 der Kommission vom 19. Dezember 2007 zur Festlegung der Standardanforderungen an die Kontrolle auf Dichtheit von ortsfesten Kälte- und Klimaanlageanlagen sowie von Wärmepumpen, die bestimmte fluorierte Treibhausgase enthalten, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 335 vom 20.12.2007, S. 10)
4. 32008 R 0304: Verordnung (EG) Nr. 304/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Unternehmen und Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Brandschutzsysteme und Feuerlöscher sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 12)
5. 32008 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für die Zertifizierung von Personal, das bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Lösungsmittel aus Ausrüstungen rückgewinnt, sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung der diesbezüglichen Zertifikate (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 21)
6. 32008 R 0307: Verordnung (EG) Nr. 307/2008 der Kommission vom 2. April 2008 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen für Ausbildungsprogramme sowie der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsbescheinigungen für Personal in Bezug auf bestimmte fluorierte Treibhausgase enthaltende Klimaanlageanlagen in bestimmten Kraftfahrzeugen (ABl. L 92 vom 3.4.2008, S. 25)

7. 32015 R 2066: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2066 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen, die fluorierte Treibhausgase enthaltende elektrische Schaltanlagen installieren, warten, instand halten, reparieren oder stilllegen oder fluorierte Treibhausgase aus ortsfesten elektrischen Schaltanlagen zurückgewinnen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 22)
8. 32015 R 2067: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2067 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Mindestanforderungen und der Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung im Hinblick auf die Zertifizierung von natürlichen Personen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlage und Wärmepumpen sowie Kühlaggregate in Kühlkraftfahrzeugen und -anhängern und auf die Zertifizierung von Unternehmen in Bezug auf fluorierte Treibhausgase enthaltende ortsfeste Kälteanlagen, Klimaanlage und Wärmepumpen (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 28)
9. 32016 R 0879: Durchführungsverordnung (EU) 2016/879 der Kommission vom 2. Juni 2016 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Einzelheiten der Konformitätserklärung für das Inverkehrbringen von Kälteanlagen, Klimaanlage und Wärmepumpen, die mit teilfluorierten Kohlenwasserstoffen befüllt sind, und der Überprüfung durch einen unabhängigen Prüfer (ABl. L 146 vom 3.6.2016, S. 1)

10. 32015 R 2068: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2068 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung — gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates — der Form der Kennzeichnung von Erzeugnissen und Einrichtungen, die fluorierte Treibhausgase enthalten (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 39)
11. 32014 R 1191: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1191/2014 der Kommission vom 30. Oktober 2014 zur Festlegung von Form und Art der Übermittlung der Berichte gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über fluorierte Treibhausgase (ABl. L 318 vom 5.11.2014, S. 5), geändert durch:
 - 32017 R 1375: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1375 der Kommission vom 25. Juli 2017 (ABl. L 194 vom 26.7.2017, S. 4)
 - 32018 R 1992: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1992 der Kommission vom 14. Dezember 2018 (ABl. L 320 vom 17.12.2018, S. 25)
 - 32019 R 0522: Durchführungsverordnung (EU) 2019/522 der Kommission vom 27. März 2019 (ABl. L 86 vom 28.3.2019, S. 37)
12. 32015 R 2065: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2065 der Kommission vom 17. November 2015 zur Festlegung der Form der Mitteilung der Ausbildungs- und Zertifizierungsprogramme der Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 517/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 14)

13. 32019 R 0661: Durchführungsverordnung (EU) 2019/661 der Kommission vom 25. April 2019 zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des elektronischen Registers für Quoten für das Inverkehrbringen von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (ABl. L 112 vom 26.4.2019, S. 11), geändert durch:
- 32021 R 0980: Durchführungsverordnung (EU) 2021/980 der Kommission vom 17. Juni 2021 (ABl. L 216 vom 18.6.2021, S. 133)

KAPITEL 8

CO₂-EMISSIONSNORMEN DER EU FÜR PKW, LEICHTE NUTZFAHRZEUGE UND LKW

Die Bestimmungen der in diesem Kapitel aufgeführten EU-Rechtsakte gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen gilt für alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Herstellung von Kraftfahrzeugen. Während der Aussetzung gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genehmigt Andorra keine Tätigkeit zur Herstellung von Kraftfahrzeugen in seinem Hoheitsgebiet.

1. 31999 L 0094: Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen (ABl. L 12 vom 18.1.2000, S. 16), geändert durch
 - 32003 L 0073: Richtlinie 2003/73/EG der Kommission vom 24. Juli 2003 (ABl. L 186 vom 25.7.2003, S. 34)
 - 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)
 - 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 80, geändert durch:
 - 32014 L 0032: Richtlinie 2014/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 149)
2. 32019 R 0631: Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Festsetzung von CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 443/2009 und (EU) Nr. 510/2011 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 13), geändert durch:
 - 32020 R 0022: Delegierte Verordnung (EU) 2020/22 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 8 vom 14.1.2020, S. 2)

- 32020 R 1590: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1590 der Kommission vom 19. August 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 8)
 - 32020 R 2173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2173 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 1)
 - 32021 R 1961: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1961 der Kommission vom 5. August 2021 (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 14)
3. 32021 R 0392: Durchführungsverordnung (EU) 2021/392 der Kommission vom 4. März 2021 über die Überwachung und Meldung von Daten zu den CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 1014/2010, (EU) Nr. 293/2012, (EU) 2017/1152 und (EU) 2017/1153 der Kommission (ABl. L 77 vom 5.3.2021, S. 8)
4. 32011 R 0063: Verordnung (EU) Nr. 63/2011 der Kommission vom 26. Januar 2011 mit Durchführungsbestimmungen für die Beantragung einer Ausnahme von den Zielvorgaben für spezifische CO₂-Emissionen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 23 vom 27.1.2011, S. 16), geändert durch:
- 32019 R 0248: Delegierte Verordnung (EU) 2019/248 der Kommission vom 13. November 2018 (ABl. L 42 vom 13.2.2019, S. 5)

5. 32011 R 0725: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 der Kommission vom 25. Juli 2011 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen nach der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 194 vom 26.7.2011, S. 19), geändert durch:
 - 32018 R 0258: Durchführungsverordnung (EU) 2018/258 der Kommission vom 21. Februar 2018 (ABl. L 49 vom 22.2.2018, S. 1)
6. 32012 D 0100: Beschluss 2012/100/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 über ein Verfahren für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 71)
7. 32017 R 1153: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1153 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1014/2010 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 679), geändert durch:
 - 32017 R 1231: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1231 der Kommission vom 6. Juni 2017 (ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 11)
 - 32018 R 1002: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1002 der Kommission vom 16. Juli 2018 (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 10)

- 32018 R 2043: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2043 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 58)
 - 32019 R 1840: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1840 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 9)
8. 32014 R 0427: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 der Kommission vom 25. April 2014 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen nach der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 26.4.2014, S. 57), geändert durch:
- 32018 R 0259: Durchführungsverordnung (EU) 2018/259 der Kommission vom 21. Februar 2018 (ABl. L 49 vom 22.2.2018, S. 9)
9. 32012 D 0099: Durchführungsbeschluss 2012/99/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 mit den Durchführungsbestimmungen für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der CO₂-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge gemäß der Verordnung (EG) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 69)

10. 32013 R 0114: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 114/2013 der Kommission vom 6. November 2012 mit ergänzenden Vorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Gewährung einer Ausnahme von den spezifischen CO₂-Emissionszielen für neue leichte Nutzfahrzeuge (ABl. L 38 vom 9.2.2013, S. 1), geändert durch:
- 32013 R 1047: Delegierte Verordnung (EU) 1047/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 285 vom 29.10.2013, S. 1)
 - 32014 R 0482: Delegierte Verordnung (EU) 482/2014 der Kommission vom 4. März 2014 (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 51)
11. 32017 R 1152: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1152 der Kommission vom 2. Juni 2017 zur Festlegung eines Verfahrens für die Ermittlung der Korrelationsparameter, die erforderlich sind, um der Änderung des Regelprüfverfahrens in Bezug auf leichte Nutzfahrzeuge Rechnung zu tragen, und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 293/2012 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 644), geändert durch:
- 32018 R 1003: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1003 der Kommission vom 16. Juli 2018 (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 16)
 - 32018 R 2042: Durchführungsverordnung (EU) 2018/2042 der Kommission vom 18. Dezember 2018 (ABl. L 327 vom 21.12.2018, S. 53)
 - 32019 R 1839: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1839 der Kommission vom 31. Oktober 2019 (ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 1)

12. 32018 R 0956: Verordnung (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 1), geändert durch:
- 32019 R 0888: Delegierte Verordnung (EU) 2019/888 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 142 vom 29.5.2019, S. 43)
 - 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)
 - 32020 R 1589: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1589 der Kommission vom 22. Juli 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 4)
 - 32021 R 1429: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1429 der Kommission vom 31. Mai 2021 (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 1)
 - 32022 R 0247: Delegierte Verordnung (EU) 2022/247 der Kommission vom 14. Dezember 2021 (ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 11)
13. 32019 R 1242: Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 595/2009 und (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 96/53/EG des Rates (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 202)

14. 32019 R 1859: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1859 der Kommission vom 6. November 2019 zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung des Artikels 10 der Verordnung (EU) 2019/1242 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erhebung bestimmter Daten (ABl. L 286 vom 7.11.2019, S. 10), geändert durch:
 - 32022 R 0096: Durchführungsverordnung (EU) 2022/96 der Kommission vom 25. Januar 2022 (ABl. L 17 vom 26.1.2022, S. 1)
15. 32020 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1079 der Kommission vom 20. Juli 2020 über die Überprüfung und Berichtigung von Daten gemäß der Verordnung (EU) 2018/956 über die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge (ABl. L 235 vom 22.7.2020, S. 1)
16. 32021 R 1430: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1430 der Kommission vom 31. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Präzisierung der von den Mitgliedstaaten zur Prüfung der CO₂-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge zu meldenden Daten (ABl. L 309 vom 2.9.2021, S. 3)
17. 32021 R 0941: Durchführungsverordnung (EU) 2021/941 der Kommission vom 10. Juni 2021 zur Festlegung eines spezifischen Verfahrens für die Ermittlung von schweren Nutzfahrzeugen, die als Arbeitsfahrzeuge bescheinigt, aber nicht als solche zugelassen sind, und für die Anwendung von Korrekturen auf die jährlichen durchschnittlichen spezifischen CO₂-Emissionen eines Herstellers zwecks Berücksichtigung dieser Fahrzeuge (ABl. L 205 vom 11.6.2021, S. 77)

KAPITEL 9

CO₂-ABSCHEIDUNG UND - SPEICHERUNG

1. 32009 L 0031: Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114), geändert durch:
 - 32018 D 0853: Beschluss (EU) 2018/853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 155)
2. 32011 D 0092: Beschluss 2011/92/EU der Kommission vom 10. Februar 2011 zur Einführung eines Fragebogens für den ersten Bericht über die Durchführung der Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die geologische Speicherung von Kohlendioxid (ABl. L 37 vom 11.2.2011, S. 19)
3. 32010 D 0670: Beschluss 2010/670/EU der Kommission vom 3. November 2010 über Kriterien und Maßnahmen für die Finanzierung von kommerziellen Demonstrationsprojekten, die auf eine umweltverträgliche Abscheidung und geologische Speicherung von CO₂ abzielen, und von Demonstrationsprojekten für innovative Technologien für erneuerbare Energien im Rahmen des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 290 vom 6.11.2010, S. 39), geändert durch:
 - 32015 D 0191: Beschluss (EU) 2015/191 der Kommission vom 5. Februar 2015 (ABl. L 31 vom 7.2.2015, S. 31)
 - 32017 D 2172: Beschluss (EU) 2017/2172 der Kommission vom 20. November 2017 (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 24)

STATISTIK

Liste nach Artikel 60 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1	Grundlegende und allgemeine Bestimmungen.....	3
2	Statistische Geheimhaltung	5
3	Unternehmensstatistiken.....	6
4	Tourismusstatistiken.....	11
5	Verkehrsstatistiken	13
6	Statistiken zur Bevölkerung und zu den sozialen Bedingungen.....	20
7	Wirtschafts- und Finanzstatistiken	42
8	Statistiken zu Tarifierung/Nomenklatur	54
9	Landwirtschafts- und Fischereistatistiken	62
10	Energiestatistiken.....	78
11	Umweltstatistiken	80

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

- Erwägungsgründe;
- die Adressaten der EU-Rechtsakte;
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

KAPITEL 1

GRUNDLEGENDE UND ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

EUROPÄISCHE STATISTIKEN: RECHTSRAHMEN

1. 32009 R 0223: Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164), geändert durch:
 - 32015 R 0759: Verordnung (EU) 2015/759 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 90)
2. 32013 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 der Kommission (ABl. L 164 vom 18.6.2013, S. 16)

3. 32012 D 0504: Beschluss 2012/504/EU der Kommission vom 17. September 2012 über Eurostat (ABl. L 251 vom 18.9.2012, S. 49)
4. 32008 D 0235: Beschluss Nr. 235/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance (ABl. L 73 vom 15.3.2008, S. 17)

EUROPÄISCHES STATISTISCHES PROGRAMM

1. 32021 R 0690: Verordnung (EU) 2021/690 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Aufstellung eines Programms für den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, den Bereich Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel sowie europäische Statistiken (Binnenmarktprogramm) und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 99/2013, (EU) Nr. 1287/2013, (EU) Nr. 254/2014 und (EU) Nr. 652/2014 (ABl. L 153 vom 3.5.2021, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

1. 02016 R 0679: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1)

EUROPÄISCHE DATENSCHUTZVERORDNUNG

1. 32018 R 1725: Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39)
2. 32019 D 2071: Beschluss (EU) 2019/2071 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2019 zur Ernennung des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 316I vom 6.12.2019, S. 1)

KAPITEL 2

STATISTISCHE GEHEIMHALTUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32006 R 1367: Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 13), geändert durch:

- 32021 R 1767: Verordnung (EU) 2021/1767 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 (ABl. L 356 vom 8.10.2021, S. 1)
- 2. 32016 D 0128(02): Beschluss des Europäischen Datenschutzbeauftragten vom 3. Dezember 2015 über die Einsetzung eines externen Beirats für die ethische Dimension des Datenschutzes („Ethik-Beirat“) (ABl. C 33 vom 28.1.2016, S. 1)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. Verhaltenskodex für europäische Statistiken für die nationalen statistischen Ämter und Eurostat (statistisches Amt der EU), angenommen vom Ausschuss für das Europäische Statistische System am 16. November 2017

KAPITEL 3

UNTERNEHMENSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 2152: Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (ABl. L 327 vom 17.12.2019, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Kapitel V dieser Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32020 R 1030: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1030 der Kommission vom 15. Juli 2020 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 12)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

3. 32020 R 1197: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 zur Festlegung technischer Spezifikationen und Einzelheiten nach der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (ABl. L 271 vom 18.8.2020, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

- a) Anhang I Teil B dieser Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Variablen, die in der Anlage aufgeführt sind – Anhang XXI Teil A, Statistik.

b) Anhang VIII dieser Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Variablen, die in der Anlage aufgeführt sind – Anhang XXI Teil B, Statistik.

4. 32022 R 0918: Durchführungsverordnung (EU) 2022/918 der Kommission vom 13. Juni 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „Globale Wertschöpfungsketten“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 159 vom 14.6.2022, S. 43)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

5. 32021 R 1190: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1190 der Kommission vom 15. Juli 2021 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2022 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 28)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

6. 32022 R 1344: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1344 der Kommission vom 1. August 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „IKT-Nutzung und E-Commerce“ für das Bezugsjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 182 vom 19.7.2023, S. 100)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

7. 32020 R 1470: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1470 der Kommission vom 12. Oktober 2020 über das Verzeichnis der Länder und Gebiete für die europäischen Statistiken über den internationalen Warenverkehr und die geografische Aufgliederung für sonstige Unternehmensstatistiken (ABl. L 334 vom 13.10.2020, S. 2)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

8. 32021 R 1704: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1704 der Kommission vom 14. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates durch genauere Festlegung der Einzelheiten der von den Steuer- und Zollbehörden zu übermittelnden statistischen Angaben und zur Änderung ihrer Anhänge V und VI (ABl. L 339 vom 24.9.2021, S. 33)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

9. 32021 R 1225: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1225 der Kommission vom 27. Juli 2021 zur Festlegung der Einzelheiten für den Datenaustausch gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission in Bezug auf den Mitgliedstaat der Ausfuhr außerhalb der Union und die Pflichten der Meldeeinheiten (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 58)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

10. 32022 R 1092: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1092 der Kommission vom 30. Juni 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für das Thema „Innovation“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 176 vom 1.7.2022, S. 10)

11. 32022 R 2552: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2552 der Kommission vom 12. Dezember 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen der Datenanforderungen für die Statistik für das Einzelthema Industrieproduktion zur Erstellung der Aufschlüsselung der Klassifikation der Industrieprodukte gemäß der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission im Hinblick auf den Abdeckungsbereich der Güterklassifikation (ABl. L 336 vom 29.12.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

KAPITEL 4

TOURISMUSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32011 R 0692: Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über die europäische Tourismusstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 95/57/EG des Rates (ABl. L 192 vom 22.7.2011, S. 17), geändert durch:
 - 32013 R 0253: Delegierte Verordnung (EU) 253/2013 der Kommission vom 15. Januar 2013 (ABl. L 79 vom 21.3.2013, S. 5)

- 32019 R 1681: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1681 der Kommission vom 1. August 2019 (ABl. L 258 vom 9.10.2019, S. 1)
- 32020 R 1569: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1569 der Kommission vom 23. Juli 2020 (ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang II dieser Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32011 R 1051: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1051/2011 der Kommission vom 20. Oktober 2011 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Tourismusstatistik in Bezug auf den Aufbau der Qualitätsberichte sowie die Datenübermittlung (ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 13), geändert durch:

- 32013 R 0081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 81/2013 der Kommission vom 29. Januar 2013 (ABl. L 28 vom 30.1.2013, S. 1)
- 32021 R 1179: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1179 der Kommission vom 16. Juli 2021 (ABl. L 256 vom 19.7.2021, S. 89)

KAPITEL 5

VERKEHRSSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

LUFT

1. 32003 R 0437: Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr (ABl. L 66 vom 11.3.2003, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32003 R 1358: Verordnung (EG) Nr. 1358/2003 der Kommission vom 31. Juli 2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr und zur Änderung der Anhänge I und II der genannten Verordnung (ABl. L 194 vom 1.8.2003, S. 9), geändert durch:

- 32005 R 0546: Verordnung (EG) Nr. 546/2005 der Kommission vom 8. April 2005 (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 5)
 - 32007 R 0158: Verordnung (EG) Nr. 158/2007 der Kommission vom 16. Februar 2007 (ABl. L 49 vom 17.2.2007, S. 9)
3. 32005 R 0546: Verordnung (EG) Nr. 546/2005 der Kommission vom 8. April 2005 zur Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Vergabe von Meldelandcodes und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1358/2003 der Kommission im Hinblick auf die Aktualisierung der Liste der Gemeinschaftsflughäfen (ABl. L 91 vom 9.4.2005, S. 5)
 4. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

ABSCHNITT B

BINNENWASSERSTRASSEN

1. 32018 R 0974: Verordnung (EU) 2018/974 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (kodifizierter Text) (ABl. L 179 vom 16.7.2018, S. 14)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT C

SCHIENE

1. 32018 R 0643: Verordnung (EU) 2018/643 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs (Neufassung) (ABl. L 112 vom 2.5.2018, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32007 R 0332: Verordnung (EG) Nr. 332/2007 der Kommission vom 27. März 2007 über die technischen Einzelheiten der Datenübermittlung der Statistiken über den Eisenbahnverkehr (ABl. L 88 vom 29.3.2007, S. 16)

ABSCHNITT D

STRAßENVERKEHR

1. 31993 D 0704: Entscheidung 93/704/EG des Rates vom 30. November 1993 über die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 63)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Für Andorra müssen die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Dateien erstmals im Jahr nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens übermittelt werden.

2. 32001 R 2163: Verordnung (EG) Nr. 2163/2001 der Kommission vom 7. November 2001 über die technischen Modalitäten für die Übermittlung der Daten zur Statistik des Güterkraftverkehrs (ABl. L 291 vom 8.11.2001, S. 13)

3. 32003 R 0006: Verordnung (EG) Nr. 6/2003 der Kommission vom 30. Dezember 2002 über die Verbreitung der Statistik des Güterkraftverkehrs (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 45), geändert durch:
 - 32010 R 0202: Verordnung (EU) Nr. 202/2010 der Kommission vom 10. März 2010 (ABl. L 61 vom 11.3.2010, S. 24)
4. 32004 R 0642: Verordnung (EG) Nr. 642/2004 der Kommission vom 6. April 2004 über Genauigkeitsanforderungen für die nach der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs erhobenen Daten (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 26)
5. 32012 R 0070: Verordnung (EU) Nr. 70/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2012 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs (Neufassung) (ABl. L 32 vom 3.2.2012, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Für Andorra wird ein Opt-out von der Verordnung gewährt, bis das Land den in der Verordnung vorgesehenen Schwellenwert für die Anzahl von Lastkraftwagen erreicht.

6. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

ABSCHNITT E

SEEVERKEHR

1. 32009 L 0042: Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (Neufassung) (ABl. L 141 vom 6.6.2009, S. 29), geändert durch:
- 32010 R 1090: Verordnung (EU) Nr. 1090/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 (ABl. L 325 vom 9.12.2010, S. 1)
 - 32010 D 1090: Beschluss 2010/216/EU der Kommission vom 14. April 2010 (ABl. L 94 vom 15.4.2010, S. 33)

- 32012 D 0186: Delegierter Beschluss 2012/186/EU der Kommission vom 3. Februar 2012 (ABl. L 101 vom 11.4.2012, S. 5)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Richtlinie gilt nicht für Andorra.

2. 32018 D 01007: Delegierter Beschluss (EU) 2018/1007 der Kommission vom 25. April 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Hafenliste und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/861/EG der Kommission (ABl. L 180 vom 17.7.2018, S. 29)
3. 32001 D 0423: Entscheidung 2001/423/EG der Kommission vom 22. Mai 2001 über die Einzelheiten der Veröffentlichung oder Verbreitung der statistischen Daten, die gemäß der Richtlinie 95/64/EG des Rates über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs erhoben werden (ABl. L 151 vom 7.6.2001, S. 41)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Entscheidung gilt nicht für Andorra.

KAPITEL 6

STATISTIKEN ZUR BEVÖLKERUNG UND ZU DEN SOZIALEN BEDINGUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

VOLKS- UND WOHNUNGSZÄHLUNGEN

1. 32008 R 0763: Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 14)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt für Andorra nur auf nationaler Ebene.

2. 32009 R 1201: Verordnung (EG) Nr. 1201/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (ABl. L 329 vom 15.12.2009, S. 29)

3. 32010 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2010 der Kommission vom 16. Juni 2010 zur Annahme des Programms der statistischen Daten und der Metadaten für Volks- und Wohnungszählungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 151 vom 17.6.2010, S. 1)
4. 32010 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 der Kommission vom 8. Dezember 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung (ABl. L 324 vom 9.12.2010, S. 1)
5. 32017 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) 2017/543 der Kommission vom 22. März 2017 zur Festlegung der Regeln für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (ABl. L 78 vom 23.3.2017, S. 13)
6. 32017 R 0712: Verordnung (EU) 2017/712 der Kommission vom 20. April 2017 zur Festlegung des Bezugsjahrs und des Programms der statistischen Daten und Metadaten für Volks- und Wohnungszählungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 105 vom 21.4.2014, S. 1)
7. 32017 R 0881: Durchführungsverordnung (EU) 2017/881 der Kommission vom 23. Mai 2017 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 (ABl. L 135 vom 24.5.2017, S. 6)

8. 32018 R 1799: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1799 der Kommission vom 21. November 2018 über die Einführung einer zeitlich begrenzten statistischen Direktmaßnahme für die Verbreitung ausgewählter Themen der Volks- und Wohnungszählung 2021 geokodiert auf ein 1-km²-Gitter (ABl. L 296 vom 22.11.2018, S. 19)

ABSCHNITT B

DEMOGRAFIE

1. 32013 R 1260: Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über europäische demografische Statistiken (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 39)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Andorra ist von der Übermittlung von Daten zur Reihenfolge der Lebendgeburten befreit.
 - b) Artikel 4 gilt nicht für Andorra.
2. 32014 R 0205: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 205/2014 der Kommission vom 4. März 2014 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische demografische Statistiken im Hinblick auf die Untergliederung der Daten, die Fristen und die Revision von Daten (ABl. L 65 vom 5.3.2014, S. 10)

ABSCHNITT C

STATISTIKEN ÜBER PERSONEN UND HAUSHALTE (STICHPROBENBASIS) FÜR DIE BEREICHE ARBEITSKRÄFTE, EINKOMMEN UND LEBENSBEDINGUNGEN, GESUNDHEIT, ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, NUTZUNG VON INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN, ZEITVERWENDUNG, VERBRAUCH

1. 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf der Grundlage von Einzeldaten aus Stichprobenerhebungen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 808/2004, (EG) Nr. 452/2008 und (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32019 R 2180: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2180 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte nach der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 8)

3. 32019 R 2181: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2181 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Merkmale von in mehreren Datensätzen vorkommenden Elementen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 330 vom 20.12.2019, S. 16)
4. 32020 R 0256: Delegierte Verordnung (EU) 2020/256 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung einer rotierenden Mehrjahresplanung (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 1), geändert durch:
 - 32020 R 2175: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2175 der Kommission vom 20. Oktober 2020 (ABl. L 433 vom 22.12.2020, S. 20)
 - 32023 R 0167: Delegierte Verordnung (EU) 2023/167 der Kommission vom 3. November 2022 (ABl. L 24 vom 26.1.2023, S. 3)
5. 32020 R 0257: Delegierte Verordnung (EU) 2020/257 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Arbeitskräfte (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 9)

6. 32019 R 2240: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2240 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 59)
7. 32019 R 2241: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2241 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Beschreibung der Variablen und der Länge, der Qualitätsanforderungen und des Detaillierungsgrads der Zeitreihen für die Übermittlung monatlicher Daten zur Erwerbslosigkeit nach der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 125)
8. 32020 R 1640: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1640 der Kommission vom 12. August 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für das Ad-hoc-Thema 2022 „Berufliche Kompetenzen“ und für die achtjährlichen Variablen zu „Altersrenten, Alterspensionen und Erwerbsbeteiligung“ im Bereich Arbeitskräfte (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 1)
9. 32020 R 1642: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1642 der Kommission vom 5. November 2020 zur Spezifizierung der technischen Eigenschaften des Datensatzes für das Ad-hoc-Thema 2022 „Berufliche Kompetenzen“ und für die achtjährlichen Variablen zu „Altersrenten, Alterspensionen und Erwerbsbeteiligung“ im Bereich Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 370 vom 6.11.2020, S. 9)

10. 32022 R 2447: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2447 der Kommission vom 30. September 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der achtjährigen Variablen im Bereich Arbeitskräfte zu „Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt“, „Bildungsstand — Einzelangaben, einschließlich unter- oder abgebrochener Ausbildung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (ABl. L 320 vom 14.12.2022, S. 1)
11. 32022 R 2312: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2312 der Kommission vom 25. November 2022 über achtjährige Variablen im Bereich Arbeitskräfte zu „Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt“, „Bildungsstand — Einzelangaben, einschließlich unter- oder abgebrochener Ausbildung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 34)
12. 32020 R 0258: Delegierte Verordnung (EU) 2020/258 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 16)
13. 32019 R 2242: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2242 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Festlegung der technischen Angaben von Datensätzen, zur Festlegung der technischen Formate und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 336 vom 30.12.2019, S. 133)

14. 32020 R 1721: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1721 der Kommission vom 17. November 2020 zur Festlegung der technischen Eigenschaften der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Gesundheit“ und „Lebensqualität“ gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 9)
15. 32021 R 0466: Delegierte Verordnung (EU) 2021/466 der Kommission vom 17. November 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Gesundheit“ und „Lebensqualität“ (ABl. L 96 vom 19.3.2021, S. 1)
16. 32022 R 0029: Delegierte Verordnung (EU) 2022/29 der Kommission vom 28. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen hinsichtlich „Arbeitsmarkt und Wohnen“, „Intergenerationale Übertragung von Vorteilen und Benachteiligungen, Wohnungsnot“ und des Ad-hoc-Themas 2023 „Energieeffizienz der Haushalte“ (ABl. L 7 vom 12.1.2022, S. 1)
17. 32021 R 2052: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2052 der Kommission vom 24. November 2021 zur Festlegung der technischen Eigenschaften der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen über Arbeitsmarkt und Wohnen, intergenerationale Übertragung von Vorteilen und Benachteiligungen, Wohnungsnot sowie des Ad-hoc-Themas 2023 zur Energieeffizienz von Haushalten gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 420 vom 25.11.2021, S. 23)

18. 32023 R 0212: Delegierte Verordnung (EU) 2023/212 der Kommission vom 3. November 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen zum Zugang zu Dienstleistungen (ABl. L 30 vom 2.2.2023, S. 1)
19. 32022 R 2498: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2498 der Kommission Vom 9. Dezember 2022 zur Festlegung der technischen Angaben der Datensätze der Stichprobenerhebung im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen über Zugang zu Dienstleistungen gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 325 vom 20.12.2022, S. 16)
20. 32021 R 0859: Delegierte Verordnung (EU) 2021/859 der Kommission vom 4. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Datensatz im Bereich Allgemeine und berufliche Bildung (ABl. L 190 vom 31.5.2021, S. 1)
21. 32021 R 0861: Durchführungsverordnung (EU) 2021/861 der Kommission vom 21. Mai 2021 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes und zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen für die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Allgemeine und berufliche Bildung gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 190 vom 31.5.2021, S. 25)

22. 32020 R 1432: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1432 der Kommission vom 14. Juli 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2021 (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 4)
23. 32020 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1013 der Kommission vom 20. Juli 2020 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2021 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 237 vom 22.7.2020, S. 1)
24. 32021 R 1898: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1898 der Kommission vom 20. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2022 (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 58)
25. 32021 R 1223: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1223 der Kommission vom 27. Juli 2021 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2022 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 269 vom 28.7.2021, S. 1)

26. 32022 R 2279: Delegierte Verordnung (EU) 2022/2279 der Kommission vom 1. August 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2023 (ABl. L 301 vom 22.11.2022, S. 1)
27. 32022 R 1399: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1399 der Kommission vom 1. August 2022 zur Festlegung der technischen Angaben des Datensatzes, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Bezugsjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 213 vom 16.8.2022, S. 13)
28. 32023 R 0126: Delegierte Verordnung (EU) 2023/126 der Kommission vom 21. Oktober 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Verbrauch (ABl. L 17 vom 19.1.2023, S. 1)
29. 32022 R 2094: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2094 der Kommission vom 28. Oktober 2022 zur Festlegung der technischen Angaben von Datensätzen, zur Festlegung der technischen Formate für die Übermittlung von Informationen und zur Festlegung der Modalitäten und des Inhalts der Qualitätsberichte über die Durchführung einer Stichprobenerhebung im Bereich Verbrauch gemäß der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 281 vom 31.10.2022, S. 23)

ABSCHNITT D

BILDUNG

1. 32008 R 0452: Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 227), geändert durch:

- 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Daten zur Primar- und Sekundarstufe I.

2. 32013 R 0912: Verordnung (EU) Nr. 912/2013 der Kommission vom 23. September 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und die Entwicklung von Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen im Hinblick auf Statistiken über die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung (ABl. L 252 vom 24.9.2013, S. 5)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Übermittlung der ISCED-Zuordnung der nationalen Programme und Qualifikationen.

ABSCHNITT E

ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT SOWIE GESUNDHEITSSCHUTZ UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ

1. 32008 R 1338: Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 70), geändert durch:
 - 32019 R 1700: Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 (ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme von Daten zur Gesundheitsversorgung (Anhang II).

2. 32011 R 0328: Verordnung (EU) Nr. 328/2011 der Kommission vom 5. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Todesursachen (ABl. L 90 vom 6.4.2011, S. 22)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

3. 32011 R 0349: Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Arbeitsunfälle (ABl. L 97 vom 12.4.2011, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

4. 32021 R 1901: Verordnung (EU) 2021/1901 der Kommission vom 29. Oktober 2021 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über die Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung (ABl. L 387 vom 3.11.2021, S. 110)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

5. 32022 R 2294: Verordnung (EU) 2022/2294 der Kommission vom 23. November 2022 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über Gesundheitsversorgungseinrichtungen, Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung und Nutzung der Gesundheitsversorgung (ABl. L 304 vom 24.11.2022, S. 42)

ABSCHNITT F

EUROPÄISCHES SYSTEM INTEGRIERTER SOZIALSCHUTZSTATISTIKEN

1. 32007 R 0458: Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. April 2007 über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) (ABl. L 113 vom 30.4.2007, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32007 R 1322: Verordnung (EG) Nr. 1322/2007 der Kommission vom 12. November 2007 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die geeigneten Formate für die Datenübermittlung, die zu übermittelnden Ergebnisse und die Kriterien für die Qualitätsbeurteilung für das ESSOSS-Kernsystem und das Modul Rentenempfänger (ABl. L 294 vom 13.11.2007, S. 5)
3. 32008 R 0010: Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission vom 8. Januar 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die Definitionen, die detaillierten Klassifikationen und die Aktualisierung der Verbreitungsregelungen für das ESSOSS-Kernsystem und das Modul Rentenempfänger (ABl. L 5 vom 9.1.2008, S. 3)
4. 32011 R 0110: Verordnung (EU) Nr. 110/2011 der Kommission vom 8. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) im Hinblick auf die geeigneten Formate für die Datenübermittlung, die zu übermittelnden Ergebnisse und die Kriterien für die Qualitätsbeurteilung für das ESSOSS-Modul Nettosozialschutzleistungen (ABl. L 34 vom 9.2.2011, S. 29)

5. 32011 R 0263: Verordnung (EU) Nr. 263/2011 der Kommission vom 17. März 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) in Bezug auf den Beginn einer umfassenden Datenerhebung für das ESSOSS-Modul Nettosozialschutzleistungen (ABl. L 71 vom 18.3.2011, S. 4)

ABSCHNITT G

MIGRATION UND INTERNATIONALER SCHUTZ

1. 32007 R 0862: Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 23), geändert durch:
 - 32020 R 0851: Verordnung (EU) 2020/851 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 1)
2. 32010 R 0216: Verordnung (EU) Nr. 216/2010 der Kommission vom 15. März 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz betreffend die Definitionen der Kategorien der Gründe für die Erteilung von Aufenthaltstiteln (ABl. L 66 vom 16.3.2010, S. 1)

3. 32010 R 0351: Verordnung (EU) Nr. 351/2010 der Kommission vom 23. April 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz in Bezug auf die Definitionen der Kategorien der Gruppen für das Geburtsland, der Gruppen für das Land des letzten üblichen Aufenthaltsorts, der Gruppen für das Land des nächsten üblichen Aufenthaltsorts und der Gruppen für die Staatsangehörigkeit (ABl. L 104 vom 24.4.2010, S. 37)

ABSCHNITT H

BETRIEBLICHE BILDUNG

1. 32005 R 1552: Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Statistik der betrieblichen Bildung (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 1), geändert durch:
 - 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)
 - 32009 R 0596: Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32006 R 0198: Verordnung (EG) Nr. 198/2006 der Kommission vom 3. Februar 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik der betrieblichen Bildung (ABl. L 32 vom 4.2.2006, S. 15), geändert durch:
 - 32010 R 0822: Verordnung (EU) Nr. 822/2010 der Kommission vom 17. September 2010 (ABl. L 246 vom 18.9.2010, S. 18)
 - 32014 R 1153: Verordnung (EU) Nr. 1153/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 (ABl. L 309 vom 30.10.2014, S. 9)

ABSCHNITT I

EUROPÄISCHE UNTERNEHMENSBEZOGENE ARBEITSMARKTSTATISTIKEN

1. 31999 R 0530: Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (ABl. L 63 vom 12.3.1999, S. 6), geändert durch:
 - 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 31999 R 1726: Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 der Kommission vom 27. Juli 1999 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten (ABl. L 203 vom 3.8.1999, S. 28), geändert durch:
 - 32005 R 1737: Verordnung (EU) Nr. 1737/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 11)
3. 32000 R 1916: Verordnung (EG) Nr. 1916/2000 der Kommission vom 8. September 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten hinsichtlich der Definition und Übermittlung der Informationen über die Verdienststruktur (ABl. L 229 vom 9.9.2000, S. 3), geändert durch:
 - 32005 R 1738: Verordnung (EG) Nr. 1738/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 (ABl. L 279 vom 22.10.2005, S. 32), geändert durch:
 - 32009 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 3)

- 32013 R 0317: Verordnung (EU) Nr. 317/2013 der Kommission vom 8. April 2013 (ABl. L 99 vom 9.4.2013, S. 1)

4. 32006 R 0698: Verordnung (EG) Nr. 698/2006 der Kommission vom 5. Mai 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates hinsichtlich der Qualitätsbewertung der Statistik über die Struktur der Arbeitskosten und der Verdienste (ABl. L 121 vom 6.5.2006, S. 30), geändert durch:

- 32009 R 1022: Verordnung (EG) Nr. 1022/2009 der Kommission vom 29. Oktober 2009 (ABl. L 283 vom 30.10.2009, S. 3)

5. 32003 R 0450: Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über den Arbeitskostenindex (ABl. L 63 vom 12.3.1999, S. 6)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

6. 32003 R 1216: Verordnung (EG) Nr. 1216/2003 der Kommission vom 7. Juli 2003 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Arbeitskostenindex (ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 37), geändert durch:

- 32007 R 0224: Verordnung (EG) Nr. 224/2007 der Kommission vom 1. März 2007 (ABl. L 64 vom 2.3.2007, S. 23)

7. 32008 R 0453: Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 234)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

8. 32008 R 1062: Verordnung (EG) Nr. 1062/2008 der Kommission vom 28. Oktober 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft im Hinblick auf Saisonbereinigungsverfahren und Qualitätsberichte (ABl. L 285 vom 29.10.2008, S. 3)
9. 32009 R 0019: Verordnung (EG) Nr. 19/2009 der Kommission vom 13. Januar 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die vierteljährliche Statistik der offenen Stellen in der Gemeinschaft im Hinblick auf die Definition des Begriffs der offenen Stelle, die Messzeitpunkte für die Datenerhebung, die Spezifikationen für die Datenübermittlung und die Durchführbarkeitsstudien (ABl. L 9 vom 14.1.2009, S. 3)

KAPITEL 7

WIRTSCHAFTS- UND FINANZSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

AWFZ

1. 32006 D 0856: Beschluss des Rates vom 13. November 2006 zur Einsetzung eines Ausschusses für die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (ABl. L 332 vom 30.11.2006, S. 21)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Dieser Beschluss gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT B

BNE

1. 32019 R 0516: Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates (BNE-Verordnung) (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 19)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32019 D 0521(02): Beschluss C/2019/3651 der Kommission vom 17. Mai 2019 zur Einrichtung der Expertengruppe „Bruttonationaleinkommen“ der Kommission (ABl. C 174 vom 21.5.2019, S. 5)
3. 32020 R 1546: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1546 der Kommission vom 23. Oktober 2020 zur Festlegung der Struktur und der genauen Vorgaben des Verzeichnisses der zur Erstellung der Aggregate des Bruttonationaleinkommens und ihrer Bestandteile nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) genutzten Quellen und angewandten Methoden (ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 1)

4. 32021 R 1947: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1947 der Kommission vom 10. November 2021 zur Definition des geografischen Gebiets der Mitgliedstaaten für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 91/450/EWG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 109/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 1)
5. 32021 R 1948: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1948 der Kommission vom 10. November 2021 über die Behandlung von Mehrwertsteuer-Rückzahlungen an Nichtsteuerpflichtige und an Steuerpflichtige mit Bezug auf deren steuerbefreite Tätigkeiten für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 1999/622/EG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 116/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 4)
6. 32021 R 1949: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1949 der Kommission vom 10. November 2021 betreffend die Grundsätze zur Berechnung der Wohnungsdienstleistungen für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) und zur Aufhebung der Entscheidung 95/309/EG, Euratom der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 1722/2005 der Kommission (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 6)

7. 32010 D 0196: Beschluss des Rates vom 16. März 2010 über die Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr (FISIM) zur Ermittlung des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Zwecke des Haushaltsplans und der Eigenmittel der Europäischen Union (ABl. L 87 vom 7.4.2010, S. 31)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Dieser Beschluss gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT C

VERFAHREN BEI EINEM ÜBERMÄSSIGEN DEFIZIT

1. 32009 R 0479: Verordnung (EG) Nr. 479/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 über die Anwendung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (kodifizierte Fassung) (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 1), geändert durch:
 - 32010 R 0679: Verordnung (EU) Nr. 679/2010 des Rates vom 26. Juli 2010 (ABl. L 198 vom 30.7.2010, S. 1)
 - 32014 R 0220: Verordnung (EU) Nr. 220/2014 der Kommission vom 7. März 2014 (ABl. L 69 vom 8.3.2014, S. 101)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32012 D 0678: Delegierter Beschluss 2012/678/EU der Kommission vom 29. Juni 2012 über Untersuchungen und Geldbußen in Zusammenhang mit der Manipulation von Statistiken gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1173/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet (ABl. L 306 vom 6.11.2012, S. 21)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Dieser Beschluss gilt nicht für Andorra.

3. 31997 R 1467: Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6), geändert durch:
 - 32005 R 1056: Verordnung (EG) Nr. 1056/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 (ABl. L 174 vom 7.7.2005, S. 5)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT D

EUROPÄISCHES SYSTEM VOLKSWIRTSCHAFTLICHER GESAMTRECHNUNGEN – ESGV

1. 2013 R 549: Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (ABl. L 174 vom 26.6.2013, S. 1), geändert durch:
 - 32015 R 1342: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1342 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 207 vom 4.8.2015, S. 35)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32014 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 724/2014 der Kommission vom 26. Juni 2014 über das Standardaustauschformat für die Übermittlung von Daten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 38)
3. 32015 R 1365: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1365 der Kommission vom 30. April 2015 über das Format für die Übermittlung von Daten zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (ABl. L 211 vom 8.8.2015, S. 1)

4. 32016 R 2304: Durchführungsverordnung (EU) 2016/2304 der Kommission vom 19. Dezember 2016 über die Modalitäten, den Aufbau, die Periodizität und die Indikatoren für die Bewertung der Qualitätsberichte über die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates übermittelten Daten (ABl. L 345 vom 20.12.2016, S. 27)
5. 31996 R 2223: Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1), geändert durch:
 - 31998 R 0448: Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates vom 16. Februar 1998 (ABl. L 58 vom 27.2.1998, S. 1)
 - 32000 R 2516: Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 (ABl. L 290 vom 17.11.2000, S. 1)
 - 32001 R 2558: Verordnung (EG) Nr. 2558/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 (ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 1)
 - 32002 R 0113: Verordnung (EG) Nr. 113/2002 der Kommission vom 23. Januar 2002 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf überarbeitete Klassifikationen der Ausgaben nach dem Verwendungszweck (ABl. L 21 vom 24.1.2002, S. 3)

- 32010 R 0715: Verordnung (EU) Nr. 715/2010 der Kommission vom 10. August 2010 (ABl. L 210 vom 11.8.2010, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

6. 32002 R 1889: Verordnung (EG) Nr. 1889/2002 der Kommission vom 23. Oktober 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 hinsichtlich der Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr (FISIM) im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG) (ABl. L 286 vom 24.10.2002, S. 11)
7. 32000 R 2516: Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 zur Änderung der gemeinsamen Grundsätze des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ESVG 95) im Hinblick auf Steuern und Sozialbeiträge und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates (ABl. L 290 vom 17.11.2000, S. 1)
8. 32001 R 0995: Verordnung (EG) Nr. 995/2001 der Kommission vom 22. Mai 2001 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der gemeinsamen Grundsätze des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ESVG 95) im Hinblick auf Steuern und Sozialbeiträge (ABl. L 139 vom 23.5.2001, S. 3)

9. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)
10. 32000 R 1500: Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf die Ausgaben und Einnahmen des Staates (ABl. L 172 vom 12.7.2000, S. 3)

ABSCHNITT E

PREISE

1. 32016 R 0792: Verordnung (EU) 2016/792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 11)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32020 R 1148: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1148 der Kommission vom 31. Juli 2020 zur Festlegung der methodischen und technischen Spezifikationen nach der Verordnung (EU) 2016/792 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex (ABl. L 252 vom 4.8.2020, S. 12)

ABSCHNITT F

ZAHLUNGSBILANZ

1. 32005 R 0184: Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Januar 2005 betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen (ABl. L 35 vom 8.2.2005, S. 23), geändert durch:
 - 32012 R 0555: Verordnung (EU) Nr. 555/2012 der Kommission vom 22. Juni 2012 (ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 22)
 - 32016 R 1013: Verordnung (EU) 2016/1013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 144)
 - 32019 R 0505: Delegierte Verordnung (EU) 2019/505 der Kommission vom 19. Dezember 2018 (ABl. L 85 vom 27.3.2019, S. 1)
 - 32009 R 0707: Verordnung (EG) Nr. 707/2009 der Kommission vom 5. August 2009 (ABl. L 202 vom 6.8.2009, S. 3)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32006 R 0601: Verordnung (EG) Nr. 601/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format und das Verfahren der Datenübertragung (ABl. L 106 vom 19.4.2006, S. 7), geändert durch:
 - 32014 R 0228: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 228/2014 der Kommission vom 10. März 2014 (ABl. L 70 vom 11.3.2014, S. 16)
3. 32006 R 0602: Verordnung (EG) Nr. 602/2006 der Kommission vom 18. April 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Aktualisierung der Datenanforderungen (ABl. L 106 vom 19.4.2006, S. 10)
4. 32008 R 1055: Verordnung (EG) Nr. 1055/2008 der Kommission vom 27. Oktober 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Qualitätskriterien und der Qualitätsberichtserstattung für Zahlungsbilanzstatistiken (ABl. L 283 vom 28.10.2008, S. 3), geändert durch:
 - 32010 R 1227: Verordnung (EU) Nr. 1227/2010 der Kommission vom 20. Dezember 2010 (ABl. L 336 vom 21.12.2010, S. 15)

ABSCHNITT G

Kaufkraftparitäten (KKP)

1. 32007 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Bereitstellung der Basisinformationen für Kaufkraftparitäten sowie für deren Berechnung und Verbreitung (ABl. L 336 vom 20.12.2007, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32011 R 0193: Verordnung (EU) Nr. 193/2011 der Kommission vom 28. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich des Systems zur Qualitätskontrolle für Kaufkraftparitäten (ABl. L 56 vom 1.3.2011, S. 1)
3. 32015 R 1163: Verordnung (EU) 2015/1163 der Kommission vom 15. Juli 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Liste der Einzelpositionen für Kaufkraftparitäten (ABl. L 188 vom 16.7.2015, S. 6)

KAPITEL 8

STATISTIKEN ZU TARIFIERUNG/NOMENKLATUR

ABSCHNITT A

WIRTSCHAFTSZWEIGE (NACE)

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31990 R 3037: Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 293 vom 24.10.1990, S. 1), geändert durch:
 - 32002 R 0029: Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19. Dezember 2001 (ABl. L 6 vom 10.1.2002, S. 3)
 - 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1)

2. 32006 R 1893: Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1), geändert durch:
 - 32023 R 0137: Delegierte Verordnung (EU) 2023/137 der Kommission vom 10. Oktober 2022 (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 5)
3. 32007 R 0973: Verordnung (EG) Nr. 973/2007 der Kommission vom 20 August 2007 zur Änderung einiger Verordnungen der EG über bestimmte statistische Bereiche zum Zweck der Umsetzung der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 (ABl. L 216 vom 21.8.2007, S. 10)
4. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 31996 H 0162: Empfehlung 96/162/EG der Kommission vom 8. Februar 1996 betreffend eine gemeinsame Aggregation für Wirtschaftsanalysen (ABl. L 38 vom 16.2.1996, S. 20)

ABSCHNITT B

NUTS

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32003 R 1059: Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1), geändert durch:
 - 32005 R 1888: Verordnung (EG) Nr. 1888/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 (ABl. L 309 vom 25.11.2005, S. 1)
 - 32007 R 0105: Verordnung (EG) Nr. 105/2007 der Kommission vom 1. Februar 2007 (ABl. L 39 vom 10.2.2007, S. 1)
 - 32008 R 0176: Verordnung (EG) Nr. 176/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 (ABl. L 61 vom 5.3.2008, S. 1)
 - 32011 R 0031: Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011 (ABl. L 13 vom 18.1.2011, S. 3)
 - 32013 R 1319: Verordnung (EU) Nr. 1319/2013 der Kommission vom 9. Dezember 2013 (ABl. L 342 vom 18.12.2013, S. 1)

- 32014 R 0868: Verordnung (EU) Nr. 868/2014 der Kommission vom 8. August 2014 (ABl. L 241 vom 13.8.2014, S. 1)
 - 32016 R 2066: Verordnung (EU) 2016/2066 der Kommission vom 21. November 2016 (ABl. L 322 vom 29.11.2016, S. 1)
 - 32017 R 2391: Verordnung (EU) 2017/2391 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 1)
 - 32019 R 1755: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1755 der Kommission vom 8. August 2019 (ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 1)
 - 32023 R 0674: Delegierte Verordnung (EU) 2023/674 der Kommission vom 26. Dezember 2022 (ABl. L 87 vom 24.3.2023, S. 1)
2. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

3. 32008 R 0011: Verordnung (EG) Nr. 11/2008 der Kommission vom 8. Januar 2008 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 5 vom 9.1.2008, S. 13)
4. 32012 R 1046: Verordnung (EU) Nr. 1046/2012 der Kommission vom 8. November 2012 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 310 vom 9.11.2012, S. 34)
5. 32015 R 2381: Verordnung (EU) 2015/2381 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) im Hinblick auf die Übermittlung der Zeitreihen für die neue regionale Gliederung (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 52)
6. 32018 R 1685: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1685 der Kommission vom 8. November 2018 über einheitliche Bedingungen für die Übermittlung von Zeitreihen für die neue regionale Gliederung nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 (ABl. L 279 vom 9.11.2018, S. 33)

7. 32019 R 1130: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1130 der Kommission vom 2. Juli 2019 über die Festlegung einheitlicher Bestimmungen für eine harmonisierte Anwendung territorialer Typologien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 179 vom 3.7.2019, S. 9)
8. 32020 R 1703: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1703 der Kommission vom 13. November 2020 über einheitliche Bedingungen für die Übermittlung von Zeitreihen für die neue regionale Gliederung nach der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 382 vom 16.11.2020, S. 7)

ABSCHNITT C

PRODCOM

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32019 R 1933: Verordnung (EU) 2019/1933 der Kommission vom 6. November 2019 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der produzierten Güter gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates (ABl. L 309 vom 29.11.2019, S. 1)

ABSCHNITT D

GÜTERKLASSIFIKATION IN VERBINDUNG MIT DEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN (CPA)

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 R 0451: Verordnung (EG) Nr. 451/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Schaffung einer neuen statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates (ABl. L 145 vom 4.6.2008, S. 65), geändert durch:
 - 32014 R 1209: Verordnung (EU) Nr. 1209/2014 der Kommission vom 29. Oktober 2014 (ABl. L 336 vom 22.11.2014, S. 1)
2. 32019 R 1243: Verordnung (EU) 2019/1243 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Anpassung von Rechtsakten, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird, an Artikel 290 und 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)

ABSCHNITT E

STATISTISCHE EINHEITEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31993 R 0696: Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (ABl. L 76 vom 30.3.1993, S. 1), geändert durch:
 - 11994 N 003: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge (ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 21)
2. 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in Rechtsakten vorgesehen sind, für die das Verfahren des Artikels 251 des EG-Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

3. 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Erster Teil (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)

KAPITEL 9

LANDWIRTSCHAFTS- UND FISCHEREISTATISTIKEN

ABSCHNITT A

STATISTIKEN ZU LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBSMITTELN UND ZUR LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGUNG – SAIO

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32022 R 2379: Verordnung (EU) 2022/2379 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 über Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1165/2008, (EG) Nr. 543/2009 und (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 96/16/EG des Rates (ABl. L 315 vom 7.12.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt zwei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 32022 C 1207(02): Erklärung der Kommission in Bezug auf Verordnung (EU) 2022/2379 des Europäischen Parlaments und des Rates, zu den laufenden Arbeiten zur Gewährleistung der elektronischen Verfügbarkeit der Aufzeichnungen, die von beruflichen Verwendern von Pflanzenschutzmitteln gemäß Artikel 67 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zu führen sind (2022/C 466/06) (ABl. C 466 vom 7.12.2022, S. 23)
2. 32022 C 1207(01): Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verordnung (EU) 2022/2379 zur großen Bedeutung der Einrichtung eines von den zuständigen nationalen Behörden geführten Registers über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft in allen Mitgliedstaaten (2022/C 466/04) (ABl. C 466 vom 7.12.2022, S. 21)

ABSCHNITT B

LANDWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32004 R 0138: Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft (ABl. L 33 vom 5.2.2004, S. 1), geändert durch:
 - 32005 R 0306: Verordnung (EG) Nr. 306/2005 der Kommission vom 24. Februar 2005 (ABl. L 52 vom 25.2.2005, S. 9)
 - 32006 R 0909: Verordnung (EG) Nr. 909/2006 der Kommission vom 20. Juni 2006 (ABl. L 168 vom 21.6.2006, S. 14)
 - 32008 R 0212: Verordnung (EG) Nr. 212/2008 der Kommission vom 7. März 2008 (ABl. L 65 vom 8.3.2008, S. 5)
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

- 32019 R 0280: Delegierte Verordnung (EU) 2019/280 der Kommission vom 3. Dezember 2018 (ABl. L 47 vom 19.2.2019, S. 7)
- 32022 R 0590: Verordnung (EU) 2022/590 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 (ABl. L 114 vom 12.4.2022, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 2008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Erster Teil (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)
3. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

ABSCHNITT C

ERHEBUNGEN ÜBER DIE STRUKTUR DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32018 R 1091: Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1166/2008 und (EU) Nr. 1337/2011 (ABl. L 200 vom 7.8.2018, S. 1), geändert durch:
 - 32021 R 2269: Verordnung (EU) 2021/2269 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 (ABl. L 457 vom 21.12.2021, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32018 R 1874: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1874 der Kommission vom 29. November 2018 zu den für 2020 gemäß der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1166/2008 und (EU) Nr. 1337/2011 hinsichtlich der Liste der Variablen und ihrer Beschreibung zu liefernden Daten (ABl. L 306 vom 30.11.2018, S. 14)

3. 32020 R 0405: Durchführungsverordnung (EU) 2020/405 der Kommission vom 16. März 2020 zur Festlegung der praktischen Vorkehrungen für die nach der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben zu übermittelnden Qualitätsberichte und ihrer Inhalte (ABl. L 80 vom 17.3.2020, S. 3)
4. 32021 R 2286: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2286 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zu den für das Referenzjahr 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2018/1091 des Europäischen Parlaments und des Rates über integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben zu liefernden Daten hinsichtlich der Liste der Variablen und ihrer Beschreibung sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1200/2009 der Kommission (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 284)

ABSCHNITT D

PFLANZLICHE ERZEUGUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 R 0543: Verordnung (EG) Nr. 543/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Statistik der pflanzlichen Erzeugung und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 837/90 und (EWG) Nr. 959/93 des Rates (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 1), geändert durch:
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

- 32015 R 1557: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1557 der Kommission vom 13. Juli 2015 (ABl. L 244 vom 19.9.2015, S. 11)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

ABSCHNITT E

MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 31996 L 0016: Richtlinie 96/16/EG des Rates vom 19. März 1996 betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. L 78 vom 28.3.1996, S. 27), geändert durch:

- 32003 L 0107: Richtlinie 2003/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Dezember 2003 (ABl. L 7 vom 13.1.2004, S. 40)
- 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Richtlinie gilt nicht für Andorra.

2. 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in Rechtsakten vorgesehen sind, für die das Verfahren des Artikels 251 des EG-Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)
3. 32009 R 0219: Verordnung (EG) Nr. 219/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Anpassung einiger Rechtsakte, für die das Verfahren des Artikels 251 des Vertrags gilt, an den Beschluss 1999/468/EG des Rates in Bezug auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Anpassung an das Regelungsverfahren mit Kontrolle — Zweiter Teil (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 109)

4. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)
5. 31997 D 0080 Entscheidung 97/80/EG der Kommission vom 18. Dezember 1996 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 96/16/EG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. L 24 vom 25.1.1997, S. 26), geändert durch:
 - 31998 D 0582: Beschluss 98/582/EG des Rates vom 6. Oktober 1998 (ABl. L 281 vom 17.10.1998, S. 36)
 - 32005 D 0288: Entscheidung 2005/288/EG der Kommission vom 18. März 2005 (ABl. L 88 vom 7.4.2005, S. 10)
 - 32011 D 0142: Beschluss 2011/142/EU der Kommission vom 3. März 2011 (ABl. L 59 vom 4.3.2011, S. 66)

ABSCHNITT F

SCHWEINE, RINDER, SCHAFE UND ZIEGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32008 R 1165: Verordnung (EG) Nr. 1165/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Viehbestands- und Fleischstatistiken und zur Aufhebung der Richtlinien 93/23/EWG, 93/24/EWG und 93/25/EWG des Rates (ABl. L 321 vom 1.12.2008, S. 1), geändert durch:
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

ABSCHNITT G

PESTIZIDE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32009 R 1185: Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über Statistiken zu Pestiziden (ABl. L 324 vom 10.10.2009, S. 1), geändert durch:
 - 32017 R 0269: Verordnung (EU) 2017/269 der Kommission vom 16. Februar 2017 (ABl. L 40 vom 17.2.2017, S. 4)
 - 32021 R 2010: Verordnung (EU) 2021/2010 der Kommission vom 17. November 2021 (ABl. L 410 vom 18.11.2021, S. 4)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32011 R 0408: Verordnung (EU) Nr. 408/2011 der Kommission vom 27. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pestiziden im Hinblick auf das Übermittlungsformat (ABl. L 108 vom 28.4.2011, S. 21), geändert durch:
 - 32014 R 1264: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1264/2014 der Kommission vom 26. November 2014 (ABl. L 341 vom 27.11.2014, S. 6)
3. 32011 R 0656: Verordnung (EU) Nr. 656/2011 der Kommission vom 7. Juli 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pestiziden im Hinblick auf die Begriffsbestimmungen und die Liste der Wirkstoffe (ABl. L 180 vom 8.7.2011, S. 3)

ABSCHNITT H

FISCHEREI

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

UNTERABSCHNITT 1

ÜBERMITTLUNG VON DATEN ÜBER FISCHEREIERZEUGNISSE

1. 32006 R 1921: Verordnung (EG) Nr. 1921/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 betreffend die Übermittlung von statistischen Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 1)
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32009 R 0216: Verordnung (EG) Nr. 216/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch Mitgliedstaaten, die in bestimmten Gebieten außerhalb des Nordatlantiks Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 1)
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

3. 32009 R 0217: Verordnung (EG) Nr. 217/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Statistiken über die Fänge und die Fischereitätigkeit der Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 42)
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

4. 32009 R 0218: Verordnung (EG) Nr. 218/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (Neufassung) (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 70)
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

UNTERABSCHNITT 2

AQUAKULTUR

1. 32008 R 0762: Verordnung (EG) Nr. 762/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 1), geändert durch:
 - 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32013 R 1350: Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung bestimmter Gesetzgebungsakte im Bereich Agrar- und Fischereistatistik (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1)

KAPITEL 10

ENERGIESTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32016 R 1952: Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über europäische Erdgas- und Strompreisstatistik und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG (ABl. L 311 vom 17.11.2016, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Strompreise für industrielle Endverbraucher der Gruppe IC und der Gaspreise für industrielle Endverbraucher der Gruppe I3. Diese Angaben (jeweils drei Preise: Preise ohne Steuern, Abgaben und sonstige staatlich verursachte Belastungen; Preise ohne MwSt. und sonstige erstattungsfähige Steuern; Preise einschließlich aller Steuern, Abgaben, sonstigen staatlich verursachten Belastungen und MwSt.) sind anhand des einschlägigen Fragebogens von Eurostat halbjährlich innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Bezugszeitraums zu übermitteln.

2. 32017 R 2169: Durchführungsverordnung (EU) 2017/2169 der Kommission vom 21. November 2017 betreffend Format und Modalitäten für die Übermittlung europäischer Erdgas- und Strompreisstatistiken gemäß der Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 9)

3. 32019 R 0803: Durchführungsverordnung (EU) 2019/803 der Kommission vom 17. Mai 2019 über die technischen Anforderungen an den Inhalt der Qualitätsberichte über europäische Erdgas- und Strompreisstatistiken gemäß der Verordnung (EU) 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 132 vom 20.5.2019, S. 23)
4. 32008 R 1099: Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über die Energiestatistik (ABl. L 304 vom 14.11.2008, S. 1), geändert durch:
 - 32013 R 0147: Verordnung (EU) Nr. 147/2013 der Kommission vom 13. Februar 2013 (ABl. L 50 vom 22.2.2013, S. 1)
 - 32014 R 0431: Verordnung (EU) Nr. 431/2014 der Kommission vom 24. April 2014 (ABl. L 131 vom 1.5.2014, S. 1)
 - 32017 R 2010: Verordnung (EU) 2017/2010 der Kommission vom 9. November 2017 (ABl. L 292 vom 10.11.2017, S. 3)
 - 32019 R 2146: Verordnung (EU) 2019/2146 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 43)
 - 32022 R 0132: Verordnung (EU) 2022/132 der Kommission vom 28. Januar 2022 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 208)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra, mit Ausnahme der Daten über Ein- und Ausfuhren der verschiedenen Energieprodukte und die Stromerzeugung für die jährlichen Energiestatistiken (Anhang B).

KAPITEL 11

UMWELTSTATISTIKEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

ABSCHNITT A

ABFALL

1. 32002 R 2150: Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2002 zur Abfallstatistik (ABl. L 332 vom 9.12.2002, S. 1), geändert durch:
 - 32004 R 0574: Verordnung (EG) Nr. 574/2004 der Kommission vom 23. Februar 2004 (ABl. L 90 vom 27.3.2004, S. 15)
 - 32005 R 0783: Verordnung (EG) Nr. 783/2005 der Kommission vom 24. Mai 2005 (ABl. L 131 vom 25.5.2005, S. 38)

- 32009 R 0221: Verordnung (EG) Nr. 221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 157)
- 32010 R 0849: Verordnung (EU) Nr. 849/2010 der Kommission vom 27. September 2010 (ABl. L 253 vom 28.9.2010, S. 2)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang II dieser Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32005 R 0782: Verordnung (EG) Nr. 782/2005 der Kommission vom 24. Mai 2005 zur Festlegung des Formats für die Übermittlung der Ergebnisse der Abfallstatistik (ABl. L 131 vom 25.5.2005, S. 26)
3. 32005 R 1445: Verordnung (EG) Nr. 1445/2005 der Kommission vom 5. September 2005 zur Festlegung der Kriterien für die Bewertung der Qualität der Abfallstatistik und des Inhalts der Berichte über ihre Qualität gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 229 vom 6.9.2005, S. 6)

ABSCHNITT B

UMWELTÖKONOMISCHE GESAMTRECHNUNGEN

1. 32011 R 0691: Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (ABl. L 192 vom 22.7.2011, S. 1), geändert durch:
 - 32014 R 0538: Verordnung (EU) Nr. 538/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 113)
 - 32022 R 0125: Delegierte Verordnung (EU) 2022/125 der Kommission vom 19. November 2021 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 40)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Diese Verordnung gilt nicht für Andorra.

2. 32015 R 2174: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2174 der Kommission vom 24. November 2015 über die indikative Übersicht der Umweltgüter und -dienstleistungen, über das Format für die Datenübermittlung für die europäischen umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie über Modalitäten, Aufbau und Periodizität der Qualitätsberichte gemäß der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (ABl. L 307 vom 25.11.2015, S. 17)
3. 32016 R 0172: Delegierte Verordnung (EU) 2016/172 der Kommission vom 24. November 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Bestimmung der Energieerzeugnisse (ABl. L 33 vom 10.2.2016, S. 3)

Daten, die Eurostat gemäß der Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken (EBS) (Verordnung (EU) 2019/2152) zu übermitteln sind

Teil A

Zu übermittelnde Daten zu den Tabellen im EBS-Durchführungsrechtsakt in Anhang I Teil B (nicht in der Tabelle aufgeführte Daten sind ausgenommen) – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 – allgemeiner EBS-Durchführungsrechtsakt:

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 1	1) konjunkturelle Unternehmensstatistiken: a) betreffend Thema 1.1 – Unternehmen Grundgesamtheit – Unternehmensdemografische Ereignisse (110101. nur Eintragungen)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, K+L+M+N, P+Q+R+S95+S96 — NACE-Abschnitte: — F, G, H, I und J	Vierteljährlich	2021	T+2 Monate
Tabelle 2	1) konjunkturelle Unternehmensstatistiken: b) und betreffend Thema 1.2 Arbeitseinsatz – Beschäftigung (120101. nur Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Selbstständigen)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten und - Abteilungen: — B+C+D+E36, H+I+J+L+M (ausgenommen M70.1, M72, M75)+N — NACE-Abschnitte: — B, C, D, F, G, H, I, J, L, M (ausgenommen M70.1, M72, M75) und N	Vierteljährlich	2021	T+2 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: a) Betreffend Thema 2.1 Grundgesamtheit der Unternehmen (21010. Zahl der aktiven Unternehmen)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, K+L+M+N, P+Q+R+S95+S96 — NACE-Abschnitte: — F, G, H, I und J	Jährlich	2020	T+24 Monate

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: b) betreffend Thema 2.2 Arbeitseinsatz – Beschäftigung (220101. Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und Selbstständigen und 220102. nur Zahl der Beschäftigten)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, H+I+J+L+M+N — NACE-Abschnitte: — B, C, D, F, G, H, I, J, L, M und N	Jährlich	2020	T+24 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: c) betreffend Thema 2.2 Arbeitseinsatz – Arbeitskosten (220301. Ausgaben für Leistungen an Lohn- und Gehaltsempfänger, 220302. Löhne und Gehälter und 220303. nur Sozialversicherungskosten)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: — B+C+D+E, H+I+J+L+M+N — NACE-Abschnitte: — B, C, D, F, G, H, I, J, L, M und N	Jährlich	2020	T+24 Monate
Tabelle 18	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: d) betreffend Thema 2.3 FuE-Input – FuE-Ausgaben (230101. nur Interne FuE-Ausgaben)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: D+E — NACE-Abschnitte und -Abteilungen A, B, C, F, G, H, I, J, L68, M, N, P, Q, R, S95	Zweijährlich	2023	T+24 Monate

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 18 und 19	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: e) betreffend Thema 2.3 FuE-Input – FuE-Beschäftigung (230201. FuE-Personal und 230202. nur Forscher)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — Aggregate von NACE-Abschnitten: D+E — NACE-Abschnitte und -Abteilungen A, B, C, F, G, H, I, J, L68, M, N, P, Q, R, S95	Zweijährlich	2023	T+24 Monate
Tabelle 20	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: f) betreffend Thema 2.3 FuE-Input – Staatliche Mittelzuweisungen für FuE (230501. Staatliche Mittelzuweisungen für Forschung und Entwicklung (GBARD) und 230502. nur nationale öffentliche Finanzmittel für länderübergreifend koordinierte FuE)	Nur insgesamt. Keine Aufschlüsselung	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10, 11 und 21	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: g) betreffend Thema 2.4 Käufe – Käufe von Waren und Dienstleistungen (240101. Käufe von Waren und Dienstleistungen insgesamt und 240102. nur Käufe von Waren und Dienstleistungen für den Wiederverkauf)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabelle 22	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: h) betreffend Thema 2.4 Käufe – Vorratsveränderungen bei Waren (240201. nur Vorratsveränderungen bei Waren)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10, 11 und 24	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: i) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Nettoumsatzerlös (250101. Nettoumsatzerlös 250102. Nettoumsatzerlös aus land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen sowie aus industriellen Tätigkeiten, 250103. Nettoumsatzerlös aus industriellen Tätigkeiten, 250104. Nettoumsatzerlös aus industriellen Tätigkeiten mit Ausnahme der Bautätigkeit, 250105. Nettoumsatzerlös aus der Bautätigkeit, 250106. Nettoumsatz aus Dienstleistungstätigkeiten, 250107. Nettoumsatzerlös aus Handel (Ankauf und Wiederverkauf) und Vermittlungstätigkeiten, 250108. Nettoumsatzerlös aus dem Hochbau, 250109. nur Nettoumsatzerlös aus dem Tiefbau)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate

Tabelle Anhang I – Teil B – Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197	Variablen	Aufschlüsselungen	Periodizität	Erster Bezugszeitraum	Übermittlungsfrist
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: j) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Produktionswert (250301. nur Produktionswert)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen: B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: k) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Wertschöpfung (250401. nur Wertschöpfung)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10 und 11	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: l) betreffend Thema 2.5 Ergebnisse und Leistung – Bruttobetriebsüberschuss (250501. nur Bruttobetriebsüberschuss)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte: B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate
Tabellen 10, 27 und 28	2) Unternehmensstatistik auf Ebene der Mitgliedstaaten: m) betreffend Thema 2.6 Investitionen – Bruttoinvestitionen aktiver Unternehmen (260101. Bruttoinvestitionen in langfristige materielle Vermögenswerte, 260102. Bruttoinvestitionen in Grundstücke, 260105. Bruttoinvestitionen in Maschinen und Ausrüstungen, 260106. Bruttoinvestitionen in langfristige immaterielle Vermögenswerte außer dem Geschäfts- oder Firmenwert und 260107. nur Investitionen in beschaffte Software)	Aufschlüsselung nach Tätigkeit: — NACE-Abschnitte und -Abteilungen B, C, D, E, F, G, H, I, J, L, M, N, P, Q, R, S95, S96	Jährlich	2012	T+24 Monate

Teil B

Aufzubewahrende Daten zu den Tabellen im EBS-Durchführungsrechtsakt in Anhang VIII (nicht in der Tabelle aufgeführte Daten sind ausgenommen)

– Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 – allgemeiner EBS-Durchführungsrechtsakt:

Anhang	Variablen
Im Sinne der nationalen URS	
1. RECHTLICHE EINHEIT	
IDENTIFIZIERUNG	1.1 Kennnummer(n)
	1.2 Name
	1.3 Anschrift
DEMOGRAFISCHE EREIGNISSE	1.6 Datum der Gründung (juristische Personen) oder Datum der amtlichen Eintragung als Wirtschaftsteilnehmer (natürliche Personen)
	1.7 Datum, seit dem die rechtliche Einheit nicht mehr besteht
SCHICHTUNGSPARAMETER	1.8 Rechtsform
	1.9 Rechtlicher Aktivitätsstatus

Anhang	Variablen	
Im Sinne der nationalen URS		
4. ÖRTLICHE EINHEIT		
IDENTIFIZIERUNG	4.1	Kennnummer
	4.2	Name
	4.3	Anschrift
DEMOGRAFISCHE EREIGNISSE	4.5	Datum der Aufnahme der Tätigkeiten
	4.6	Datum der endgültigen Einstellung der Tätigkeiten
SCHICHTUNGSPARAMETER UND WIRTSCHAFTLICHE VARIABLEN	4.7	Code der Haupttätigkeit auf der vierstelligen Ebene der NACE
	4.13	Geografischer Code

GESELLSCHAFTSRECHT

Liste nach Artikel 61 des Rahmenabkommens

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

- Erwägungsgründe;
- die Adressaten der EU-Rechtsakte;
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 32017 L 1132: Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 46), geändert durch:
 - 32019 L 1151: Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (ABl. L 189 vom 11.7.2019, S. 80)
 - 32019 L 2121: Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 (ABl. L 321 vom 12.12.2019, S. 1)
 - 32021 R 1042: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1042 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 225 vom 25.6.2021, S. 7)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) Die in Artikel 160 genannten Übergangsbestimmungen gelten auch für Andorra.

c) In Anhang I der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

societat anònima;“

d) In Anhang II der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

la societat anònima, la societat comanditària per accions, la societat de responsabilitat limitada;“

e) In Anhang IIA der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

societat de responsabilitat limitada;“

2. 32009 L 0102: Richtlinie 2009/102/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter (kodifizierte Fassung) (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 20), geändert durch:

- 32013 L 0024: Richtlinie 2013/24/EU des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 365)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.
- b) In Anhang I der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

„societat de responsabilitat limitada““

3. 31985 R 2137: Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) (ABl. L 199 vom 31.7.1985, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

4. 32001 R 2157: Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1), geändert durch:
 - 32004 R 0885: Verordnung (EG) Nr. 885/2004 des Rates vom 26. April 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 1)
 - 32006 R 1791: Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1)
 - 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) In Anhang I der Verordnung wird Folgendes ergänzt:

„ANDORRA:
la societat anònima“

c) In Anhang II der Verordnung wird Folgendes ergänzt:

„ANDORRA:
la societat anònima, la societat de responsabilitat limitada;“

5. 32004 L 0025: Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote (ABl. L 142 vom 30.4.2004, S. 12)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

6. 32007 L 0036: Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften (ABl. L 184 vom 14.7.2007, S. 17), geändert durch:

- 32017 L 0828: Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 (ABl. L 132 vom 20.5.2017, S. 1)
- 32018 R 1212: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1212 der Kommission vom 3. September 2018 (ABl. L 223 vom 4.9.2018, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

7. 32002 R 1606: Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. L 243 vom 11.9.2002, S. 1)
8. 32008 R 1126: Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 320 vom 29.11.2008, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Für die Rechnungslegung von börsennotierten Unternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften mit Sitz in Andorra werden konsolidierte Abschlüsse nach den International Financial Reporting Standards erstellt, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 angenommen wurden.

Der Regierung Andorras steht es jedoch frei, die direkte Anwendung der International Financial Reporting Standards vorzuschreiben, sofern die Anhänge zu den geprüften Abschlüssen eine ausdrückliche und uneingeschränkte Erklärung enthalten, dass diese Abschlüsse den International Financial Reporting Standards entsprechen. Die Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 der Kommission vom 3. November 2008 findet keine Anwendung, wenn diese Bedingung erfüllt ist.

9. 32003 R 1435: Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (ABl. L 207 vom 18.8.2003, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

10. 32006 L 0043: Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 87), geändert durch:

- 32013 L 0034: Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19)
- 32014 L 0056: Richtlinie 2014/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 196)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Artikel 30c Absatz 3 gelten in Bezug auf Andorra die Worte „den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgelegten“ nicht.

11. 32010 D 0064: Beschluss 2010/64/EU der Kommission vom 5. Februar 2010 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen bestimmter Drittländer gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 35 vom 6.2.2010, S. 15)

12. 32011 D 0030: Beschluss 2011/30/EU der Kommission vom 19. Januar 2011 über die Gleichwertigkeit bestimmter drittstaatlicher Aufsichts-, Qualitätssicherungs-, Untersuchungs- und Sanktionssysteme für Abschlussprüfer und Abschlussprüfungsgesellschaften und über eine Übergangsfrist für Prüfungstätigkeiten bestimmter drittstaatlicher Abschlussprüfer und Abschlussprüfungsgesellschaften in der Europäischen Union (ABl. L 15 vom 20.1.2011, S. 12), geändert durch:
- 32013 D 0288: Durchführungsbeschluss 2013/288/EU der Kommission vom 13. Juni 2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 26)
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
 - 32016 D 1223: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1223 der Kommission vom 25. Juli 2016 (ABl. L 201 vom 27.7.2016, S. 23)
13. 32016 D 1010: Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1010 der Kommission vom 21. Juni 2016 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen bestimmter Drittländer und Gebiete gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 165 vom 23.6.2016, S. 17)

14. 32022 D 1297: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1297 der Kommission vom 22. Juli 2022 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 134)
15. 32022D1298: Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1298 der Kommission vom 22. Juli 2022 über die Gleichwertigkeit der öffentlichen Aufsichts-, Qualitätssicherungs-, Untersuchungs- und Sanktionssysteme für Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften der zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 196 vom 25.7.2022, S. 138)
16. 32019 D 1874: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1874 der Kommission vom 6. November 2019 über die Angemessenheit der zuständigen Stellen der Volksrepublik China gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 55)
17. 32020 D 0589: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/589 der Kommission vom 23. April 2020 über die Angemessenheit der zuständigen Stelle der Republik Südafrika gemäß der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 138 vom 30.4.2020, S. 15)
18. 32013 L 0034: Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19), geändert durch:

- 32014 L 0102: Richtlinie 2014/102/EU des Rates vom 7. November 2014 (ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86)
- 32014 L 0095: Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 (ABl. L 330 vom 15.11.2014, S. 1)
- 32021 L 2101: Richtlinie (EU) 2021/2101 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2021 (ABl. L 429 vom 1.12.2021, S. 1)
- 32022 L 2464: Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 (ABl. L 322 vom 16.12.2022, S. 15)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

b) In Anhang I der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

La societat anònima, la societat comanditària per accions, la societat de responsabilitat limitada;“

c) In Anhang II der Richtlinie wird Folgendes ergänzt:

„– Andorra:

la societat col·lectiva, la societat en comanditària simple;“

19. 32014 R 0537: Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/909/EG der Kommission (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 77), berichtigt in ABl. L 170 vom 11.6.2014, S. 66

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Artikel 3 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenprotokolls 1 genannte Zeitraum beträgt fünf Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

- b) Modalitäten für die Beteiligung Andorras gemäß Artikel 80 des Abkommens:

Die zuständigen Behörden Andorras gemäß Artikel 32 Absatz 1 der Richtlinie 2006/43/EG haben das Recht, sich uneingeschränkt am Ausschuss der Europäischen Aufsichtsstellen für Abschlussprüfer unter den gleichen Bedingungen wie die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu beteiligen – jedoch ohne Stimmrecht. Angehörige Andorras kommen nicht für den Vorsitz des Ausschusses der Aufsichtsstellen gemäß Artikel 30 Absatz 6 in Betracht.

- c) Die Worte „Unionsrecht oder nationalem Recht“ werden ersetzt durch die Worte „dem Assoziationsabkommen oder nationalem Recht“.

- d) In Artikel 41:

- i) die Angabe „Ab dem 17. Juni 2020“ wird durch die Angabe „Ab fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;
- ii) die Angabe „Ab dem 17. Juni 2023“ wird durch die Angabe „Ab fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;
- iii) die Angabe „vor dem 16. Juni 2014“ wird durch die Angabe „vor Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt;

iv) die Angabe „zum 17. Juni 2016“ wird durch die Angabe „fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

e) In Artikel 44 wird die Angabe „ab dem 17. Juni 2017“ durch die Angabe „ab fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens“ ersetzt.

20. 32009 R 1060: Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 1), geändert durch:

- 32011 R 0513 Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 30)
- 32011 L 0061 Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1)
- 32013 R 0462 Verordnung (EU) Nr. 462/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. L 146 vom 31.5.2013, S. 1)
- 32014 L 0051 Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1)
- 32017 R 2402 Verordnung (EU) 2017/2402 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 347 vom 28.12.2017, S. 35)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

21. 32019 D 1283: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1283 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Japans mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 40)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment des Binnenmarkts erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

22. 32019 D 1280: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1280 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Mexikos mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 30)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Der Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment des Binnenmarkts erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

23. 32019 D 1279: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1279 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 26)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Dieser Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

24. 32019 D 1284: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1284 der Kommission vom 29. Juli 2019 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Hongkongs mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen (ABl. L 201 vom 30.7.2019, S. 43)

Dieser Beschluss gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Dieser Beschluss gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

25. 32004 D 0109: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. L 390 vom 31.12.2004, S. 38), geändert durch:

- 32008 L 0022: Richtlinie 2008/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 76 vom 19.3.2008, S. 50)
- 32013 D 0050: Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 294 vom 6.11.2013, S. 13)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Richtlinie gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

26. 32007 L 0014: Richtlinie 2007/14/EG der Kommission vom 8. März 2007 mit Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind (ABl. L 69 vom 9.3.2007, S. 27)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Richtlinie gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

27. 32015 R 0761: Delegierte Verordnung (EU) 2015/761 der Kommission vom 17. Dezember 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte technische Regulierungsstandards für bedeutende Beteiligungen (ABl. L 120 vom 13.5.2015, S. 2)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

28. 32016 R 1437: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1437 der Kommission vom 19. Mai 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für den Zugang zu vorgeschriebenen Informationen auf Unionsebene (ABl. L 234 vom 31.8.2016, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

29. 32019 R 0815: Delegierte Verordnung (EU) 2018/815 der Kommission vom 17. Dezember 2018 zur Ergänzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf technische Regulierungsstandards für die Spezifikation eines einheitlichen elektronischen Berichtsformats (ABl. L 143 vom 29.5.2019, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

30. 32007 R 1569: Verordnung (EG) Nr. 1569/2007 der Kommission vom 21. Dezember 2007 über die Einrichtung eines Mechanismus zur Festlegung der Gleichwertigkeit der von Drittstaatemittenten angewandten Rechnungslegungsgrundsätze gemäß den Richtlinien 2003/71/EG und 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 340 vom 22.12.2007, S. 66)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

31. 32008 D 0961: Entscheidung der Kommission vom 12. Dezember 2008 über die Verwendung der nationalen Rechnungslegungsgrundsätze bestimmter Drittländer und der International Financial Reporting Standards durch Wertpapieremittenten aus Drittländern bei der Erstellung ihrer konsolidierten Abschlüsse (ABl. L 340 vom 19.12.2008, S. 112)

Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 3 zu diesem Abkommen findet Anwendung. Diese Verordnung gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Andorra Zugang zu dem in Artikel 4 Absatz 1 des Rahmenprotokolls 3 genannten Bankensegment erhalten hat, und im Einklang mit Artikel 4 Absatz 5 des Rahmenprotokolls 3.

RECHTSAKTE, DIE DIE ASSOZIATIONSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

1. 2001 H 0256: Empfehlung 2001/256/EG der Kommission vom 15. November 2000 Mindestanforderungen an Qualitätssicherungssysteme für die Abschlussprüfung in der EU (ABl. L 91 vom 31.3.2001, S. 91)
2. 32002 H 0590: Empfehlung 2002/590/EG der Kommission vom 16. Mai 2002 — Unabhängigkeit des Abschlussprüfers in der EU — Grundprinzipien (ABl. L 191 vom 19.7.2002, S. 22)
3. 32001 H 0453: Empfehlung 2001/453/EG der Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung (ABl. L 156 vom 13.6.2001, S. 33)
4. 32004 H 0913: Empfehlung 2004/913/EG der Kommission vom 14. Dezember 2004 zur Einführung einer angemessenen Regelung für die Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften (ABl. L 385 vom 29.12.2004, S. 55)
5. 32005 H 0162: Empfehlung 2005/162/EG der Kommission vom 15. Februar 2005 zu den Aufgaben von nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern/börsennotierter Gesellschaften sowie zu den Ausschüssen des Verwaltungs-/Aufsichtsrats (ABl. L 52 vom 25.2.2005, S. 51)

6. 32008 H 0473: Empfehlung der Kommission vom 5. Juni 2008 zur Beschränkung der zivilrechtlichen Haftung von Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften (ABl. L 162 vom 21.6.2008, S. 39)
 7. 32009 H 0385: Empfehlung 2009/385/EG der Kommission vom 30. April 2009 zur Ergänzung der Empfehlungen 2004/913/EG und 2005/162/EG zur Regelung der Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften (ABl. L 120 vom 15.5.2009, S. 28)
 8. 32014 H 0208: Empfehlung 2014/208/EU der Kommission vom 9. April 2014 zur Qualität der Berichterstattung über die Unternehmensführung („Comply or Explain“) (ABl. L 109 vom 12.4.2014, S. 43)
-

ZOLL

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1	Allgemeine und besondere Zollvorschriften und -verfahren.....	3
2	Zolltarifliche Einreihung und Zolltarif	8
3	Drogenausgangsstoffe	11
4	Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums durch die Zollbehörden	13
5	Überwachung von Barmitteln.....	14
6	Kulturgüter.....	15
7	Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen	16

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

- Erwägungsgründe;
- die Adressaten der EU-Rechtsakte;
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

ALLGEMEINE UND BESONDERE ZOLLVORSCHRIFTEN UND -VERFAHREN

1. 32013 R 0952: Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1), berichtigt in ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 90, und ABl. L 267 vom 30.9.2016, S. 2, geändert durch:
 - 32016 R 2339: Verordnung (EU) 2016/2339 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 32)
 - 32019 R 0474: Verordnung (EU) 2019/474 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 (ABl. L 83 vom 25.3.2019, S. 38)
 - 32019 R 0632: Verordnung (EU) 2019/632 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 (ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 54)
 - 32022 R 2399: Verordnung (EU) 2022/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 (ABl. L 317 vom 9.12.2022, S. 1)

2. 32015 R 2446: Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446 der Kommission vom 28. Juli 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Einzelheiten zur Präzisierung von Bestimmungen des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 1), berichtigt in ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 35, und ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 55 (2016/341), geändert durch:
- 32016 R 0341: Delegierte Verordnung (EU) 2016/341 der Kommission vom 17. Dezember 2015 (ABl. L 69 vom 15.3.2016, S. 1)
 - 32016 R 0651: Delegierte Verordnung (EU) 2016/651 der Kommission vom 5. April 2016 (ABl. L 111 vom 27.4.2016, S. 1)
 - 32018 R 1063: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1063 der Kommission vom 16. Mai 2018 (ABl. L 192 vom 30.7.2018, S. 1)
 - 32018 R 1118: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1118 der Kommission vom 7. Juni 2018 (ABl. L 204 vom 13.8.2018, S. 11)
 - 32019 R 0841: Delegierte Verordnung (EU) 2019/841 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 138 vom 24.5.2019, S. 76)
 - 32019 R 1143: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1143 der Kommission vom 14. März 2019 (ABl. L 181 vom 5.7.2019, S. 2)

- 32020 R 0877: Delegierte Verordnung (EU) 2020/877 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 1)
 - 32020 R 2191: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2191 der Kommission vom 20. November 2020 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 8)
 - 32021 R 0234: Delegierte Verordnung (EU) 2021/234 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 1)
 - 32021 R 1934: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1934 der Kommission vom 30. Juli 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 10)
3. 32016 R 0341: Delegierte Verordnung (EU) 2016/341 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Übergangsbestimmungen für bestimmte Vorschriften des Zollkodex der Union, für den Fall, dass die entsprechenden elektronischen Systeme noch nicht betriebsbereit sind, und zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2015/2446 (ABl. L 69 vom 15.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 33, ABl. L 281 vom 31.10.2017, S. 34, und ABl. L 96 vom 5.4.2019, S. 55, geändert durch:
- 32016 R 0698: Delegierte Verordnung (EU) 2016/698 der Kommission vom 8. April 2016 (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 1) Mit dieser Verordnung wurde Artikel 12 berichtigt. (ABl. L 121 vom 11.5.2016, S. 1)

- 32020 R 0877: Delegierte Verordnung (EU) 2020/877 der Kommission vom 3. April 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 1)
 - 32021 R 0234: Delegierte Verordnung (EU) 2021/234 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 1)
4. 32015 R 2447: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558), berichtigt in ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 35, geändert durch:
- 32017 R 0989: Durchführungsverordnung (EU) 2017/989 der Kommission vom 8. Juni 2017 (ABl. L 149 vom 13.6.2017, S. 19)
 - 32018 R 0604: Durchführungsverordnung (EU) 2018/604 der Kommission vom 18. April 2018 (ABl. L 101 vom 20.4.2018, S. 22)
 - 32019 R 1394: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1394 der Kommission vom 10. September 2019 (ABl. L 234 vom 11.9.2019, S. 1)
 - 32020 R 0893: Durchführungsverordnung (EU) 2020/893 der Kommission vom 29. Juni 2020 (ABl. L 206 vom 30.6.2020, S. 8)

- 32020 R 1727: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1727 der Kommission vom 18. November 2020 (ABl. L 387 vom 19.11.2020, S. 1)
 - 32020 R 2038: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2038 der Kommission vom 10. Dezember 2020 (ABl. L 416 vom 11.12.2020, S. 48)
 - 32021 R 0235: Durchführungsverordnung (EU) 2021/235 der Kommission vom 8. Februar 2021 (ABl. L 63 vom 23.2.2021, S. 386)
 - 32022 R 2334: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2334 der Kommission vom 29. November 2022 (ABl. L 309 vom 30.11.2022, S. 1)
5. 32019 D 2151: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2151 der Kommission vom 13. Dezember 2019 zur Festlegung des Arbeitsprogramms für die Entwicklung und Inbetriebnahme der im Zollkodex der Union vorgesehenen elektronischen Systeme (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 168)
6. 32016 R 0481: Durchführungsverordnung (EU) 2016/481 der Kommission vom 1. April 2016 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 2.4.2016, S. 24)

KAPITEL 2

ZOLLTARIFLICHE EINREIHUNG UND ZOLLTARIF

1. 31987 R 2658: Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1), geändert durch:
 - 32022 R 1998: Durchführungsverordnung (EU) 2022/1998 der Kommission vom 20. September 2022 (ABl. L 282 vom 31.10.2022, S. 1)
2. 32021 R 2278: Verordnung (EU) 2021/2278 des Rates vom 20. Dezember 2021 zur Aussetzung der in Artikel 56 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 genannten Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1387/2013 (ABl. L 466 vom 29.12.2021, S. 1), geändert durch:
 - 32022 R 2583: Verordnung (EU) 2022/2583 des Rates vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 340 vom 30.12.2022, S. 1)

3. 32018 R 0581: Verordnung (EU) 2018/581 des Rates vom 16. April 2018 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte Waren, die zum Einbau in oder zur Verwendung für Luftfahrzeuge bestimmt sind, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1147/2002 (ABl. L 98 vom 18.4.2018, S. 1), geändert durch:
 - 32018 R 1517: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1517 der Kommission vom 11. Oktober 2018 (ABl. L 256 vom 12.10.2018, S. 58)
4. 32021 R 2283: Verordnung (EU) 2021/2283 des Rates vom 20. Dezember 2021 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1388/2013 (ABl. L 458 vom 22.12.2021, S. 33), geändert durch:
 - 32022 R 2563: Verordnung (EU) 2022/2563 des Rates vom 19. Dezember 2022 (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 109)
5. 31988 R 3915: Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung von Artikel 63c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 347 vom 16.12.1988, S. 55)
6. 32009 R 1186: Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates vom 16. November 2009 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 324 vom 10.12.2009, S. 23), geändert durch:

7. 32011 R 1224: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1224/2011 der Kommission vom 28. November 2011 zu den Artikeln 66 bis 73 der Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 14), geändert durch:
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
8. 32011 R 1225: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1225/2011 der Kommission vom 28. November 2011 (ABl. L 314 vom 29.11.2011, S. 20), geändert durch:
 - 32013 R 0504: Durchführungsverordnung (EU) 504/2013 der Kommission vom 31. Mai 2013 (*ABl. L 147 vom 1.6.2013, S. 1*)
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
9. 32012 R 0080: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 80/2012 der Kommission vom 31. Januar 2012 über die Aufstellung der in Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe (ABl. L 29 vom 1.2.2012, S. 33), geändert durch:
 - 32013 R 0197: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 197/2013 der Kommission vom 7. März 2013 (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 15)

KAPITEL 3

DROGENAUSGANGSSTOFFE

1. 32005 R 0111: Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenaustauschstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern (ABl. L 22 vom 26.1.2005, S. 1), geändert durch:
 - 32013 R 1259: Verordnung (EU) Nr. 1259/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 30)
 - 32016 R 1443: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1443 der Kommission vom 29. Juni 2016 (ABl. L 235 vom 1.9.2016, S. 6)
 - 32018 R 0729: Delegierte Verordnung (EU) 2018/729 der Kommission vom 26. Februar 2018 (ABl. L 123 vom 18.5.2018, S. 4)
 - 32020 R 1737: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1737 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 392 vom 23.11.2020, S. 1), berichtigt in ABl. L 282 vom 5.8.2021, S. 38
 - 32022 R 1518: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1518 der Kommission vom 29. März 2022 (ABl. L 236 vom 13.9.2022, S. 1)

- 32023 R 0196: Delegierte Verordnung (EU) 2023/196 der Kommission vom 25. November 2022 (ABl. L 27 vom 31.1.2023, S. 1)
- 2. 32015 R 1011: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1011 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1277/2005 der Kommission (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 12), berichtigt in ABl. L 185 vom 14.7.2015, S. 31, und ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 75
- 3. 32015 R 1013: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1013 der Kommission vom 25. Juni 2015 mit Vorschriften in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Drogenausgangsstoffe und auf die Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Union und Drittländern (ABl. L 162 vom 27.6.2015, S. 33)

KAPITEL 4

DURCHSETZUNG DER RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS DURCH DIE ZOLLBEHÖRDEN

1. 32013 R 0608: Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates (ABl. L 185 vom 29.6.2013, S. 15)
2. 32013 R 1352: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 der Kommission vom 4. Dezember 2013 zur Festlegung der in der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden vorgesehenen Formblätter (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 10)
3. 32020 R 1209: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1209 der Kommission vom 13. August 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 zur Festlegung der in der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden vorgesehenen Formblätter (ABl. L 274 vom 21.8.2020, S. 3)
4. 32020 R 2035: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2035 der Kommission vom 7. Dezember 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1352/2013 in Bezug auf das Formblatt für den Antrag auf Tätigwerden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks Einführung der Möglichkeit eines Antrags auf Tätigwerden in Nordirland (ABl. L 416 vom 11.12.2020, S. 11)

KAPITEL 5

ÜBERWACHUNG VON BARMITTELN

1. 32018 R 1672: Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1889/2005 (ABl. L 284 vom 12.11.2018, S. 6), berichtigt in ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 79
2. 32021 R 0776: Durchführungsverordnung (EU) 2021/776 der Kommission vom 11. Mai 2021 zur Festlegung von Mustern für bestimmte Formulare sowie von technischen Vorschriften für den wirksamen Informationsaustausch gemäß der Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden (ABl. L 167 vom 12.5.2021, S. 6)
3. Durchführungsbeschluss C(2022) 1801 der Kommission vom 24. März 2022 zur Festlegung von Maßnahmen für die einheitliche Anwendung von Kontrollen im Wege der Schaffung gemeinsamer Risikokriterien und -standards für Barmittelbewegungen gemäß der Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden (EU RESTRICTED)

KAPITEL 6

KULTURGÜTER

1. 32009 R 0116: Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Ausfuhr von Kulturgütern (kodifizierte Fassung) (ABl. L 39 vom 10.2.2009, S. 1)
2. 32012 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1081/2012 der Kommission vom 9. November 2012 zu der Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 324 vom 22.11.2012, S. 1), berichtigt in ABl. L 93 vom 28.3.2014, S. 86
3. 32019 R 0880: Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 1)
4. 32021 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1079 der Kommission vom 24. Juni 2021 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 234 vom 2.7.2021, S. 67)

KAPITEL 7

UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEITREIBUNG VON FORDERUNGEN

1. 32010 L 0024: Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 84 vom 31.3.2010, S. 1)

Diese Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Bestimmungen dieser Richtlinie gelten nur für Forderungen, die sich auf Abgaben beziehen, die infolge eines Zollvorgangs fällig werden.

2. 32011 R 1189: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 der Kommission vom 18. November 2011 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Artikeln der Richtlinie 2010/24/EU des Rates über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen (ABl. L 302 vom 19.11.2011, S. 16)
3. 32017 R 1966: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1966 der Kommission vom 27. Oktober 2017 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1189/2011 in Bezug auf die Übermittlung von Amtshilfeersuchen und die Weiterverfolgung dieser Ersuchen (ABl. L 279 vom 28.10.2017, S. 38)

LANDWIRTSCHAFT

Liste nach Artikel 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

1	Landwirtschaftliche Grunderzeugnisse	2
2	Landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse	31

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

- Erwägungsgründe;
- die Adressaten der EU-Rechtsakte;

- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

KAPITEL 1

LANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDERZEUGNISSE

1. 32013 R 1308: Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), berichtigt in ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 261, und ABl. L 130 vom 19.5.2016, S. 9, geändert durch:

- 32013 R 1310: Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 865)
- 32016 R 0791: Verordnung (EU) 2016/791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 1)
- 32016 R 1166: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1166 der Kommission vom 17. Mai 2016 (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 17)
- 32016 R 1226: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 der Kommission vom 4. Mai 2016 (ABl. L 202 vom 28.7.2016, S. 5)
- 32017 R 2393: Verordnung (EU) 2017/2393 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2017 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 15)
- 32020 R 2220: Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1)
- 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Nur die folgenden Bestimmungen der Verordnung finden Anwendung: Artikel 73 bis 123, Artikel 125, 148, 149, 152 bis 162, 164, 165, 166a bis 168, 172a, 172b, 206 bis 210a und 222.

2. 32016 R 0232: Delegierte Verordnung (EU) 2016/232 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf bestimmte Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Erzeugern (ABl. L 44 vom 19.2.2016, S. 1671)
3. 32019 R 0033: Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Einschränkungen der Verwendung, Änderungen der Produktspezifikationen, die Löschung des Schutzes sowie die Kennzeichnung und Aufmachung (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2), berichtigt in ABl. L 269 vom 23.10.2019, S. 13, geändert durch:
 - 32021 R 1375: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1375 der Kommission vom 11. Juni 2021 (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 16)

4. 32019 R 0934: Delegierte Verordnung (EU) 2019/934 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anbauflächen, auf denen der Alkoholgehalt der Weine erhöht werden darf, der zugelassenen önologischen Verfahren und der Einschränkungen für die Erzeugung und Haltbarmachung von Weinbauerzeugnissen, des Mindestalkoholgehalts von Nebenerzeugnissen und deren Beseitigung sowie der Veröffentlichung von OIV-Dossiers (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 59, ABl. L 129 vom 24.4.2020, S. 1, und ABl. L 5 vom 10.1.2022, S. 1, geändert durch:
 - 32022 R 0068: Delegierte Verordnung (EU) 2022/68 der Kommission vom 27. Oktober 2021 (ABl. L 12 vom 19.1.2022, S. 1)
5. 32019 R 0935: Durchführungsverordnung (EU) 2019/935 der Kommission vom 16. April 2019 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Analysemethoden zur Feststellung der physikalischen, chemischen und organoleptischen Merkmale von Weinbauerzeugnissen und der Mitteilung von Beschlüssen der Mitgliedstaaten zur Erhöhung des natürlichen Alkoholgehalts (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 53)

6. 32018 R 0273: Delegierte Verordnung (EU) 2018/273 der Kommission vom 11. Dezember 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpflanzungen, der Weinbaukartei, der Begleitdokumente und der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen, Mitteilungen und Veröffentlichung der mitgeteilten Informationen und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die diesbezüglichen Kontrollen und Sanktionen sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 555/2008, (EG) Nr. 606/2009 und (EG) Nr. 607/2009 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 und der Delegierten Verordnung (EU) 2015/560 der Kommission (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 1)
7. 32018 R 0274: Durchführungsverordnung (EU) 2018/274 der Kommission vom 11. Dezember 2017 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpflanzungen, der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen und Mitteilungen sowie mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der einschlägigen Kontrollen und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/561 der Kommission (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 60), berichtigt in ABl. L 354 vom 26.10.2020, S. 4, geändert durch:
 - 32021 R 1007: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1007 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 8)

- 32022 R 2567: Durchführungsverordnung (EU) 2022/2567 der Kommission vom 13. Oktober 2022 (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 139)
8. 32014 R 0251: Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 14), geändert durch:
- 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)
9. 32017 R 0670: Delegierte Verordnung (EU) 2017/670 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der zugelassenen Herstellungsverfahren für aromatisierte Weinerzeugnisse (ABl. L 97 vom 8.4.2017, S. 5)
10. 32020 R 0198: Durchführungsverordnung (EU) 2020/198 der Kommission vom 13. Februar 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Einrichtung des Registers geschützter geografischer Angaben im Sektor aromatisierte Weinerzeugnisse und die Aufnahme der bestehenden geografischen Angaben in dieses Register (ABl. L 42 vom 14.2.2020, S. 8)

11. 32019 R 0787: Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, die Verwendung der Bezeichnungen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln, den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und die Verwendung von Ethylalkohol und Destillaten landwirtschaftlichen Ursprungs in alkoholischen Getränken sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 1), geändert durch:
- 32021 R 1096: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1096 der Kommission vom 21. April 2021 (ABl. L 238 vom 6.7.2021, S. 1)
 - 32021 R 1334: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1334 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 1)
 - 32021 R 1335: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1335 der Kommission vom 27. Mai 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 4)
 - 32021 R 1465: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1465 der Kommission vom 6. Juli 2021 (ABl. L 321 vom 13.9.2021, S. 12)

12. 32021 R 1235: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1235 der Kommission vom 12. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften für Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung und das Register (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 1)
13. 32021 R 1236: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1236 der Kommission vom 12. Mai 2021 mit Einzelheiten der Anwendung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Eintragung geografischer Angaben für Spirituosen, das Einspruchsverfahren, Änderungen der Produktspezifikation, die Löschung der Eintragung, die Verwendung des Logos und die Kontrolle (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 10)
14. 32021 R 0723: Delegierte Verordnung (EU) 2021/723 der Kommission vom 26. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Einrichtung eines öffentlichen Registers, in dem die von den einzelnen Mitgliedstaaten zur Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen aufgeführt werden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 1)
15. 32021 R 0724: Durchführungsverordnung (EU) 2021/724 der Kommission vom 3. März 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Mitteilungen der Mitgliedstaaten an die Kommission zu den für die Überwachung der Alterungsprozesse von Spirituosen benannten Stellen und den für die Sicherstellung der Einhaltung der genannten Verordnung zuständigen Behörden (ABl. L 155 vom 5.5.2021, S. 3)

16. 32011 R 0543: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission vom 7. Juni 2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 157 vom 15.6.2011, S. 1), geändert durch:
- 32021 R 1890: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1890 der Kommission vom 2. August 2021 (ABl. L 384 vom 29.10.2021, S. 23)
 - 32019 R 0428: Delegierte Verordnung (EU) 2019/428 der Kommission vom 12. Juli 2018 (ABl. L 75 vom 19.3.2019, S. 1)
 - 32015 R 2000: Durchführungsverordnung (EU) 2015/2000 der Kommission vom 9. November 2015 (ABl. L 292 vom 10.11.2015, S. 4)
 - 32013 R 0594: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 594/2013 der Kommission vom 21. Juni 2013 (ABl. L 170 vom 22.6.2013, S. 43)
 - 32012 R 0302: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 302/2012 der Kommission vom 4. April 2012 (ABl. L 99 vom 5.4.2012, S. 21)
17. 32021 R 1926: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1926 der Kommission vom 5. November 2021 zur Anerkennung der vom Vereinigten Königreich durchgeführten Kontrollen auf Konformität mit den Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 393 vom 8.11.2021, S. 9)

18. 32017 R 0891: Delegierte Verordnung (EU) 2017/891 der Kommission vom 13. März 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Sektoren Obst und Gemüse sowie Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die in diesen Sektoren anzuwendenden Sanktionen und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 4)
19. 32014 R 0499: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 499/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission in Bezug auf Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. L 145 vom 16.5.2014, S. 5)
20. 32011 R 1333: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1333/2011 der Kommission vom 19. Dezember 2011 zur Festsetzung von Vermarktungsnormen für Bananen, von Bestimmungen zur Kontrolle der Einhaltung dieser Vermarktungsnormen und von Anforderungen an Mitteilungen im Bananensektor (ABl. L 336 vom 20.12.2011, S. 23), berichtigt in ABl. L 177 vom 8.7.2017, S. 6

21. 32017 R 1185: Durchführungsverordnung (EU) 2017/1185 der Kommission vom 20. April 2017 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) Nr. 1307/2013 und (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Übermittlung von Informationen und Dokumenten an die Kommission und zur Änderung und Aufhebung mehrerer Verordnungen der Kommission (ABl. L 171 vom 4.7.2017, S. 113), geändert durch:
- 32019 R 1746: Durchführungsverordnung (EU) 2019/1746 der Kommission vom 1. Oktober 2019 (ABl. L 268 vom 22.10.2019, S. 6)
 - 32022 R 0791: Durchführungsverordnung (EU) 2022/791 der Kommission vom 19. Mai 2022 (ABl. L 141 vom 20.5.2022, S. 15)
22. 32008 R 0589: Verordnung (EG) Nr. 589/2008 der Kommission vom 23. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier (ABl. L 163 vom 24.6.2008, S. 6), berichtigt in ABl. L 133 vom 17.5.2013, S. 17, geändert durch:
- 32008 R 0598: Verordnung (EG) Nr. 598/2008 der Kommission vom 24. Juni 2008 (ABl. L 164 vom 25.6.2008, S. 14)
 - 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)

- 32013 R 0342: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 342/2013 der Kommission vom 16. April 2013 (ABl. L 107 vom 17.4.2013, S. 4)
 - 32017 R 2168: Delegierte Verordnung (EU) 2017/2168 der Kommission vom 20. September 2017 (ABl. L 306 vom 22.11.2017, S. 6)
23. 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik, Fischerei, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, Sozialpolitik und Beschäftigung, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen und Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgrund des Beitritts Kroatiens (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
24. 32008 R 0617: Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Bruteier und Küken von Hausgeflügel (ABl. L 168 vom 28.6.2008, S. 5), berichtigt in ABl. L 248 vom 24.9.2011, S. 1, geändert durch:

- 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
25. 32008 R 0543: Verordnung (EG) Nr. 543/2008 der Kommission vom 16. Juni 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch (ABl. L 157 vom 17.6.2008, S. 46), berichtigt in ABl. L 257 vom 25.9.2008, S. 7, und ABl. L 190 vom 19.7.2012, S. 1, geändert durch:
- 32009 R 0508: Verordnung (EG) Nr. 508/2009 der Kommission vom 15. Juni 2009 (ABl. L 151 vom 16.6.2009, S. 28)
 - 32010 R 0557: Verordnung (EU) Nr. 557/2010 der Kommission vom 24. Juni 2010 (ABl. L 159 vom 25.6.2010, S. 13)
 - 32011 R 0576: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 576/2011 der Kommission vom 16. Juni 2011 (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 66)
 - 32012 R 1239: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1239/2012 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 63)
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

26. 32008 R 0566: Verordnung (EG) Nr. 566/2008 der Kommission vom 18. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates in Bezug auf die Vermarktung von Fleisch von bis zu zwölf Monate alten Rindern (ABl. L 160 vom 19.6.2008, S. 22), geändert durch:
- 32013 R 0565: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 565/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 (ABl. L 167 vom 19.6.2013, S. 26)
27. 32006 R 1850: Verordnung (EG) Nr. 1850/2006 der Kommission vom 14. Dezember 2006 mit Durchführungsbestimmungen für die Zertifizierung von Hopfen und Hopfenerzeugnissen (ABl. L 355 vom 15.12.2006, S. 72), geändert durch:
- 32011 R 0173: Verordnung (EU) Nr. 173/2011 der Kommission vom 23. Februar 2011 (ABl. L 49 vom 24.2.2011, S. 16)
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)
28. 32007 R 0445: Verordnung (EG) Nr. 445/2007 der Kommission vom 23. April 2007 mit bestimmten Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2991/94 des Rates mit Normen für Streichfette und zur Verordnung (EWG) Nr. 1898/87 des Rates über den Schutz der Bezeichnung der Milch und Milcherzeugnisse bei ihrer Vermarktung (kodifizierte Fassung) (ABl. L 106 vom 24.4.2007, S. 24)

29. 32011 R 1169: Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18), geändert durch:
- 32013 R 1155: Delegierte Verordnung (EU) 1155/2013 der Kommission vom 21. August 2013 (ABl. L 306 vom 16.11.2013, S. 7)
 - 32014 R 0078: Delegierte Verordnung (EU) 78/2014 der Kommission vom 22. November 2013 (ABl. L 27 vom 30.1.2014, S. 7)
 - 32015 R 2283: Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1)
30. 31999 L 0004: Richtlinie 1999/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Februar 1999 über Kaffee- und Zichorien-Extrakte (ABl. L 66 vom 13.3.1999, S. 26), geändert durch:
- 32003 R 1882: Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. L 284 vom 31.10.2003, S. 1)

- 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)
 - 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)
31. 32000 L 0036: Richtlinie 2000/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2000 über Kakao- und Schokoladeerzeugnisse für die menschliche Ernährung (ABl. L 197 vom 3.8.2000, S. 19), geändert durch:
- 12003 TN 02/01/J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 1. Freier Warenverkehr - J. Lebensmittel (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 92)
 - 32008 R 1137: Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 (ABl. L 311 vom 21.11.2008, S. 1)
 - 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

32. 32001 L 0111: Richtlinie 2001/111/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über bestimmte Zuckerarten für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 53), geändert durch:
- 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)
 - 32006 R 0951: Verordnung (EG) Nr. 951/2006 der Kommission vom 30. Juni 2006 (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 24)
33. 32001L0113: Richtlinie 2001/113/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Konfitüren, Gelees, Marmeladen und Maronenkrem für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 67), geändert durch:
- 32004 L 0084: Richtlinie 2004/84/EG des Rates vom 10. Juni 2004 (ABl. L 219 vom 19.6.2004, S. 8)
 - 32007 R 1182: Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 273 vom 17.10.2007, S. 1)
 - 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)

34. 32001 L 0114: Richtlinie 2001/114/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über bestimmte Sorten eingedickter Milch und Trockenmilch für die menschliche Ernährung (ABl. L 15 vom 17.1.2002, S. 19), geändert durch:
- 12003 TN 02/01/J: Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge - Anhang II: Liste nach Artikel 20 der Beitrittsakte - 1. Freier Warenverkehr - J. Lebensmittel (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 92)
 - 32007 L 0061: Richtlinie 2007/61/EG des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 258 vom 4.10.2007, S. 27)
 - 32013 R 1021: Verordnung (EU) Nr. 1021/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 1)
35. 32001 L 0112: Richtlinie 2001/112/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 58), berichtigt in ABl. L 126 vom 22.5.2010, S. 23, geändert durch:
- 32007 R 1182: Verordnung (EG) Nr. 1182/2007 des Rates vom 26. September 2007 (ABl. L 273 vom 17.10.2007, S. 1)

- 32008 R 1332: Verordnung (EG) Nr. 1332/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 7)
 - 32009 L 0106: Richtlinie 2009/106/EG der Kommission vom 14. August 2009 (ABl. L 212 vom 15.8.2009, S. 42)
 - 32012 L 0012: Richtlinie 2012/12/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 (ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 1)
 - 32014 R 1040: Delegierte Verordnung (EU) 1040/2014 der Kommission vom 25. Juli 2014 (ABl. L 288 vom 2.10.2014, S. 1)
36. 32001 L 0110: Richtlinie 2001/110/EG des Rates vom 20. Dezember 2001 über Honig (ABl. L 10 vom 12.1.2002, S. 47), geändert durch:
- 32014 L 0063: Richtlinie 2014/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 (ABl. L 164 vom 3.6.2014, S. 1)

37. 32013 R 0517: Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)
38. 32018 R 0848: Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 1), berichtigt in ABl. L 374 vom 22.10.2021, S. 10, und ABl. L 391 vom 5.11.2021, S. 41, geändert durch:
- 32020 R 1693: Verordnung (EU) 2020/1693 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. November 2020 (ABl. L 381 vom 13.11.2020, S. 1)

- 32020 R 0427: Delegierte Verordnung (EU) 2020/427 der Kommission vom 13. Januar 2020 (ABl. L 87 vom 23.3.2020, S. 1)
- 32020 R 1794: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1794 der Kommission vom 16. September 2020 (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 23)
- 32021 R 0642: Delegierte Verordnung (EU) 2021/642 der Kommission vom 30. Oktober 2020 (ABl. L 133 vom 20.4.2021, S. 1)
- 32020 R 2042: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2042 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 9)
- 32021 R 0715: Delegierte Verordnung (EU) 2021/715 der Kommission vom 20. Januar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 1)
- 32021 R 0716: Delegierte Verordnung (EU) 2021/716 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 5)
- 32021 R 0269: Delegierte Verordnung (EU) 2021/269 der Kommission vom 4. Dezember 2020 (ABl. L 60 vom 22.2.2021, S. 24)
- 32021 R 0716: Delegierte Verordnung (EU) 2021/716 der Kommission vom 9. Februar 2021 (ABl. L 151 vom 3.5.2021, S. 5)

- 32021 R 1006: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1006 der Kommission vom 12. April 2021 (ABl. L 222 vom 22.6.2021, S. 3)
 - 32021 R 1697: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1697 der Kommission vom 13. Juli 2021 (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 3)
 - 32021 R 1691: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1691 der Kommission vom 12. Juli 2021 (ABl. L 334 vom 22.9.2021, S. 1)
 - 32021 R 1935: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1935 der Kommission vom 8. November 2021 (ABl. L 396 vom 10.11.2021, S. 17)
 - 32022 R 0474: Delegierte Verordnung (EU) 2022/474 der Kommission vom 17. Januar 2022 (ABl. L 98 vom 25.3.2022, S. 1)
39. 32020 R 0464: Durchführungsverordnung (EU) 2020/464 der Kommission vom 26. März 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der für die rückwirkende Anerkennung von Umstellungszeiträumen erforderlichen Dokumente, der Herstellung ökologischer/biologischer Erzeugnisse und der von den Mitgliedstaaten bereitzustellenden Informationen (ABl. L 98 vom 31.3.2020, S. 2)
40. 32020 R 2146: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2146 der Kommission vom 24. September 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich Ausnahmen von den Produktionsvorschriften für die ökologische/biologische Produktion (ABl. L 428 vom 18.12.2020, S. 5)

41. 32021 R 0279: Durchführungsverordnung (EU) 2021/279 der Kommission vom 22. Februar 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates über Kontrollen und andere Maßnahmen zur Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit und Einhaltung der Vorschriften für die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (ABl. L 62 vom 23.2.2021, S. 6)
42. 32021 R 0771: Delegierte Verordnung (EU) 2021/771 der Kommission vom 21. Januar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung spezifischer Kriterien und Bedingungen für die Prüfungen der Dokumentation im Rahmen der amtlichen Kontrollen in der ökologischen/biologischen Produktion und die amtlichen Kontrollen von Unternehmergruppen (ABl. L 165 vom 11.5.2021, S. 25)
43. 32021 R 1189: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1189 der Kommission vom 7. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erzeugung und Vermarktung von Pflanzenvermehrungsmaterial aus ökologischem/biologischem heterogenem Material besonderer Gattungen oder Arten (ABl. L 258 vom 20.7.2021, S. 18)
44. 32021 R 1342: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1342 der Kommission vom 27. Mai 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften über die Informationen, die von Drittländern sowie von Kontrollbehörden und Kontrollstellen zwecks Überwachung ihrer Anerkennung gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates für eingeführte ökologische/biologische Erzeugnisse zu übermitteln sind, sowie über die Maßnahmen, die zur Ausübung dieser Überwachung zu ergreifen sind (ABl. L 292 vom 16.8.2021, S. 20)

45. 32021 R 1698: Delegierte Verordnung (EU) 2021/1698 der Kommission vom 13. Juli 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Verfahrensvorschriften für die Anerkennung von Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die für die Durchführung von Kontrollen von als ökologisch/biologisch zertifizierten Unternehmen und Unternehmergruppen und ökologischen/biologischen Erzeugnissen in Drittländern zuständig sind, und durch Vorschriften über deren Überwachung sowie über die Kontrollen und sonstigen Maßnahmen, die von diesen Kontrollbehörden und Kontrollstellen durchgeführt werden (ABl. L 336 vom 23.9.2021, S. 7)
46. 32021 R 2304: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2304 der Kommission vom 18. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften zur Ausstellung von ergänzenden Zertifikaten, mit denen zum Zweck der Ausfuhr bescheinigt wird, dass bei der ökologischen/biologischen Produktion von tierischen Erzeugnissen keine Antibiotika eingesetzt werden (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 2)
47. 32021 R 2306: Delegierte Verordnung (EU) 2021/2306 der Kommission vom 21. Oktober 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Vorschriften über die amtlichen Kontrollen von zur Einfuhr in die Union bestimmten Sendungen von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und Umstellungserzeugnissen sowie über die Kontrollbescheinigung (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 13)

48. 32021 R 1165: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1165 der Kommission vom 15. Juli 2021 über die Zulassung bestimmter Erzeugnisse und Stoffe zur Verwendung in der ökologischen/biologischen Produktion und zur Erstellung entsprechender Verzeichnisse (ABl. L 253 vom 16.7.2021, S. 13)
49. 32021 R 1378: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 der Kommission vom 19. August 2021 mit Vorschriften zur Bescheinigung für Unternehmer, Unternehmergruppen und Ausführer in Drittländern, die ökologische/biologische Erzeugnisse und Umstellungserzeugnisse in die Union einführen und zur Erstellung des Verzeichnisses anerkannter Kontrollbehörden und Kontrollstellen gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 297 vom 20.8.2021, S. 24)
50. 32021 R 2307: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2307 der Kommission vom 21. Oktober 2021 zur Festlegung von Vorschriften über die erforderlichen Unterlagen und Mitteilungen für ökologische/biologische Erzeugnisse und Umstellungserzeugnisse, die zur Einfuhr in die Union bestimmt sind (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 30)
51. 32021 R 2119: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2119 der Kommission vom 1. Dezember 2021 zur Festlegung detaillierter Vorschriften über bestimmte von Unternehmern und Unternehmergruppen verlangte Aufzeichnungen und Erklärungen und über die technischen Mittel für die Ausstellung von Zertifikaten gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1378 der Kommission hinsichtlich der Ausstellung der Bescheinigung für Unternehmer, Unternehmergruppen und Ausführer in Drittländern (ABl. L 430 vom 2.12.2021, S. 24)

52. 32021 R 2325: Durchführungsverordnung (EU) 2021/2325 der Kommission vom 16. Dezember 2021 zur Erstellung — gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates — des Verzeichnisses der Drittländer und des Verzeichnisses der Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates für die Zwecke der Einfuhr ökologischer/biologischer Erzeugnisse in die Union anerkannt sind (ABl. L 465 vom 29.12.2021, S. 8)
53. 32012 R 1151: Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1), geändert durch:
- 32021 R 2117: Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262)
 - 32017 R 0625: Verordnung (EU) Nr. 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)
54. 32014 R 0668: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 668/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 36)

55. 32014 R 0664: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission vom 18. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung der EU-Zeichen für geschützte Ursprungsbezeichnungen, geschützte geografische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten sowie im Hinblick auf bestimmte herkunftsbezogene Vorschriften, Verfahrensvorschriften und zusätzliche Übergangsvorschriften (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17)
56. 32014 R 0665: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 665/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bedingungen für die Verwendung der fakultativen Qualitätsangabe „Bergerzeugnis“ (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 23)
57. 32008 R 0555: Verordnung (EG) Nr. 555/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der Stützungsprogramme, des Handels mit Drittländern, des Produktionspotenzials und der Kontrollen im Weinsektor (ABl. L 170 vom 30.6.2008, S. 1), berichtigt in ABl. L 139 vom 5.6.2010, S. 3, geändert durch:
- 32009 R 0042: Verordnung (EG) Nr. 42/2009 der Kommission vom 20. Januar 2009 (ABl. L 16 vom 21.1.2009, S. 6)

- 32009 R 0702: Verordnung (EG) Nr. 702/2009 der Kommission vom 3. August 2009 (ABl. L 202 vom 4.8.2009, S. 5)
- 32010 R 0772: Verordnung (EU) Nr. 772/2010 der Kommission vom 1. September 2010 (ABl. L 232 vom 2.9.2010, S. 1)
- 32012 R 0314: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 314/2012 der Kommission vom 12. April 2012 (ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 21)
- 32012 R 0568: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 568/2012 der Kommission vom 28. Juni 2012 (ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 13)
- 32013 R 0202: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 202/2013 der Kommission vom 8. März 2013 (ABl. L 67 vom 9.3.2013, S. 10)
- 32013 R 0752: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 752/2013 der Kommission vom 31. Juli 2013 (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 17)
- 32013 R 0994: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 994/2013 der Kommission vom 16. Oktober 2013 (ABl. L 276 vom 17.10.2013, S. 1)
- 32014 R 0168: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 168/2014 der Kommission vom 21. Februar 2014 (ABl. L 54 vom 22.2.2014, S. 14)

- 32014 R 0612: Delegierte Verordnung (EU) 612/2014 der Kommission vom 11. März 2014 (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 62)
- 32014 R 0614: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 614/2014 der Kommission vom 6. Juni 2014 (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 73)
- 32015 R 1991: Durchführungsverordnung (EU) 2015/1991 der Kommission vom 5. November 2015 (ABl. L 290 vom 6.11.2015, S. 9)
- 32016 R 0038: Durchführungsverordnung (EU) 2016/38 der Kommission vom 14. Januar 2016 (ABl. L 11 vom 16.1.2016, S. 1)
- 32016 R 1149: Delegierte Verordnung (EU) 2016/1149 der Kommission vom 15. April 2016 (ABl. L 190 vom 15.7.2016, S. 1)
- 32018 R 0273: Delegierte Verordnung (EU) 2018/273 der Kommission vom 11. Dezember 2017 (ABl. L 58 vom 28.2.2018, S. 1)

58. 32014 R 0907: Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18)

KAPITEL 2

LANDWIRTSCHAFTLICHE VERARBEITUNGSERZEUGNISSE

1. 32014 R 0510: Verordnung (EU) Nr. 510/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1216/2009 und (EG) Nr. 614/2009 des Rates (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Die Artikel 22 bis 32 der Verordnung finden keine Anwendung.
 - b) Andorra wendet die Artikel 1 bis 21 und 33 bis 46 der Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.
2. 32011 R 0514: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 514/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu den Präferenzregelungen gemäß Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1216/2009 des Rates beim Handel mit bestimmten aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellten Waren (ABl. L 138 vom 26.5.2011, S. 18)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Andorra wendet diese Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.

3. 32008 R 0900: Verordnung (EG) Nr. 900/2008 der Kommission vom 16. September 2008 zur Festlegung der Analysenmethoden und anderer technischer Bestimmungen für die Anwendung der Einfuhrregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (kodifizierte Fassung) (ABl. L 248 vom 17.9.2008, S. 8), geändert durch:
- 32010 R 0118: Verordnung (EU) Nr. 118/2010 der Kommission vom 9. Februar 2010 (ABl. L 37 vom 10.2.2010, S. 21)
 - 32011 R 0617: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 617/2011 der Kommission vom 24. Juni 2011 (ABl. L 166 vom 25.6.2011, S. 6)
 - 32015 R 0824: Durchführungsverordnung (EU) 2015/824 der Kommission vom 27. Mai 2015 (ABl. L 130 vom 28.5.2015, S. 4)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Andorra wendet diese Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.

4. 32001 R 1488: Verordnung (EG) Nr. 1488/2001 der Kommission vom 19. Juli 2001 über Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates für die Überführung bestimmter Mengen bestimmter unter Anhang I des Vertrags fallender Grunderzeugnisse in das Verfahren der aktiven Veredelung ohne vorherige Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen (ABl. L 196 vom 20.7.2001, S. 9), geändert durch:
- 32003 R 1914: Verordnung (EG) Nr. 1914/2003 der Kommission vom 30. Oktober 2003 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)
 - 32004 R 0886: Verordnung (EG) Nr. 886/2004 der Kommission vom 4. März 2004 (ABl. L 168 vom 1.5.2004, S. 14)
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Andorra wendet diese Verordnung im Einklang mit Artikel 6 des Andorra-Protokolls direkt an.

HANDEL

Liste nach den Artikeln 12 und 13 des Rahmenabkommens

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I – RECHTSAKTE, DIE UNMITTELBAR AUF ANDORRA ANWENDBAR SIND

1	Handelspolitische Schutzinstrumente.....	3
2	Gemeinsame Einfuhr-/Ausfuhrregelungen.....	5
3	Schutzbestimmungen.....	6
4	Durchsetzung.....	9
5	Spezifische Regeln für den Handelssektor	10
6	Präferentielle Handelsregelungen.....	11
7	Verordnungen zur Anwendung von Abkommen.....	15
8	Gemeinsame Ausfuhrregelungen	17

TEIL II – VON ANDORRA UMZUSETZENDE RECHTSAKTE

1	Ausfuhrkredit.....	17
2	Spezifische Regeln für den Handelssektor	19

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der EU charakteristisch sind, wie

- Erwägungsgründe;
- die Adressaten der EU-Rechtsakte;
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EU;
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EU-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander; und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren;

so findet Rahmenprotokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

TEIL 1

RECHTSAKTE, DIE UNMITTELBAR AUF ANDORRA ANWENDBAR SIND

KAPITEL 1

HANDELSPOLITISCHE SCHUTZINSTRUMENTE

1. 32016 R 1036: Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21), geändert durch:
 - 32017 R 2321: Verordnung (EU) 2017/2321 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 338 vom 19.12.2017, S. 1)
 - 32018 R 0825: Verordnung (EU) 2018/825 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 143 vom 7.6.2018, S. 1)
 - 32020 R 1173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1173 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 1)

2. 32016 R 1037: Verordnung (EU) 2016/1037 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 55), geändert durch:
 - 32017 R 2321: Verordnung (EU) 2017/2321 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 (ABl. L 338 vom 19.12.2017, S. 1)
 - 32018 R 0825: Verordnung (EU) 2018/825 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 (ABl. L 143 vom 7.6.2018, S. 1)
 - 32020 R 1173: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1173 der Kommission vom 4. Juni 2020 (ABl. L 259 vom 10.8.2020, S. 1)
3. 32016 R 1035: Verordnung (EU) 2016/1035 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen schädigende Preisgestaltung im Schiffbau (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 1)

Diese Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 4 des Rahmenprotokolls 1 zu diesem Abkommen findet Anwendung.

KAPITEL 2

GEMEINSAME EINFUHR-/AUSFUHRREGELUNGEN

1. 32015 R 0755: Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über eine gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 33), geändert durch:
 - 32017 R 0749: Delegierte Verordnung (EU) 2017/749 der Kommission vom 24. Februar 2017 (ABl. L 113 vom 29.4.2017, S. 11)
2. 32015 R 0478: Verordnung (EU) 2015/478 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Einfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 16)
3. 32018 R 0196: Verordnung (EU) 2018/196 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Februar 2018 über zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika (ABl. L 44 vom 16.2.2018, S. 1), geändert durch:
 - 32019 R 0673: Delegierte Verordnung (EU) 2019/673 der Kommission vom 27. Februar 2019 (ABl. L 114 vom 30.4.2019, S. 5)
 - 32020 R 0578: Delegierte Verordnung (EU) 2020/578 der Kommission vom 21. Februar 2020 (ABl. L 133 vom 28.4.2020, S. 1)

- 32021 R 0704: Delegierte Verordnung (EU) 2021/704 der Kommission vom 26. Februar 2021 (ABl. L 146 vom 29.4.2021, S. 70)
- 32022 R 0682: Delegierte Verordnung (EU) 2022/682 der Kommission vom 25. Februar 2022 (ABl. L 126 vom 29.4.2022, S. 4)

KAPITEL 3

SCHUTZBESTIMMUNGEN

1. 32019 R 0287: Verordnung (EU) 2019/287 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Februar 2019 über die Anwendung von bilateralen Schutzklauseln und anderen Mechanismen für die vorübergehende Rücknahme von im Rahmen bestimmter Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Drittländern vereinbarten Präferenzen (ABl. L 53 vom 22.2.2019, S. 1)
2. 32015 R 0477: Verordnung (EU) 2015/477 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über mögliche Maßnahmen der Union im Fall einer gleichzeitigen Anwendung von Antidumping- bzw. Antisubventionsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 11)
3. 32015 R 1145: Verordnung (EU) 2015/1145 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juli 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 191 vom 17.7.2015, S. 1)

4. 32015 R 0475: Verordnung (EU) 2015/475 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 1)
5. 32015 R 0938: Verordnung (EU) 2015/938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen vorgesehenen Schutzmaßnahmen (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 57)
6. 32013 R 0019: Verordnung (EU) Nr. 19/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel und des Stabilisierungsmechanismus für Bananen des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kolumbien, Peru und Ecuador andererseits (ABl. L 17 vom 19.1.2013, S. 1), geändert durch:
 - 32017 R 0540: Verordnung (EU) 2017/540 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 1)
7. 32013 R 0020: Verordnung (EU) Nr. 20/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel und des Stabilisierungsmechanismus für Bananen des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits (ABl. L 17 vom 19.1.2013, S. 13), geändert durch:
 - 32017 R 0540: Verordnung (EU) 2017/540 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 1)

8. 32016 R 0400: Verordnung (EU) 2016/400 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zur Anwendung der im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits vorgesehenen Schutzklausel und des dort vorgesehenen Verfahrens zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 53)
9. 32016 R 0401: Verordnung (EU) 2016/401 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Anwendung des im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits vorgesehenen Verfahrens zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (ABl. L 77 vom 23.3.2016, S. 62)
10. 32011 R 0511: Verordnung (EU) Nr. 511/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Korea (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 19)

KAPITEL 4

DURCHSETZUNG

1. 32014 R 0654: Verordnung (EU) Nr. 654/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3286/94 des Rates zur Festlegung der Verfahren der Gemeinschaft im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Gemeinschaft nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 50), geändert durch:
 - 32015 R 1843: Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1)
 - 32021 R 0167: Verordnung (EU) 2021/167 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Februar 2021 (ABl. L 49 vom 12.2.2021, S. 1)
2. 32015 R 1843: Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Festlegung der Verfahren der Union im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Union nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1)
3. 32015 R 0476: Verordnung (EU) 2015/476 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über die möglichen Maßnahmen der Union aufgrund eines vom WTO-Streitbeilegungsgremium angenommenen Berichts über Antidumping- oder Antisubventionsmaßnahmen (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 6)

KAPITEL 5

SPEZIFISCHE REGELN FÜR DEN HANDELSSEKTOR

1. 32015 R 0936: Verordnung (EU) 2015/936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über die gemeinsame Regelung der Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter bilaterale Abkommen, Protokolle, andere Vereinbarungen oder eine spezifische Einfuhrregelung der Union fallen (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 1), geändert durch:
 - 32017 R 0354: Verordnung (EU) 2017/354 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 31)
 - 32018 R 0173: Delegierte Verordnung (EU) 2018/173 der Kommission vom 29. November 2017 (ABl. L 32 vom 6.2.2018, S. 12)
2. 32012 R 0498: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 498/2012 der Kommission vom 12. Juni 2012 über die Zuteilung von Zollkontingenten für Holzausfuhren aus der Russischen Föderation in die Europäische Union (ABl. L 152 vom 13.6.2012, S. 28), geändert durch:
 - 32014 R 0449: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 449/2014 der Kommission vom 2. Mai 2014 (ABl. L 132 vom 3.5.2014, S. 57)

- 32015 R 0630: Durchführungsverordnung (EU) 2015/630 der Kommission vom 22. April 2015 (ABl. L 104 vom 23.4.2015, S. 8)
- 32016 R 0623: Durchführungsverordnung (EU) 2016/623 der Kommission vom 21. April 2016 (ABl. L 106 vom 22.4.2016, S. 11)
- 32021 R 0011: Durchführungsverordnung (EU) 2021/11 der Kommission vom 7. Januar 2021 (ABl. L 5 vom 8.1.2021, S. 1)

KAPITEL 6

PRÄFERENTIELLE HANDELSREGELUNGEN

1. 32012 R 0978: Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 des Rates (ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21), geändert durch:
 - 32013 R 1421: Delegierte Verordnung (EU) 1421/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 (ABl. L 355 vom 31.12.2013, S. 1)
 - 32014 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 1/2014 der Kommission vom 28. August 2013 (ABl. L 1 vom 4.1.2014, S. 1)

- 32014 R 0182: Delegierte Verordnung (EU) 182/2014 der Kommission vom 17. Dezember 2013 (ABl. L 57 vom 27.2.2014, S. 1)
- 32014 R 1015: Delegierte Verordnung (EU) 1015/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 (ABl. L 283 vom 27.9.2014, S. 20)
- 32014 R 1016: Delegierte Verordnung (EU) 1016/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 (ABl. L 283 vom 27.9.2014, S. 23)
- 32014 R 1386: Delegierte Verordnung (EU) 1386/2014 der Kommission vom 19. August 2014 (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 33)
- 32015 R 0602: Delegierte Verordnung (EU) 2015/602 der Kommission vom 9. Februar 2015 (ABl. L 100 vom 17.4.2015, S. 8)
- 32015 R 1978: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1978 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 1)
- 32015 R 1979: Delegierte Verordnung (EU) 2015/1979 der Kommission vom 28. August 2015 (ABl. L 289 vom 5.11.2015, S. 3)
- 32016 R 0079: Delegierte Verordnung (EU) 2016/79 der Kommission vom 25. November 2015 (ABl. L 17 vom 26.1.2016, S. 1)

- 32017 R 0217: Delegierte Verordnung (EU) 2017/217 der Kommission vom 5. Dezember 2016 (ABl. L 34 vom 9.2.2017, S. 7)
- 32017 R 0836: Delegierte Verordnung (EU) 2017/836 der Kommission vom 11. Januar 2017 (ABl. L 125 vom 18.5.2017, S. 1)
- 32018 R 0148: Delegierte Verordnung (EU) 2018/148 der Kommission vom 27. September 2017 (ABl. L 26 vom 31.1.2018, S. 8)
- 32018 R 0216: Delegierte Verordnung (EU) 2018/216 der Kommission vom 14. Dezember 2017 (ABl. L 42 vom 12.2.2018, S. 2)
- 32020 R 0128: Delegierte Verordnung (EU) 2020/128 der Kommission vom 25. November 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2020, S. 6)
- 32020 R 0129: Delegierte Verordnung (EU) 2020/129 der Kommission vom 26. November 2019 (ABl. L 27 vom 31.1.2020, S. 8)
- 32020 R 0550: Delegierte Verordnung (EU) 2020/550 der Kommission vom 12. Februar 2020 (ABl. L 127 vom 22.4.2020, S. 1)
- 32021 R 0114: Delegierte Verordnung (EU) 2021/114 der Kommission vom 25. September 2020 (ABl. L 36 vom 2.2.2021, S. 5)

- 32021 R 0576: Delegierte Verordnung (EU) 2021/576 der Kommission vom 30. November 2020 (ABl. L 123 vom 9.4.2021, S. 1)
- 2. 32009 R 1215: Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete (ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 1), geändert durch:
 - 32011 R 1336: Verordnung (EU) Nr. 1336/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 1)
 - 32013 R 1202: Verordnung (EU) Nr. 1202/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 (ABl. L 321 vom 30.11.2013, S. 1)
 - 32015 R 2423: Verordnung (EU) 2015/2423 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 (ABl. L 341 vom 24.12.2015, S. 18)
 - 32017 R 1464: Delegierte Verordnung (EU) 2017/1464 der Kommission vom 2. Juni 2017 (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 1)
 - 32020 R 2172: Verordnung (EU) 2020/2172 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 (ABl. L 432 vom 21.12.2020, S. 7)

KAPITEL 7

VERORDNUNGEN ZUR ANWENDUNG VON ABKOMMEN

1. 32015 R 0752: Verordnung (EU) 2015/752 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 16)
2. 32015 R 0941: Verordnung (EU) 2015/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 76)
3. 32015 R 0940: Verordnung (EU) 2015/940 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits und für die Anwendung des Interimsabkommens über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 69)

4. 32015 R 0939: Verordnung (EU) 2015/939 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2015 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Albanien andererseits (ABl. L 160 vom 25.6.2015, S. 62)
5. 32014 R 0332: Verordnung (EU) Nr. 332/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Serbien andererseits (ABl. L 103 vom 5.4.2014, S. 10)
6. 32017 R 0355: Verordnung (EU) 2017/355 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2017 über bestimmte Verfahren für die Anwendung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo* andererseits (ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 59)
7. 32016 R 1076: Verordnung (EU) 2016/1076 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 mit Durchführungsbestimmungen zu den Regelungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder der zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen führenden Abkommen für Waren mit Ursprung in bestimmten Staaten, die zur Gruppe der Staaten Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) gehören (ABl. L 185 vom 8.7.2016, S. 1)

* Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

KAPITEL 8

GEMEINSAME AUSFUHRREGELUNGEN

1. 32015 R 0479: Verordnung (EU) 2015/479 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Ausfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 34)

TEIL II

VON ANDORRA UMZUSETZENDE RECHTSAKTE

KAPITEL 1

EXPORTKREDIT

1. 32011 R 1233: Verordnung (EU) Nr. 1233/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Anwendung bestimmter Leitlinien auf dem Gebiet der öffentlich unterstützten Exportkredite sowie zur Aufhebung der Beschlüsse 2001/76/EG und 2001/77/EG des Rates (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 45), geändert durch:

- 32013 R 0727: Delegierte Verordnung (EU) 727/2013 der Kommission vom 14. März 2013 (ABl. L 207 vom 2.8.2013, S. 1)
 - 32016 R 0155: Delegierte Verordnung (EU) 2016/155 der Kommission vom 29. September 2015 (ABl. L 36 vom 11.2.2016, S. 1)
 - 32018 R 0179: Delegierte Verordnung (EU) 2018/179 der Kommission vom 25. September 2017 (ABl. L 37 vom 9.2.2018, S. 1)
 - 32023 R 0262: Delegierte Verordnung (EU) 2023/262 der Kommission vom 7. September 2022 (ABl. L 38 vom 8.2.2023, S. 1)
2. 31998 L 0029: Richtlinie 98/29/EG des Rates vom 7. Mai 1998 zur Harmonisierung der wichtigsten Bestimmungen über die Exportkreditversicherung zur Deckung mittel- und langfristiger Geschäfte (ABl. L 148 vom 19.5.1998, S. 22)
 3. 32003 R 0806: Verordnung (EG) Nr. 806/2003 des Rates vom 14. April 2003 zur Anpassung der Bestimmungen über die Ausschüsse zur Unterstützung der Kommission bei der Ausübung von deren Durchführungsbefugnissen, die in nach dem Konsultationsverfahren (qualifizierte Mehrheit) erlassenen Rechtsakten des Rates vorgesehen sind, an den Beschluss 1999/468/EG (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1)
 4. 31984 L 0568: Richtlinie 84/568/EWG des Rates vom 27. November 1984 betreffend die gegenseitigen Verpflichtungen der Ausfuhrkredit-Versicherungsinstitutionen der Mitgliedstaaten, die für Rechnung oder mit Unterstützung des Staates handeln, oder der Behörden, die anstelle solcher Institutionen handeln, im Falle der Mitversicherung für ein Geschäft, das eine oder mehrere Zulieferungen aus einem oder mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften umfasst (ABl. L 314 vom 4.12.1984, S. 24)

5. 31982 D 0854: Entscheidung 82/854/EWG des Rates vom 10. Dezember 1982 über die Regelung, die auf dem Gebiet der Ausfuhrgarantien und -bürgschaften und der Ausfuhrfinanzierung auf bestimmte Zulieferungen aus anderen Mitgliedstaaten oder aus Nichtmitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften Anwendung findet (ABl. L 357 vom 18.12.1982, S. 20)
6. 32006 D 0789: Entscheidung 2006/789/EG des Rates vom 13. November 2006 über die Verfahren für Konsultationen und Notifizierungen auf dem Gebiet der Kreditversicherung, der Bürgschaften und der Finanzkredite (ABl. L 319 vom 18.11.2006, S. 37)

KAPITEL 2

SPEZIFISCHE REGELN FÜR DEN HANDELSSEKTOR

1. 32006 R 0816: Verordnung (EG) Nr. 816/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Zwangslizenzen für Patente an der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen für die Ausfuhr in Länder mit Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 1)
2. 32016 R 0793: Verordnung (EU) 2016/793 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 zur Vermeidung von Handelsumlenkungen bei bestimmten grundlegenden Arzneimitteln in die Europäische Union (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 39)

3. 32007 R 1418: Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder IIIA der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt (ABl. L 316 vom 4.12.2007, S. 6), geändert durch:
- 32009 R 0967: Verordnung (EG) Nr. 967/2009 der Kommission vom 15. Oktober 2009 (ABl. L 271 vom 16.10.2009, S. 12)
 - 32010 R 0837: Verordnung (EU) Nr. 837/2010 der Kommission vom 23. September 2010 (ABl. L 250 vom 24.9.2010, S. 1)
 - 32011 R 0661: Verordnung (EU) Nr. 661/2011 der Kommission vom 8. Juli 2011 (ABl. L 181 vom 9.7.2011, S. 22)
 - 32012 R 0674: Verordnung (EU) Nr. 674/2012 der Kommission vom 23. Juli 2012 (ABl. L 196 vom 24.7.2012, S. 12)
 - 32013 R 0057: Verordnung (EU) Nr. 57/2013 der Kommission vom 23. Januar 2013 (ABl. L 21 vom 24.1.2013, S. 17)
 - 32013 R 0519: Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74)

- 32014 R 0733: Verordnung (EU) Nr. 733/2014 der Kommission vom 24. Juni 2014 (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 10)
 - 32021 R 1840: Verordnung (EU) 2021/1840 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 373 vom 21.10.2021, S. 1)
 - 32022 R 0520: Verordnung (EU) 2022/520 der Kommission vom 31. März 2022 (ABl. L 104 vom 1.4.2022, S. 63)
4. 02021 R 0821: Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Neufassung) (ABl. L 206 vom 11.6.2021, S. 1), geändert durch:
- 32022 R 0001: Delegierte Verordnung (EU) 2022/1 der Kommission vom 20. Oktober 2021 (ABl. L 3 vom 6.1.2022, S. 1)
 - 32022 R 0699: Delegierte Verordnung (EU) 2022/699 der Kommission vom 3. Mai 2022 (ABl. L 130I vom 4.5.2022, S. 1)
 - 32023 R 0066: Delegierte Verordnung (EU) 2023/66 der Kommission vom 21. Oktober 2022 (ABl. L 9 vom 11.1.2023, S. 1)

5. 32009 R 0116: Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 39 vom 10.2.2009, S. 1)
 6. 32012 R 1081: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1081/2012 der Kommission vom 9. November 2012 zu der Verordnung (EG) Nr. 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl. L 324 vom 22.11.2012, S. 1)
 7. 32019 R 0880: Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 1)
 8. 32021 R 1079: Durchführungsverordnung (EU) 2021/1079 der Kommission vom 24. Juni 2021 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern (ABl. L 234 vom 2.7.2021, S. 67)
 9. 32017 R 0821: Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten (ABl. L 130 vom 19.5.2017, S. 1), geändert durch:
 - 32020 R 1588: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1588 der Kommission vom 25. Juni 2020 (ABl. L 360 vom 30.10.2020, S. 1)
-